

TÜRKEI

Informationen

60 Jahre KP der Türkei

Stoppt

**die Finanzierung der
Militärdiktatur durch Bonn!**

Grauer Wolf packt aus

**Abgeordnete der CHP
zu Gast bei FIDEF**

Asylsuchende berichten

Verfassungsschutz:

**Persilscheine für
Graue Wölfe**

Ausländische Kinder:

Schulprobleme ungelöst

September/Oktober
'80



TÜSTAV

In diesem Heft

Türkei

Stoppt die Finanzierung der Militärdiktatur durch Bonn	2
Hinter dem Terror der MHP steht der Geheimdienst	4
Solidarität mit der TKP und den demokratischen Kräften unseres Landes	8
Eindrucksvolle Protestaktionen gegen die Ermordung von Türkler: Eine Million traten in Streik	10
DGB-Gewerkschaften: Mord an Türkler einhellig verurteilt	12
Unterstützt die streikenden Kollegen mit Spenden	14
Verbot von DISK beantragt	16
Grauer Wolf packt aus	17
Trotz Protesten: Folterpraxis wird fortgesetzt	18
Keine US- oder NATO-Stützpunkte auf unserem Boden	20
Der Vorsitzende der Ärztekammer der Türkei verhaftet	22
Kurz berichtet	23

Interview

CHP-Abgeordnete: "Einheit aller demokraten gegen Faschismus notwendig"	24
Prof. Tanilli: Demirel will die Opposition liquidieren	26
Interview mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Mannesmann	28

Bundesrepublik

Asylrecht muß Grundrecht bleiben	29
Graue Wölfe als Lehrer in der BRD: Eine interne Angelegenheit der Türkei?	31
Die ausländischen Kinder im neuen Schuljahr: "Unsere Probleme bleiben ungelöst"	32
Unterricht für ausländische Kinder: "unterwertige Beschäftigung"	34
Verfassungsschutz: Persilschein für graue Wölfe	34

Kunst & Kultur

Der fortschrittliche Komponist Timur Selcuk: "Schweigen wäre Unterstützung des Gegeners"	36
Buchbesprechung: "Arbeitsemigration und Verhaltensstörungen" von Serol Teber	37
Leserbriefe	38
Anzeigen	39
Fortsetzungen	40

HERAUSGEBER:
FIDEF

Föderation der Arbeitervereine der Türkei
in der BRD e.V.
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1
Telefon: 0211/ 66 42 84

Stoppt die Finanzierung

Am 12. September wurde in der Türkei ein Staatsstreich durchgeführt. Der Generalstabschef und die Oberkommandierenden der drei Waffengattungen verhafteten die Regierung, lösten das Parlament auf und hoben die Verfassung auf. Knapp hundert Parlamentarier, führende Mitglieder der politischen Parteien und eine unbekannte Anzahl von demokratischen und fortschrittlichen Persönlichkeiten wurden verhaftet. Alle politischen Parteien wurden verboten.

Die Militärs verboten den Progressiven Gewerkschaftsverband DISK und alle ihre Mitgliedsgewerkschaften, darunter einige der größten Gewerkschaften des Landes. Die Gewerkschaftsleitungen wurden verhaftet, mehr als 50 000 Streikende Kollegen wurden durch Waffengewalt zur Arbeit gezwungen. Die Presse wurde geknebelt.

Der Putsch mit USA und NATO abgesprochen

Die Putschisten begründen ihren Staatsstreich mit der Unfähigkeit der verfassungsmäßigen Institutionen und der politischen Parteien, mit der Krise in der Türkei fertig zu werden. Doch die gleichen Generäle sind schon seit Jahren in einer kaum verschleierte Form an jeder Entscheidung der Regierung beteiligt gewesen. Sie gelten als die zuverlässigsten Stützen der USA und der NATO in der Türkei. Ihre Machtübernahme wurde zuerst von dem amerikanischen Außenministerium in Washington bekanntgegeben. In den letzten Wochen war der Oberbefehlshaber der NATO, der US-General Rogers, mehrere Male in geheimer Mission nach Ankara gekommen. Die aktive Rolle der NATO-Generalarität und der US-Geheimdienste bei der Organisation von Staatsstreich in im Falle Griechenlands 1967 und ihrem gescheiterten Versuch im Iran 1979 hinlänglich dokumentiert. In der Türkei kehrte der Oberbefehlshaber der türkischen Luftwaffe einen Tag vor dem Putsch aus den USA zurück. Er, der jetzt zu den Putschisten gehört, mußte augenscheinlich die letzten Einzelheiten

klären. Es ist auch sicherlich kein Zufall, daß der Staatsstreich mit den NATO-Manövern in der Türkei zusammen fiel. Diese Manöver dienten offensichtlich dazu, den Putsch gegen etwaigen Widerstand abzusichern.

Über die Verwicklung der USA in den Staatsstreich schreibt die SPD-Wahlzeitung "Zeitung am Sonntag" am 14.9. 1980: "Ein Sprecher des Außenministeriums in Washington hat bestätigt, daß die USA vor dem Putsch von der Machtübernahme durch das Militär informiert worden sind. Die New York Times berichtete, in türkischen Militärkreisen sei kürzlich die Meinung vertreten, die Streitkräfte würden nicht eingreifen, 'es sei denn, sie erhielten vorher die Zustimmung aus Washington'."

Schließlich sei daran erinnert, daß knapp eine Woche vor dem Staatsstreich das jetzt von Militärs auseinandergejagte Parlament den Außenminister der Demirel-Regierung zum Rücktritt gezwungen hatte, und zwar mit der Begründung, daß dieser eine zu pro-westliche Politik betreibt. Diese Entscheidung des Parlaments hatte sowohl in Brüssel wie auch in Washington zu großer Unruhe geführt. Man begann von der Gefahr einer ähnlichen Entwicklung wie im Iran zu sprechen.

All das zeigt eindeutig, daß die Militärdiktatur in der Türkei nach Absprache und mit Unterstützung der USA und des NATO-Hauptquartiers installiert wurde. Deswegen ist es schlicht unwahr, wenn Herr Bundeskanzler Schmidt und andere maßgebliche Politiker in Bonn behaupten, der Putsch sei eine interne Angelegenheit der Türkei.

Diese Militärdiktatur ist keine interne Angelegenheit der Türkei, auch weil die BRD und die USA maßgeblich zu ihrer Finanzierung beitrugen. Die sogenannte Türkei-Hilfe in Milliardenhöhe, insbesondere die Waffenlieferungen, haben als Ermunterung für die Putschisten gedient. Allein der Wert der zugesagten Leopard-Panzer beträgt 600 Millionen DM.

Die Frankfurter Allgemeine, die bereits im Juni unverhohlen für eine Militärdiktatur eintrat, schreibt am 15.8. 1980 mit Blick auf die Unterstützung der Putschisten durch Bonn:

"... Unweigerlich stärkt Weiterzahlen die Generäle, ebenso wie Nichtweiterzahlen sie schwächen müßte."

NATO-Staaten: Unterstützung auch nach dem Putsch

Die Bundesregierung, die Carter-Administration und die britische Regierung haben offen ihre Unterstützung für die Putschisten bekundet. Es ist beschämend, zu sehen, wie der SPD-Finanzminister Matthöfer von einem "heilsamen Schock für die türkischen Politiker" spricht. Walter Leisler Kiep von der CDU drängt auf Fortsetzung der "Hilfe". Man findet es offenbar durchaus vereinbar mit den Menschenrechten und den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie, daß einige Generäle mit Rückendeckung aus dem Pentagon und Milliarden-spritzen aus Bonn das Parlament auseinanderjagen, alle Gesetze einschließlich der Verfassung, außer Kraft setzen, Gewerkschaften und sämtliche andere demokratische Organisationen verbieten und tausende von Frauen und Männern willkürlich verhaften lassen.

Terror diene zur Vorbereitung des Staatsstreichs

Der immer wieder gemachte Versuch, den Staatsstreich durch die politische Krise, insbesondere durch die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Terror begründen zu wollen, heißt nicht anderes als das man die Sprachregelung der Putschisten selbst übernimmt und den wahren Sachverhalt auf den Kopf stellen. Nicht der Staatsstreich dient dem Ziel, den Terror zu bekämpfen, sondern der Terror diene zur Vorbereitung und Rechtfertigung des Putsches, mit dem die sowieso schon äußerst beschränkten Freiheiten im Interesse der USA und der Monopole vollends abgeschafft wurden. Die Mitverantwortung der Junta für den Terror läßt sich mühelos dokumentieren (siehe unseren ausführlichen Bericht auf Seite 4).

der Militärdiktatur durch Bonn!

Seit dem Staatsstreich unterstreichen gewisse Kreise immer wieder "das Bekenntnis der Putsch-Generäle zu den Prinzipien Kemal Atatürks". Dies ist ein untauglicher Versuch zur Täuschung der Öffentlichkeit. Was können die von den USA gesteuerten Putschisten mit dem Führer des nationalen Befreiungskrieges gegen die imperialistischen Invasoren gemein haben?

Kemal Atatürk hatte sich mit Unterstützung der Sowjetunion gegen England, USA und ihre Marionetten in Istanbul erhoben, um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu erkämpfen. Die Reformen, die er durchsetzte, entsprangen nicht einer blinden Bewunderung der "westlichen Welt". Er verstand sie als Mittel zur Überwindung der Rückständigkeit, um die mit Waffengewalt erkämpfte Unabhängigkeit des Landes sichern zu können. Schon allein der Vergleich der jetzigen von Pentagon und IWF gesteuerten Putschisten mit seinem Wirken ist eine Beleidigung.

Politik der Demirel-Regierung wird fortgesetzt

Schon die ersten Maßnahmen der Putschisten zeigen unzweideutig, daß sie die Politik der Demirel-Regierung fortführen wollen. Sie stürzten Demirel, ließen aber die eigentliche Schlüsselfigur der Demirel-Regierung Turgut Özal (der auch als "Schattenministerpräsident" bezeichnet wurde) auf seinen Platz. Ausdrücklich erklärten sie, daß sie die Vereinbarungen mit dem IWF einhalten wollen. Das aber ist genau die Wirtschaftspolitik der Demirel-Regierung, die die Arbeiter und Angestellten zu einem Hungerlohn verdammt und die kleinen und mittleren Unternehmer in den Ruin treibt. So zwangen die Generäle die streikenden Kollegen mit einer 70%igen Lohnerhöhung zur Arbeit, obwohl nach offiziellen Statistiken allein in den sechs Monaten zwischen November 1979 und April 1980 die Lebensmittelpreise um 100% gestiegen sind.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Art von "Wirtschaftssanierung" jeder auf parlamentarische Unterstützung

angewiesenen Regierung die politische Basis entzieht und eine Militärdiktatur geradezu herausfordert. Schon dieser Umstand allein widerlegt das Gerede von "baldiger Rückkehr zur Demokratie".

Die Massenverhaftungen und die Verbote gehen weiter, eine Woche nach dem Putsch wurde bekannt, daß neben sämtlichen Gewerkschaften des DISK auch 148 Mitgliedsgewerkschaften des rechten Gewerkschaftsbundes Türk-Is (Mitglied des IBFG) sowie 471 unabhängige Gewerkschaften verboten wurden.

Auf der Verhaftungsliste stehen sämtliche Vorstände aller Ebenen sowie die Vertrauensleute der DISK-Gewerkschaften. Verhaftet wurde auch die gesamte Leitung der Anwaltskammer von Istanbul, die in den letzten Monaten besonders durch ihre Dokumentation über die Folterpraxis der "Sicherheitskräfte" (siehe Türkei-Informationen Juli-August) hervorgetreten war.

Die größte Gruppe der nach offiziellen Erklärungen am 18.9. 1980 noch in Haft befindlichen 50 Parlamentariern bildeten 25 CHP-Abgeordnete (Republikanische Volkspartei), die allesamt dem linken Flügel angehören. Demgegenüber waren von der gestürzten Regierungspartei AP lediglich 7 Abgeordnete in Haft. Auch dieser Umstand zeigt, daß der Staatsstreich sich nicht gegen die Demirel-Regierung, sondern gegen die Opposition richtet.

Doch die Befürworter und die Beschützer der Junta haben sich etwas eingebrockt, was sie einmal selbst bereuen dürften. Die Junta wird nicht in der Lage sein, auch nur ein einziges der drückenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, an denen bereits über ein Dutzend Regierungen gescheitert sind. Sie ist mit ausländischer Hilfe installiert worden, und sie wird sich nur durch ausländische Hilfe an der Macht halten können. Allein die Tatsache, daß sie über 100 Abgeordnete verhaftet, etwa ein Drittel aller Bürgermeister abgesetzt und tausende von Gewerkschafter, Studenten, Intellektuelle und kurdische Patrioten verhaftet haben, zeigt, wie sie ihre eigene politische Basis im Volke einschätzen.

Unsere Arbeiterklasse, unsere Jugend, die patriotischen Frauen und Männer der Türkei, das kurdische Volk werden sich von den Panzern und Maschinengewehren genauso wenig einschüchtern lassen, wie sich von dem beispiellosen Terror der "Grauen Wölfe" entmutigen ließen.

Unterstützung der Putschisten durch die Bundesregierung verhindern

Die Regierungen der NATO-Staaten, insbesondere die Bundesregierung werden ihre jetzige Haltung ändern müssen, sobald sie merken, daß die demokratischen Menschen in Westeuropa nicht bereit sind, die Unterstützung eines Gewaltregimes in der Türkei hinzunehmen. Diesen Prozeß zu beschleunigen steht in unserer Macht. Um zu belegen, daß diese Möglichkeit den Befürwortern des Putsches schon jetzt Kopfschmerzen bereitet, zitieren wir den Kommentator der Frankfurter Allgemeine, R. Held:

"Jetzt aber ist obendrein noch zu befürchten, ... daß linke deutsche Gruppen kaum darauf verzichten werden, wieder einmal eine Militärdiktatur im Ausland als Vorwand zu nehmen, die innere Szene mit emotional geführten Auseinandersetzungen zu verunsichern." (FAZ, 13.9. 1980)

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die demokratischen Bürger der BRD darüber aufzuklären, daß mit Milliarden Beträgen aus ihren Steuergeldern eine militärische Gewaltherrschaft in der Türkei finanziert wird.

Deshalb fordern wir:

sofortigen Einstellung jeglicher ziviler und militärischer Hilfe für die Militärdiktatur!

Die Bundesregierung soll die Militärdiktatur durch Wort und Tat verurteilen!

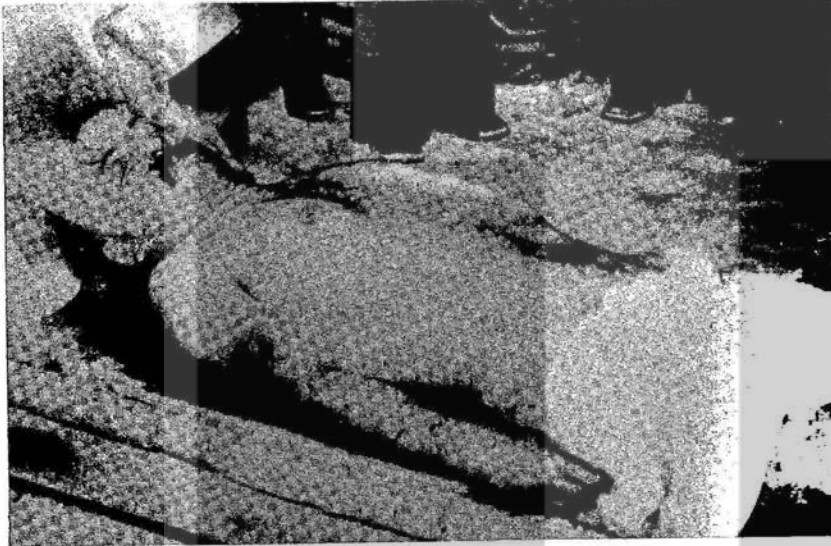
Gewährung des Asylrechts für verfolgte Gewerkschafter und Demokraten aus der Türkei!

TÜRKEI
Informationen



Weitere Beweise für die Zusammenarbeit
der staatlichen Sicherheitsorgane
mit den Terroristen

Bis auf die Zähne bewaffnete graue
Wölfe ermordeten auch in Kars wie
in Kahramanmaraş und in Corum
Bürger auf bestialische Weise.



Graue Wölfe unter "linker" Maske

Unter der Führung von Abdurrahman Öncel, dem Mitglied des Obersten Disziplinarausschusses der MHP, haben sieben weitere MHP-Mitglieder und Anhänger eine geheime Gruppe gebildet. Die Gruppe hatte den Auftrag, "die Unternehmerkreise stärker gegen die Linken zu mobilisieren". Zu diesem Zweck wurden Raubüberfälle gegen Geschäftsleute durchgeführt, wobei man sich als eine "linke" Gruppe ausgab.

Die Bande überfiel 2 Jahre lang verschiedene reiche Unternehmer und bezeichnete sich selbst als eine Abteilung der "türkischen Volksbefreiungsfront". In einer ihrer letzten Aktionen entführten sie am 14.3. 1980 den achtjährigen Sohn eines bekannten Unternehmers. Da dieser auch in der BRD geschäftlich tätig war, reisten zwei Mitglieder der faschistischen Bande, Abdurrahman Öncel und Etcı nach Frankfurt/M und forderten hier Lösegeld von 1 Million DM. Das Kind wurde später unverletzt freigelassen. Ob dieses Lösegeld ausgezahlt worden ist, war noch nicht in Erfahrung zu bringen.

Der Prozeß gegen die acht "grauen Wölfe" wird zur Zeit vor dem 3. Militärgericht in Ankara geführt. (Cumhuriyet, 28.8. 1980)

2294 Terroropfer in neun Monaten

In dem Zeitraum von knapp neun Monaten seit dem Regierungsantritt von Demirel (12. November 1979 - 1. August 1980) wurden in der Türkei 2294 Personen aus politischen Gründen ermordet (diejenigen, die von den "Sicherheitskräften" umgebracht wurden, sind in dieser Zahl nicht enthalten). Während in den Monaten bis Juli im Durchschnitt 254 Opfer zu beklagen waren, erhöhte sich die Zahl der Terroropfer im Juli auf 395. (Cumhuriyet, 1.8. 1980)

Angesichts dieser Terror-Bilanz fragt sich jeder vernünftige Mensch nach den Ursachen und Verantwortlichen. Obwohl die eigentlich zuständigen Sicherheitsorgane des Staates seit Jahren diese Fragen nicht aufklären "konnten", ist es der demokratischen Öffentlichkeit in der Türkei gelungen, die Hintergründe des Terrors aufzudecken. Eine Fülle von mühsam und oft unter Lebensgefahr gesammelter und weitergegebenen Einzelinformationen und scheinbar zusammenhanglosen Tatsachen fügen sich zu einem Gesamt-

Hinter dem Terror der MHP

bild zusammen. Dieses Bild wird fast täglich durch neue Hinweise und Enthüllungen ergänzt und bestätigt. Neue, bislang lediglich vermutete Verbindungen werden sichtbar. Nicht nur die einzelnen Mörder, von denen einige gefaßt wurden, sondern auch ihre Drahtzieher werden erkennbar.

Die TÜRKIE-INFORMATIONEN hat immer wieder unterstrichen: Der Terror in der Türkei ist nicht einfach das Werk von Links- und Rechtsextremisten. Die überwiegende Mehrheit der Todesopfer geht auf das Konto der faschistischen Organisationen, die von der "Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP) des alten Nazi-Agenten Türkes geleitet werden. Diese faschistischen Organisationen, deren Mitglieder unter dem Sammelbegriff "graue Wölfe" zusammengefaßt werden, bilden die legalen Stützen der eigentlichen geheimen Terrororganisation der MHP. Diese Tatsachen sind inzwischen auch durch zahlreiche Gerichtsurteile erhärtet.

MHP hat mächtige Beschützer

Doch die MHP allein wäre nicht in der Lage, auf eigene Faust den Terror zu solchen Ausmaßen zu steigern. Vor allem wäre es nicht erklärlich, wieso diese Terrorzentrale nicht verboten und ihre leitenden Funktionäre nicht bestraft werden, obwohl inzwischen eine erdrückende Menge von Beweisen gegen sie vorliegen. Die Tatsache, daß die Demirel-Regierung auf die politische Unterstützung der MHP im Parlament angewiesen war, kann nur als eine Teilerklärung gelten. Denn auch die von Ecevit geführte Regierung hatte in ihrer 22 monatigen Amtszeit nicht gewagt, einen Verbotsantrag gegen die MHP zu stellen. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die CHP (Republikanische Volkspartei) auch in der Opposition noch die Möglichkeit hatte, über ihre Parlamentsfraktion einen Verbotsantrag gegen die faschistische MHP bei dem Verfassungsgericht zu stellen. Sie schreckte jedoch offenbar vor einem solchen Schritt zurück und beschränkte sich auf Erklärungen, in den die Verantwortung der MHP für den Terror immer wieder beteuert wird.

Die Zurückhaltung Ecevits hängt damit

steht der Geheimdienst

zusammen, daß die faschistische MHP von den reaktionären Generälen in der Armeespitze und vom Geheimdienst unterstützt wird.* Um eine offene Auseinandersetzung mit diesen Kreisen zu vermeiden, beschränkte sich die CHP-Führung auf propagandistische Ausfälle, legte immer wieder neue Dokumentationen vor, stellte jedoch keinen Verbotsantrag.

Beamte, die gegen den Terror vorgehen, werden ausgeschaltet

Ist die Zurückhaltung der CHP-Führung durch ihre Rücksicht auf mächtige Gönner der MHP bedingt, so unterstützte die Demirel-Regierung bereitwillig die Terrorbanden der Faschisten und setzte diese als Waffe gegen die demokratische Opposition ein. Faschistische Terroristen dienten ihr als willkommene Bündnispartner im Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte. Nicht nur, daß die Demirel-Regierung nicht das geringste gegen die MHP und ihre Mordbanden unternahm, im Gegenteil, sie bestrafte sogar die einzelnen Vertreter der staatlichen Sicherheitsorgane, die von sich aus gegen die MHP und ihre Mitglieder initiativ wurden. Das Beispiel des Kriegsrechtskommandanten von Ankara, General Nihat Özer, ist das letzte und eklatanteste, doch bei weitem nicht das einzige Beispiel hierfür.

Wir wollen im folgenden einige Beweise für die Zusammenarbeit der staat-

* Die geheime Terrororganisationen der MHP unterhält enge Verbindungen zu der illegalen Counter-Guerilla Organisation, die entsprechend den US-amerikanischen Richtlinien und NATO-Plänen innerhalb der Streitkräfte gebildet worden ist. Die Existenz dieser illegalen Organisation, die unmittelbar dem Generalstab unterstellt ist, wurde durch zahlreiche Aussagen, so unter anderem von Ecevit selbst, bestätigt. Die Counter-Guerilla Organisation ist bis heute vorwiegend bei der Folterung von politischen Gefangenen in Erscheinung getreten. Ihre Verbindung mit der MHP wird unter anderem dadurch erwiesen, daß viele ihrer ehemaligen Offiziere heute als Rechtsanwälte die MHP-Terroristen verteidigen.

lichen Organe mit den Faschisten anführen.

Dabei unterstreichen wir noch einmal: Der politische Terror in der Türkei ist nicht das Werk einiger Desperados, sondern ein Instrument der herrschenden Kreise, insbesondere einer reaktionären und militaristischen Gruppierung in der Armeeführung, zur Bekämpfung der demokratischen Opposition, besonders für die Fälle, bei denen die offiziellen Staatsorgane aus Gründen der "Rechtsstaatlichkeit" nicht offen auftreten können (ähnlich den "Todesschwadronen" in Lateinamerika). Aus diesem Grunde ist der Versuch der neuen Junta, den nun verbotenen Parteien Unfähigkeit bei der Bekämpfung des Terrors zur Last zu legen, nichts als reiner Hohn.

Der Geheimdienst entführte die Söhne eines Abgeordneten der CHP

Das erste Beispiel liegt fast zwei Jahre zurück und dokumentiert erstens die Tatsache, daß der Geheimdienst aktiv an Terroranschlägen beteiligt ist, und zweitens, daß diese Beteiligung durch die höchsten Staatsorgane gedeckt wird. Dieser Fall ist darum besonders beachtenswert, weil er die Mitverantwortung der jetzigen Junta für den Terror belegt.

Mitte Dezember 1978 wurden die halbwüchsigen Söhne des CHP-Abgeordneten (Republikanische Volkspartei) von Erzincan, Nurettin Karsu, in Ankara von vier bewaffneten Männern entführt. Die Entführer hatten am helllichten Tage an der Wohnungstür geklingelt und die beiden Jungen in einen Wagen geworfen. Während der Wagen stadtauswärts fuhr, konnte der jüngere Sohn in einem geeigneten Moment aus dem Wagen springen und

fliehen. Damit mußten die Entführer befürchten, daß ihre Identität erkannt wird und ließen nach einigen Stunden auch den älteren Bruder frei. Bereits am nächsten Tag wurden sie als vier Angehörige des berüchtigten Geheimdienstes MIT identifiziert.

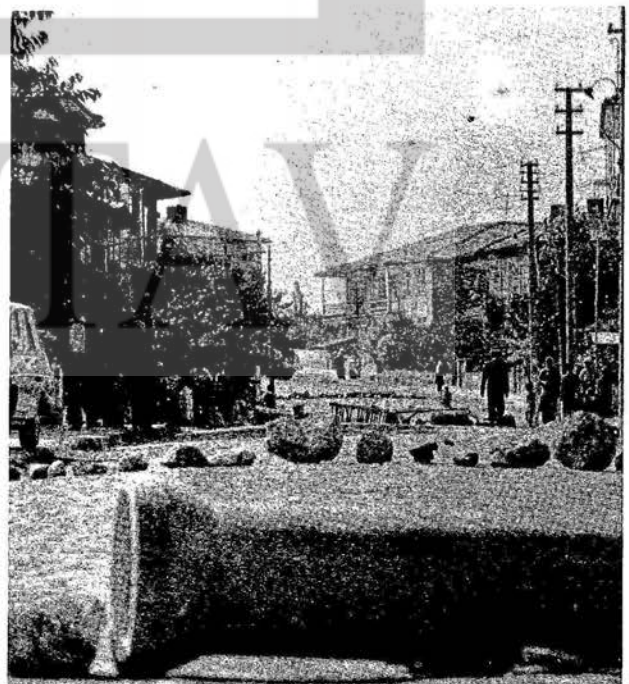
Nurettin Karsu beschwerte sich bei den Führungsorganen seiner Partei und dem Innenministerium. Der Ministerpräsident Ecevit erklärte öffentlich, daß "der Fall aufgeklärt werde". Drei Monate später wurde bekannt, daß der Disziplinarausschuß des Geheimdienstes die Bestrafung der betreffenden vier Offiziere ablehne.

Am 13.2. 1979 erklärte Nurettin Karsu auf einer von ihm einberufenen Pressekonferenz, daß nunmehr er selbst von dem Geheimdienst MIT bedroht würde und forderte die Presse auf, im Falle seiner Ermordung sich für die Bestrafung seiner Mörder einzusetzen. (Cumhuriyet, 14.2. 1979)

Damit war ein neuer Beweis erbracht, daß der Geheimdienst, anstatt den Terror zu bekämpfen, unmittelbar als Terrorinstrument eingesetzt wird und sich nicht nur auf die Beratung und Anleitung der "inoffiziellen" Terrororganisationen beschränkt.

Ein anderer bemerkenswerter Aspekt liegt darin, daß Karsu ein Abgeordneter der CHP (Republikanische Volkspartei) ist, die die größte Fraktion im Parlament stellt und damals gemeinsam mit 11 Unabhängigen die Regierung bildete! Nicht einmal als Regierungspartei gelang es der CHP, das Leben der eigenen Abgeordneten vor dem Terror des laut Gesetz der Regierung unterstellten Geheimdienstes in Schutz zu nehmen. Bezeichnend ist auch das Schweigen, mit dem insbesondere die CHP-Führung diesen Fall bis heute umgibt.

Die Bevölkerung
von Corum
konnte sich
nur mit Hilfe
der Straßensperren
gegen den
Terror der
MHP-Faschisten
widersetzen



“Eine weitverzweigte Geheimorganisation”

Das zweite Beispiel betrifft die Befreiung des faschistischen Mörders Mehmet Ali Agca. M. A. Agca hatte den bekannten Journalist und Publizisten Abdi Ipekci ermordet. Dieser Fall dokumentiert einerseits die Rolle der MHP als Terrorzentrale, andererseits jedoch die Unterstützung der Terroristen durch gewisse Kreise innerhalb der “Ordnungskräfte”.

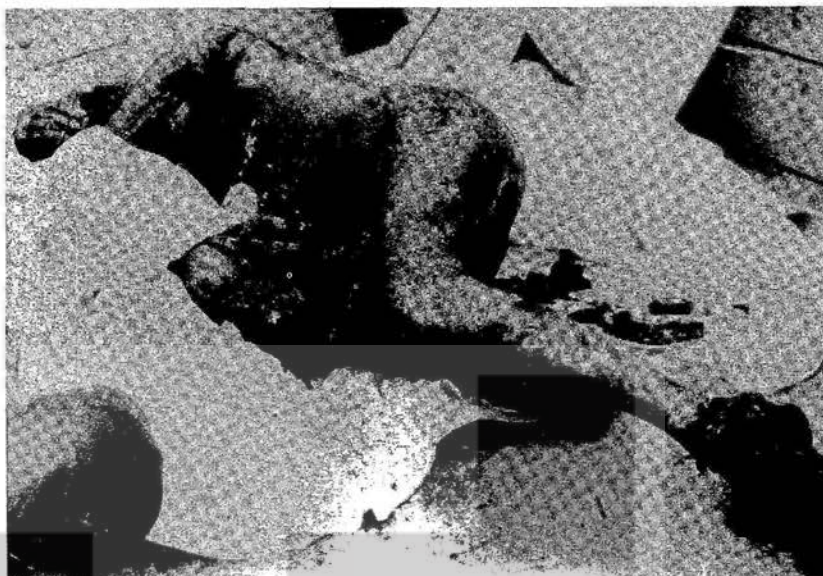
M. A. Agca (nach seiner Flucht von einem Militärgericht zum Tode verurteilt) stand erwiesenermaßen in engem Kontakt mit den leitenden Funktionären des “Idealistischen Jugendvereines” und hatte den Mordplan in mehreren Zusammenkünften in den Parteibüros der faschistischen MHP ausgearbeitet. Das Gericht stellte ferner fest, daß M. A. Agca für den Mord an Abdi Ipekci über verschiedene Kanäle mehr als eine halbe Million Türkische Lira (das sind mehr als das zehnfache des Jahreseinkommens eines Industriearbeiters in der Türkei) erhalten hatte.

Agca war einer der wichtigsten inhaftierten Mörder und befand sich in einem Militärgefängnis in einer Garnison. Nach einem mißglückten ersten Befreiungsversuch mit Hilfe von gleichgesinnten Offizieren und Soldaten gelang M. A. Agca der zweite Anlauf. Er überwand mehrere verschlossene Stahltüren, überquerte das ausgedehnte und von Wachposten durchzogene Garnisonsgelände in einer Offiziersuniform und passierte in einem Militärfahrzeug unbehelligt das Tor.

Der Kommandeur der 1. Armee, Generaloberst N. Ürug, stellte in einer Verlautbarung fest, daß Agca nicht auf eigene Faust entkommen konnte. Der Militärstaatsanwaltschaft erklärte, daß die Befreiung von Agca “das Werk einer weitverzweigten Geheimorganisation ist, die tief in den Staatsapparat hineinreicht.”

Flüchtigen Mörder angezeigt - am gleichen Tag erschossen

Nach seiner Flucht ermordete M. A. Agca mindestens zwei weitere Menschen. Einer von ihnen war Ramazan Gündüz, ebenfalls ein MHP-Anhänger.



Graue Wölfe setzten in Corum Häuser samt ihrer Bewohner in Brand. So kamen zahlreiche Menschen qualvoll ums Leben.

R. Gündüz hatte am 3.2. 1980 in der Gaststätte “Marmara”, die in Istanbul als eine der Kommandozentralen der “idealistischen” Terroristen gilt, den flüchtigen M. A. Agca erkannt und die Polizei verständigt. Die daraufhin befohlene Durchsuchung wurde sofort M. A. Agca gemeldet, so daß er mit vier schwerbewaffneten Freunden die Gaststätte verließ. Nach der erfolglosen Durchsuchung kehrten M. A. Agca und seine Freunde (Oktay Akyüz, Ismet Yildirim, Yasar Susam und Celalettin Mayda) in die Gaststätte zurück, ergriffen den Informanten R. Gündüz, setzten ihn in einen Wagen und erschossen ihn am Stadtrand von Istanbul. Seine Leiche wurde noch am gleichen Tag gefunden. (Milliyet vom 29. und 30.3. 1980) Seitdem befindet sich M. A. Agca auf freiem Fuß. Es ist überflüssig zu bemerken, daß der Name des Informanten R. Gündüz nur der politischen Polizei bekannt war.

Das dritte Beispiel ist aus jüngster Zeit. Es belegt die Tatsache, daß die Machthaber in Ankara diejenigen Angehörigen der Sicherheitskräfte, die aktiv gegen den Terror vorgehen, bestrafen und ausschalten.

Am 26. Juli wurde bekannt, daß zwei Graue Wölfe, Mustafa Pehlivanoglu und Isa Armagan, die zum Tode verurteilt worden waren, aus der Militärhaftanstalt zu Mamak in Ankara fliehen konnten. Sie hatten bei Überfällen auf vier verschiedene Cafes am 10. August 1978 in Ankara fünf Arbeiter erschossen und 12 weitere schwerverletzt.

Die militärische Haftanstalt in Mamak gilt als eine der bestbewachten Mili-

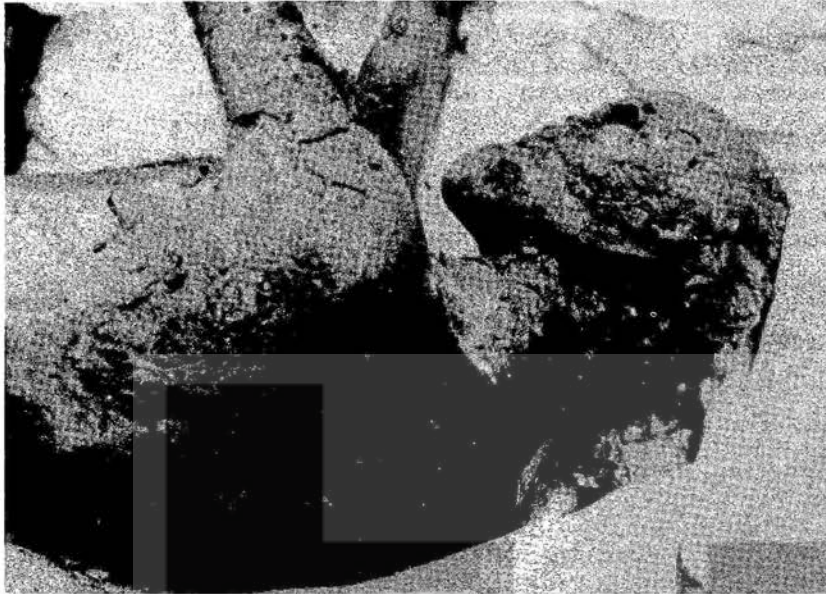
tärgefängnisse des Landes. Es wird von einem Sperrgebiet von 2 km Breite umgeben, welches von einem Drahtzaun umzäunt und durch Wachhunde gesichert ist. Seit geraumer Zeit hält sich eine mit automatischen Waffen ausgerüstete Nahkampftruppe am Rande des Sperrgebiets auf.

In einer Erklärung des Kriegsrechtskommandanten von Ankara wurde darauf hingewiesen, daß die beiden Häftlinge die Gefängnismauern, das Sperrgebiet und schließlich den Wachposten der Kommandotruppe wahrscheinlich deshalb unbehelligt passieren konnten, weil sie Offiziersuniformen trugen, die in Mülltonnen versteckt in ihre Zellen eingeschmuggelt worden waren.

Während die Demirel-Regierung die Befreiung der beiden Mörder bagatellierte, ließ der Kriegsrechtskommandant von Ankara, General Nihat Özer, durch eigene Initiative besondere Gruppen zusammenstellen, die eine intensive Suchaktion einleiteten. Diesen Gruppen gelang es bereits nach knapp drei Wochen, einen der Verurteilten, Mustafa Pehlivanoglu, in einem Dorf in der Nähe der Stadt Kütahya festzunehmen.

Durch umfangreiche Geständnisse von Mustafa Pehlivanoglu konnte ein Teil der faschistischen Geheimorganisation, die die Befreiung verwirklichte, bloßgelegt werden. Die Kriegsrechtsbehörden von Ankara verhafteten neben Pehlivanoglu sechs weitere MHP-Mitglieder bzw. Anhänger, die den entsprungenen Häftling versteckt, transportiert sowie mit dem Geld versorgt hatten:

Erdem Senocak, Leiter des zentralen Rechtsberatungsbüros des “Vereins Idealistischer Weg”.**



Unser Foto zeigt einen alevitischen Bürger, der in Corum den Brandanschlägen der Grauen Wölfe nicht entgehen konnte

Kamil Konya, Vorsitzender des "Vereins Idealistischer Weg" in Konya;
 Ertan Dolgun, Vorsitzender des "Vereins Idealistischer Weg" in Eskisehir;
 Sami Arpacioğlu, Vorsitzender des ehemaligen "Verbandes Idealistischer Jugend" in Kütahya;
 Tamer Cirit und Tamer Küdür, Mitglieder des "Vereins Idealistischer Weg" in Kütahya.

Zu diesen kamen noch zehn Soldaten und Offiziere hinzu, die im Militärgefängnis von Mamak dienten und bereits wenige Tage nach der Befreiung der Gefangenen verhaftet wurden. Unter ihnen befand sich z.B. Hauptmann Mesci, auf dessen Konto bei Is-Bankasi am Fluchttag 300 000 türkische Lira überwiesen worden waren. Zwei der verhafteten Soldaten hatten nach eigenen Aussagen je 150 000 erhalten.

** Wir möchten unsere Leser darauf hinweisen, daß der erstgenannte Erdem Senocak der Leiter des gleichen "zentralen Rechtsberatungsbüros" ist, in dem der abgesprungene graue Wolf Ali Yurtaslan, der in dem Spiegel vom 8.9. 1980 über die Machenschaften der MHP-Faschisten berichtete, tätig war. E. Senocak wird von A. Yurtaslan namentlich erwähnt (siehe auch unseren Bericht "Ein grauer Wolf packt aus!"). Die ständig auftauchende Bezeichnung "idealistisch" ist eine der selbstgewählten Erkennungszeichen der türkischen Faschisten (sie ist als Gegensatz zu den Marxisten gedacht, die bekanntlich Materialisten sind). Auch die MHP-Tarnorganisation in der BRD (Zentrale in Frankfurt/M), "Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa" (kurz: Türk-Föderation) trägt die gleiche Bezeichnung in ihrem Namen.

Die beiden Häftlinge hatten ein Loch in die 20 cm dicke Betondecke ihrer Zelle gebohrt. Damit sie nicht durch das Lärm vorzeitig verraten würden, hatte man vor ihrer Zelle eine Woche lang Bauarbeiter mit Presslufthammern arbeiten lassen. Auch dieser Umstand deutet darauf hin, daß bei der Flucht nicht nur untergeordnete Ränge beteiligt waren.

Dank dem verantwortungsbewußten Handeln von N. Özer wurden neue gewichtige Beweise für die terroristische Aktivität der MHP sichergestellt. Die große Zahl der Verhafteten stellte die Aufdeckung der geheimen Beziehungen zwischen der MHP und den Staatsorganen durch weitere Geständnisse in Aussicht.

Flüchtigen Mörder gefangen des Amtes enthoben

Wer nun einen Lob oder gar eine Auszeichnung für diesen Kriegsrechtskommandanten erwartet hatte, bewies damit lediglich seine eigene Naivität: Die Demirel-Regierung entthob ihn kurzerhand seines Postens. Doch wollen wir auch gegen Demirel nicht ungerecht sein: Er hätte sich einen solchen Eingriff in die Domäne der Militärs nie leisten können, wenn der Schritt gegen General Nihat Özer nicht auch von der Armeespitze (das heißt, von der am 12.9. 1980 bekanntgegebenen Junta) abgesegnet worden wäre. Denn seit zwanzig Jahren gab es keine Regierung in Ankara, die auch nur eine einzige Maßnahme in irgendeiner Frage gegen den Willen der Armeeführung durchgesetzt hätte.

Wir müssen allerdings durchaus zugeben, daß General Nihat Özer bereits

früher Anlaß zur Unzufriedenheit seiner Vorgesetzten gegeben hatte. So hatte der gleiche General trotz wiederholter Versuche der Demirel-Regierung die Versetzung des unliebsamen Kommissars Oktay Dursun aus Ankara in eine andere Stadt verhindert. Kommissar Oktay Dursun selbst war dadurch unangenehm aufgefallen, daß er die Massenmörder von Balgat (die eingangs erwähnten M. Pehlivanoglu und I. Armagan), die Mörder der sieben Mitglieder der Arbeiterpartei (TIP) und eine Reihe von anderen gefährlichen Terroristen durch eigene Initiative gefunden und festgenommen hatte. Sein pflichtbewußtes und korrektes Handeln hat sogar einen der faschistischen Terroristen, den Hauptmann Cevikel, der von Kommissar Oktay Dursun persönlich verhaftet wurde, beeindruckt. Hauptmann Cevikel warnte den Kommissar Oktay Dursun in einem aus dem Gefängnis geschmuggelten Brief, daß die Regierung ihn in eine ferne Stadt versetzen und dort ermorden lassen wolle.

Nach der Entfernung des General N. Özer ist auch Kommissar Oktay Dursun aus Ankara nach Urfa versetzt worden. Damit ist der erste Teil der Warnung von Cevikel bereits eingetreten. Es ist zu befürchten, daß unter den Bedingungen der von der Militärjunta verhängten Zensur das weitere Schicksal dieses aufrechten Menschen unbekannt bleiben wird.

Der faschistische Terror hat sein Hauptzweck erfüllt

Jetzt, da die Militärdiktatur mit dem Segen der NATO und der USA errichtet, das Parlament auseinandergejagt, die klassenorientierten Gewerkschaften verboten und Massenverhaftungen begonnen wurden, hat der Terror der grauen Wölfe eine seiner Hauptaufgaben, die Schaffung einer für den Staatsstreich günstigen politischen Atmosphäre, erfüllt. Unter dem Vorwand, den Terror zu bekämpfen, verboten die Putschisten den DISK (Progressiven Gewerkschaftsverband) sowie alle demokratischen Organisationen und Berufsverbände, denen bis heute keine einzige Verwicklung mit dem Terror zur Last gelegt werden konnte.

Die Putschisten haben bereits erklärt, daß alle wichtigen Gesetze einschließlich der Verfassung, so geändert werden sollen, daß ihre Gewaltherrschaft nachträglich eine "Rechtsgrundlage" erhält. Die Militärdiktatur soll juristisch verbräht werden.

Im Einklang mit der NATO-Führung und dem Pentagon gehen sie gegen jeden, der sich dieser Willkür nicht beugen will, mit den bekannten Mitteln des Staatsterrors vor, der durch kein Gesetz und keine Verfassung mehr beschränkt wird.

Am 10. September dieses Jahres jährt sich die Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei zum 60. Mal. Entsprechend dem wichtigen Platz, den die TKP heute in der Front der fortschrittlichen Kräfte unseres Landes einnimmt, wird die demokratische Öffentlichkeit der Türkei diesen Jahrestag gedenken. Im Vordergrund steht dabei die Solidarität mit dieser seit 58 Jahren verbotenen Partei.

Der Gründungstag der KP ist nicht nur eine Angelegenheit der Kommunisten. Denn die antikommunistische Verfolgung, die TKP seit 58 Jahren zur Illegalität zwingt, richtet sich in dieser oder jener Form gegen alle Demokraten, gegen jede fortschrittlich denkenden und handelnden Menschen in der Türkei.

Dieser Jahrestag ist doch geeignet, um auch auf einen anderen Zusammenhang hinzuweisen. Die Keime der gegenwärtigen Krise in der Türkei wurden im Grunde noch während des nationalen Befreiungskrieges mit der hinterhältigen Ermordung der 15 führenden Funktionäre (mit Mustafa Suphi und Ethem Nejat an der Spitze) der TKP durch die Regierung in Ankara gelegt. Die nationale Bourgeoisie (ihr prominenter Vertreter war Kemal Atatürk) wollte damals um jeden Preis eine selbstständige Rolle der Millionen Bauern und der jungen Arbeiterklasse verhindern. Aus Angst vor dem eigenen Volk schlug sie schon 1921 im Bündnis mit den Großgrundbesitzern einen antidemokratischen Weg ein. Sie zog es vor, sich auf die Armee zu stützen, statt auf das Volk. Das Ergebnis ist bekannt: Diese Politik hat nicht nur die Lösung der wichtigsten Probleme (Landreform, die Gleichberechtigung des kurdischen Volkes) verhindert, sie hat auch dazu geführt, daß viele der beachtenswerten Errungenschaften der kemalistischen Revolution nicht verteidigt werden konnten.

Antikommunismus trifft alle Demokraten

Die Unterdrückung und Verfolgung der Kommunisten, die auch heute fortgesetzt wird, hat das gesamte politische und kulturelle Leben in der Türkei vergiftet. Jahrelang genügte bereits die Forderung des Streikrechts, oder die Feststellung, daß es im Lande hungernde Menschen gibt, oder der Hinweis, daß der 1. Mai der internationale Tag der Arbeiterklasse ist, um für Monate ins Gefängnis zu wandern. Den Polizeispitzeln galt und gilt jeder, der viel liest, als verdächtig. Die Werke antiker Philosophen, die Klassiker der französischen Revolution, moderne Autoren wie B. Brecht und J. Steinbeck wurden ebenso verboten wie die Werke von Marx, Engels und Lenin. Es gibt kaum einen namhaften türkischen Dichter oder Schriftsteller über vierzig, der nicht zumindest einige Wo-

chen im Gefängnis verbracht hätte. So bestätigen unsere Erfahrungen in der Türkei den bekannten Ausspruch von Thomas Mann, der den Antikommunismus die "Grundtorheit unseres Jahrhunderts" nannte. Wenn diese Atmosphäre der Unterdrückung, der geistigen Unterjochung heute in vielen Bereichen zurückgedrängt werden konnte, so wurde dies in einem harten und opferungsvollen Kampf erreicht. Nichts, kein Fingerbreit der Freiheit war ein Geschenk der Herrschenden.

Gerade weil der Antikommunismus viel von seiner Wirkung verloren hat, weil der Einfluß der demokratischen Kräfte im Allgemeinen und der TKP im besonderen so groß geworden ist, weil nicht mehr nur Tausende, sondern Hunderttausende sich an der Haltung der TKP orientieren, lassen die Herrschenden immer mehr jegliche Rücksicht auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie usw. fallen und greifen offen zum nackten Terror.

Kommunisten erste Opfer der Folterungen

In diesem Kampf um Freiheit und Demokratie haben die Kommunisten einen gewichtigen Beitrag geleistet. Heute geben selbst die internationalen Förderer der Demirel-Regierung (wie z.B. Herr Bundesfinanzminister Matthöfer) die massenhaften Folterungen und den Terror zu. Wir können nicht vergessen, daß die Kommunisten die ersten waren, an denen diese Folter- und Terrormethoden ausprobiert und "verfeinert" wurden. Tausende gaben ihr Leben. In diesem ungleichen Kampf haben die Kommunisten, hat die TKP nicht wenige Niederlagen hinnehmen müssen. Doch sie hat sich nicht gebeugt. Die Reaktion, die immer wieder ihr Ende verkündet hat, mußte sich immer wieder eines besseren belehren lassen.

Internationalismus gegen Chauvinismus und nationalistische Engstirnigkeit

Der Beitrag der Kommunisten zum politischen Leben der Türkei erschöpft sich nicht mit dem Kampf um Demokratie. Von großer praktischer Bedeutung für uns, die wir im Ausland leben, ist ihr Eintreten für Internationalismus. Die TKP hat seit je her ihren kämpferischen Internationalismus gegen den engstirnigen Nationalismus der Herrschenden gesetzt. In einem Land wie die Türkei, in dem die militaristischen Traditionen des osmanischen Reiches mit dem Chauvinismus der Turanisten (Verfechter eines "Großtürkischen" Reiches) und den antiimperialistisch-nationalen Forde-

rungen der Gegenwart mischen, war das keinesfalls leicht.

Die Kommunisten haben sich stets gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes gestellt und sein Selbstbestimmungsrecht verteidigt. Sie setzten sich für die Respektierung der Rechte aller nationalen Minderheiten ein. Sie schufen so die Grundlage, auf der sich die gleichberechtigte und freiwillige Zusammenarbeit der türkischen und kurdischen Werktätigen in den Gewerk-



schaften, den anderen Massenorganisationen und nicht zuletzt auch in der FIDEF entwickelt.

Die Bedeutung dieser Zusammenarbeit für die Zukunft des Kampfes um die Demokratie und Unabhängigkeit in der Türkei kann kaum überschätzt werden. Obwohl auf diesem Gebiet sicherlich noch viel zu tun bleibt, können wir schon heute feststellen, daß die TKP durch ihre internationalistische Haltung in der kurdischen Frage die einzige demokratische Alternative zur chauvinistischen Unterdrückungspolitik der türkischen Reaktion und dem nationalistischen Separatismus der kurdischen Bourgeoisie weist. Das ist ein Weg, der zum freiwilligen und gleichberechtigten Zusammenleben des türkischen und des kurdischen Volkes führen kann.

Solidarität mit der TKP und den demokratischen Kräften unseres Landes

Die Kommunisten haben einen wesentlichen Beitrag zum geistigen Leben der Türkei geleistet. Der größte und zweifellos der populärste Dichter der türkischen Sprache, Nazim Hikmet, war ein führendes Mitglied der TKP, der seine wahrhaft humanistische und internationalistische Gesinnung trotz jahrzehntelanger Kerkerhaft und Verfolgung stets verteidigte. Jahrelang riskierte jeder, der seinen Namen auch nur erwähnte, polizeiliche Verfolgung. Es gibt Menschen, die zum Gefängnis verurteilt wurden, bloß weil sie in ihren privaten Briefen einige Zeilen von Nazim Hikmet zitierten. Nazim Hikmet betonte immer wieder, daß er seine künstlerische und moralische Kraft vor allem aus seiner Zugehörigkeit zur TKP und damit zur internationalen Arbeiterbewegung schöpfte. Er hat durch sein Schaffen wie kein anderer das gesamte geistige und künstlerische Leben der modernen Türkei geprägt.

Auch Orhan Kemal, der bedeutendste Romancier unserer Sprache, war ein Mitglied der TKP*. Er hat das Leben der arbeitenden Menschen unseres Landes, ihren berechtigten Zorn, ihre Schwächen und ihre noch schlummernde Kraft meisterhaft dargestellt. Auch Orhan Kemal verbrachte viele Jahre im Gefängnis, bekam keine Arbeit und starb in Armut. Nicht wenige seiner Werke durften erst nach seinem Tod publiziert werden. Auch er hat allen Verfolgungen stand gehalten und seine Ideale nicht verraten. Die Namen von Nazim Hikmet und Orhan Kemal stehen hier für tausende anderer mutiger und aufrechter Menschen, die namlos bleiben müssen.

Keine Zugeständnisse

Der Antikommunismus versucht auf jede erdenkliche Weise, die TKP zum Verstummen zu bringen, oder, wo das nicht mehr gelingt, die Bürger durch Verzerrungen und Verfälschungen irre

zu führen. Manche gehen soweit, selbst vielfach überführte Mörder wie die faschistischen "Grauen Wölfe" als Bundesgenossen im Kampf gegen den Kommunismus in Schutz zu nehmen, ja sogar zu unterstützen. Wir betrachten es als unsere Pflicht, gegen diese äußerst gefährliche Politik aufzutreten.

Wir haben uns durch die antikommunistische Hetze nicht beirren lassen. Wir haben keinerlei Zugeständnisse an diejenigen gemacht, die selbst die bloße Erwähnung der Kommunistischen Partei oder die Diskussion ihrer Ansichten tabuisieren wollen, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Denn wir wissen aus Erfahrung, daß der Antikommunismus heute wie gestern, in der Bundesrepublik wie in der Türkei, als Waffe gegen alle Demokraten benutzt wird.

* Einer seiner schönsten Werke, "Murtaza", ist kürzlich im Ararat Verlag auf Deutsch erschienen.

Die TKP hat auf ihrem im Frühjahr 1977 abgehaltenen Parteikonferenz ein neues Parteiprogramm beschlossen. Dieses Dokument wurde in der Türkei auch legal publiziert und in der demokratischen Öffentlichkeit eingehend diskutiert. Gegen den Verleger Ahmet Tastan wurde ein Prozeß wegen "kommunistischer Propaganda" und "Geheimbündelei" eröffnet. Doch angesichts der Proteste aus aller Welt, insbesondere auch aus der BRD, wird das Verfahren vorläufig nicht fortgesetzt. Es war in diesem Prozeß, daß das Strafgericht unter Hinweis auf das Schlußdokument der KSZE, die Vereinbarkeit der Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches mit der Verfassung von dem Verfassungsgericht überprüfen lassen wollte.

In ihrem neuen Programm tritt die TKP als unmittelbares Ziel für die Errichtung einer "fortschrittlichen Demokratie" in der Türkei ein, die den Weg zum Sozialismus ebnet. Diese demokratische Revolution, die von allen national-demokratischen Kräften unter der Führung der Arbeiterklasse getragen werden soll, beinhaltet im Inneren die Verstaatlichung der großen Konzerne, des ausländischen Kapitals, der Schwerindustrie, der Banken, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes und die Durchführung einer umfassenden Landreform.

Für eine fortschrittliche Demokratie



M. Suphi, E. Nejat und andere ZK-Mitglieder

Auf dem Gebiet der Aussenpolitik tritt sie für den Austritt der Türkei aus der NATO, die Auflösung der ausländischen Stützpunkte in der Türkei, für den Rückzug aller ausländischen Soldaten (einschließlich der türkischen) aus Zypern und die Verwirklichung einer neutralen, friedlichen Außenpolitik ein.

Zur Verwirklichung dieser Ziele propagiert die TKP die Bildung einer national-demokratischen Front, die von einem gemeinsamen Programm getragen werden soll.

Auf dem letzten Plenum ihres Zentralkomitees im Mai dieses Jahres wurden neue, viel beachtete Beschlüsse gefaßt. Diese betreffen die Verstärkung des Widerstandes gegen die NATO-Pläne, die Türkei als Interventionsbasis im Nahen Osten

weiter auszubauen, die weitere Entwicklung der Aktionseinheit mit den anderen Parteien der Arbeiterklasse, die Forderung nach regionaler Autonomie für Türkei-Kurdistan und den Aufruf zur gemeinsamen Abwehr des faschistischen Terrors durch alle demokratische Kräfte.

Türkei-Informationen hat bereits in ihrer Juli/August-Ausgabe über die Forderung nach regionaler Autonomie für Türkei-Kurdistan berichtet. Die Kommunisten treten nach wie vor gemäß dem Programm der TKP für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes ein, das auch die Lostrennung und Gründung eines eigenen Staates einschließt. Doch stellen sie für die gegenwertige Etappe des Kampfes für Demokratie die Forderung "Autonomie für Türkei-Kurdistan" auf. Das bedeutet, daß die TKP unter den heutigen nationalen und internationalen Bedingungen nicht für eine Lostrennung, sondern für ein freiwilliges Zusammenleben der türkischen und kurdischen Völker arbeitet.

Die Losung zur weiteren Entwicklung der Aktionseinheit mit den anderen Parteien der Arbeiterklasse, mit den kurdischen Demokraten und dem linken Flügel der Republikanischen Volkspartei (CHP) widerspiegelt die Situation unter den Linkskräften in der Türkei, in der die Bestrebungen zum gemeinsamen Vorgehen zur überwiegenden Tendenz geworden sind.

Die Nachricht hatte uns bei Redaktionsschluß des letzten Heftes durch einen Anruf aus Istanbul erreicht: Nur wenige Tage nach aneinanderfolgenden Morden an dem CHP-Abgeordneten Köksaloglu und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Erim war am 22. Juli der Maden-Is-Vorsitzende Kemal Türkler von zwei organisierten Faschisten vor seinem Haus erschossen. Die generalstabsmäßige Planung, zeitliche Zusammenlegung und Ausführung aller drei Morde lassen eine deutliche Handschrift der professionellen Terrorzentralen erkennen, deren Spuren sich bis in die Konter-Guerilla-Abteilung der türkischen Geheimdienste zurück verfolgen lassen.

Türkler war 1926 in Denizli geboren; er war Sohn eines Landarbeiters. Er war 25, als er in dem Betrieb Emayetas der Metallarbeiter-Gewerkschaft Maden-Is beitrat. Er wurde zunächst zum gewerkschaftlichen Betriebsvertreter gewählt, wurde dann Bezirksvorsitzender und Gewerkschaftssekretär. 1953 wurde er Vorsitzender von Maden-Is; diese Aufgabe nahm er 27 Jahre, bis zu seinem Tode wahr. 1961 war er unter den Gründern der Arbeiterpartei der Türkei, TIP. Unter seiner Führung wurde Maden-Is 1967 zu einem der Gründungsmitglieder von DISK und zu dessen tragender Säule. 11 Jahre, bis Anfang 1978 fungierte Türkler als DISK-Vorsitzender. Auf dem letzten Kongress von Maden-Is vor wenigen Monaten war er einstimmig erneut zum Vorsitzenden gewählt worden.

Der Mord an Kemal Türkler, dem langjährigen Maden-Is- und ehemaligen DISK-Vorsitzenden, der wie kaum ein anderer den Kampf der Werktätigen für ihre demokratischen Rechte verkörperte, führte zu den größten antifaschistischen Aktionen in der jüngsten Vergangenheit des Landes.

Bereits am 22. Juli, binnen weniger Stunden nach dem Mord, verbreitete sich die Nachricht in den Industriezentren in Windeseile. Allein in Istanbul traten in über 200 Betrieben 40 000 Maden-Is-Mitglieder in einen sofortigen Streik. Das öffentliche Leben in beiden Großstädten Istanbul und Ankara kam für Stunden fast völlig zum Erliegen. Immer mehr Mitglieder des Gewerkschaftsbundes Türk-Is beteiligten sich an den Protestaktionen.

Vor seiner im DISK-Zentralgebäude aufgestellten Bahre erwiesen ihm in zwei Tagen und Nächten mehrere Tausend Kollegen die letzte Ehre. In das Gedenkbuch trugen sich Hunderte von Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben, Vorsitzende von allen demokratischen Organisationen, Betriebs- und Gewerkschaftsvertreter und zahlreiche Politiker ein. An den anhaltenden Arbeitsniederlegungen beteiligten sich Beamte, Lehrer, Angestellte, Kleingewerbetreibende und Landarbeiter. Für mehrere Stunden legten auch Journa-

Eindrucksvolle Protestaktionen gegen die Ermordung von Kemal Türkler

Eine Million traten in den Streik

listen und Ärzte die Arbeit nieder.

Insgesamt traten in der ganz Türkei über 800 tausend Arbeiter als Protest in den Streik. Rechnet man die Angestellten und die Beamten hinzu, so beteiligten sich ungeachtet der Drohungen der Kriegsrechtskommandanten über eine Million Menschen an dem Generalstreik.

Während ganze Belegschaften aus den um Istanbul gelegenen Betrieben geschlossen zur DISK-Zentrale marschierten, fanden sich in anderen Industrie-Zentren des Landes Tausende zu Protestversammlungen zusammen. Zu zentralen Kundgebungen kam es in Izmir, Izmit, Ankara und Bursa, auf denen neben Vertretern von Gewerkschaften auch offizielle Vertreter der Parteien CHP, TIP und TSIP auftraten. Der CHP-Vorsitzende Ecevit brachte bei einem Besuch gegenüber den Maden-Is- und DISK-Verbänden seine tiefe Betroffenheit zum Ausdruck und

aus den Arbeitervierteln aus der Umgebung von Istanbul Marschkolonnen in Bewegung. Die von der Kriegsrechtsbehörde errichteten Barrikaden um den Stadtkern wurden überrannt. Hunderttausende strömten in drei Richtungen zur Begräbnisstätte, zur DISK-Zentrale und zur Aksaray-Moschee, in der die religiöse Zeremonie vorgenommen wurde. Hunderte von Bussen, mit denen Kollegen aus naheliegenden Industriezentren Izmit und Bursa einreisten, wurden an der Stadtgrenze von den Sicherheitskräften zurückgewiesen. Doch auch ihnen gelang es, in kleineren Gruppen in die Stadt zu ihren Kollegen durchzustoßen.

In den Mittagsstunden sammelten sich auf drei Plätzen in Istanbul über 300 tausend Kollegen, während in Aksaray-Moschee Vertreter von in- und ausländischen Gewerkschaften und anderen Organisationen von Türkler Abschied nahmen. Unter ihnen befanden sich Jean Nemoudry, Sekretär des Weltge-



kondolierte anschließend der Familie des Ermordeten. Die an ihn gerichteten Worte von Frau Türkler gab dem Empfinden von der großen Mehrheit des Volkes Ausdruck: "Lehnen Sie die Zusammenarbeit mit den Mördern meines Mannes ab, Herr Ecevit; kooperieren Sie nicht mit Demirel! Schließen Sie sich dem Bündnis der Demokraten an!"

Demonstration zeigte die Stärke der demokratischen Kräfte

Welche Wirkung dieses Bündnis erzielen kann, wurde am 25. Juli, bei der Beisetzung Türklers deutlich. Bereits in den frühen Morgenstunden setzten sich

Das Begräbnis von Kemal Türkler wurde zur größten antifaschistischen Manifestation der letzten zwei Jahre

werkschaftsbundes; Gilbert Lebaicon, Beauftragter der französischen CGT; John Benson, Sekretär des Weltfriedensrates; Vorsitzender und Vorstandsmitglieder vom Gewerkschaftsbund Türk-Is; eine Delegation des Friedenskomitees der Türkei; M. Üstündag, Generalsekretär der CHP; Behice Boran, Vorsitzende der TIP; Y. Yusufoglu, Generalsekretär der TSIP; über 50 Abgeordnete und Senatoren der CHP. Stellvertretend für Hunderttausende von Kollegen im Ausland nahm der FIDEF-Vorsitzende Hasan Özcan an der Beisetzung teil.

Als die Spitze des Trauerzuges die etwa 5 km entfernte Grabstätte erreichte, hatte sich die große Menge auf dem Aksaray-Platz immer noch nicht in Bewegung setzen können. Neben DISK- und Türk-Is-Abordnungen waren Tausende Mitglieder der beiden großen Bauernorganisationen Köy-Koop und Köy-Der dabei.

Die Bevölkerung, die sich dem Zug spontan schließen wollte, wurde von Soldaten zurückgedrängt. Als die Kaserne in Edirnekapi erreicht wurde, beteiligten sich die darin befindlichen Soldaten an der Losung der demonstrierenden Kollegen: "Wir werden den Faschismus stoppen! Sein Kampf wird weitergeführt!"

Kemal Türkler wurde neben seinem langjährigen Kampfgefährten, dem ehemaligen DISK-Generalsekretär Ibrahim Güzelce beigesetzt. Hunderttausende Arbeiter verabschiedeten sich von ihrem Kollegen und brachten mit erhobenen Fäusten ihre Kampfentschlossenheit zum Ausdruck, während an der Grabstätte der amtierende DISK-Vorsitzende Abdullah Bastürk erklärte: "Seinen Kampf fortführen heißt, alle Betriebe, Stadtteile, Dörfer und Wohnviertel in Hochburgen des anti-faschistischen Widerstandes umzuwandeln!"

Breiteste Beteiligung trotz Kriegsrecht und Terror

Die "Aktionstage im Juli", wie der 22. - 25. Juli in der Öffentlichkeit anschließend genannt wurde, erfassten Teile der Bevölkerung im breitesten Ausmaß. Sie brachten erneut die Not-

Trotz Panzer und Maschinen-gewehre gaben 300 000 Menschen Kemal Türkler das letzte Geleit



wendigkeit und vor allem die potentiellen Möglichkeiten der Aktionseinheit zum Ausdruck. Anhänger von verschiedenen politischen Richtungen, Parteilose, Sozialdemokraten wie Sozialisten und Kommunisten, Anhänger von Parteien wie CHP und sogar MSP (orthodox-islamische Partei) nahmen an der Demonstration und dem Generalstreik teil.

Während sich die Vorstandsebene der CHP nach wie vor der Aktionseinheit trotz der akuten Gefahr einer faschistischen Machtübernahme zu entziehen versucht, verfehlte dieses Bündnis ihre Wirkung auf die Parteibasis nicht.

"Aktionstage im Juli" bekräftigte auch die Schritte in Richtung gewerkschaftlicher Aktionseinheit. An dem General-

streik am 23. Juli nahmen neben offiziellen Delegationen von 15 Türk-Is-Gewerkschaften Zehntausende Türk-Is-Mitglieder Seite an Seite mit ihren DISK-Kollegen teil. Diese entschlossene Haltung der Basis motivierte auch den Türk-Is-Vorstand. Der Türk-Is-Vorsitzende suchte mit einer Delegation den DISK-Vorstand und wich während des Begräbnisses nicht von seinem Platz neben dem Sarg von Türkler. Nach den Gesprächen des Türk-Is mit dem DISK-Vorstand wurde die gemeinsame Auffassung erklärt, daß beide großen Gewerkschaftsbünde im Interesse der Werktätigen und gegen den Abbau der errungenen Rechte und Freiheiten Formen der Zusammenarbeit entwickeln müßten.

Auf den Schultern seiner Kollegen wird Kemal Türkler zu Grabe getragen



DGB-Gewerkschaften Mord an Türkler einhellig verurteilt

Kemal Türkler stand immer im Mittelpunkt der arbeitenden Menschen, für deren Sache er sogar sein Leben opferte



Mit Abscheu und Empörung reagieren zahlreiche Gewerkschafter und Gewerkschaftsorganisationen der Bundesrepublik auf die Ermordung des Vorsitzenden von MADEN-IS, Kemal Türkler. Durch Briefe und Telegramme an die Adresse von MADEN-IS bekräftigten sie ihre Solidarität mit ihren Kollegen in der Türkei. Im folgenden geben wir einige dieser Schreiben wieder:

An die Gewerkschaft*
MADEN-IS
Besiktas - Istanbul

Wir haben mit tiefer Trauer erfahren, daß der Vorsitzende Eurer Gewerkschaft ermordet worden ist. Das Andenken unseres werten Kollegen, der zum Opfer derjenigen Kräfte wurde, die in der Türkei eine faschistische Diktatur errichten wollen, wird in unseren Herzen weiter leben.

Seine Ermordung gerade in einer Zeit, in der Eure Gewerkschaft im Streik-kampf steht, hat eine große Bedeutung. Wir verurteilen diesen Mord mit Abscheu und wünschen der Arbeiterklasse der Türkei Kraft. Wir übersenden den streikenden Arbeitern solidarische Grüße und wünschen Euch in Eurem Kampf für ein menschenwürdiges Leben viel Erfolg.

Im Namen des Deutschen
Gewerkschaftsbundes
Baden-Württemberg
Der Vorsitzende
Lothar Zimmermann

Metallarbeitergewerkschaft
Maden-Is Besiktas
Istanbul

Liebe Kollegen,

wir haben mit Bestürzung den Mord an Kemal Türkler zur Kenntnis genommen. Wir verurteilen diesen Anschlag auf einen fortschrittlichen Gewerkschafter auf das schärfste. Wir sehen in diesem Mord faschistischer Kräfte nicht nur einen Angriff auf die türkischen Arbeitnehmer, sondern auf die Demokratie der Türkei. Wir hoffen und wünschen, daß die türkischen Arbeitnehmer in der Lage sind, die faschistischen Kräfte in ihrem Land zu stoppen.

Industriegewerkschaft Metall für die
Bundesrepublik Deutschland
gez. Verwaltungsstelle Köln

An die Gewerkschaft*
MADEN-IS
Besiktas - Istanbul

Wir sind tief betroffen von der Nachricht über die Ermordung unseres Kollegen Kemal Türkler durch faschistischen Kräfte. Wir verurteilen diesen Terror und die Morde, die mit dem Ziel der Errichtung eines reaktionären Regimes in der Türkei verübt werden, mit Abscheu und wünschen der Maden-Is und ihren kämpferischen Mitgliedern viel Kraft.

Im Namen des IG-Metall Kreises Stuttgart schicken wir unseren mutigen Brüdern in den Streiklokalen unsere solidarische Grüße. Wenn wir die Geschichte unserer werktätigen Klasse aufschlagen, können wir klar erkennen, wo die Quellen des Terrors und der Morde liegen und was ihre Urheber bezwecken. Es wird ihnen jedoch niemals gelingen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

IG-Metall Kreis Stuttgart
Vorsitzender
Otto Gotschlich

*Rückübersetzung aus dem Türkischen

Liebe Kollegen!

Wir haben mit Bestürzung erfahren, daß Euer Vorsitzender Kemal TÜRKLER von faschistischen Mördern ermordet wurde.

Dies betrachten wir als Angriff gegen türkische Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung sowie Demokratie und Freiheit in der Türkei. Wir verurteilen das aufs schärfste.

Mit solidarischen Grüßen

IG Metall
Vst. Gelsenkirchen
K. Ernst

Liebe Kollegen,

die Ermordung des Vorsitzenden der Metallarbeiter-Gewerkschaft, Kemal Türkler, hat uns zu tiefst betroffen. Wir sprechen Euch für diesen schweren Verlust für die türkischen Arbeiter unser Mitgefühl aus.

Die rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen werden durch ihr Morden die Demokratie und Freiheit in der Türkei nicht verhindern.

Das türkische Volk will in Frieden und Freiheit leben, auch die in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden Türken erwarten von Euch, daß Ihr Euch weiter für Frieden und Freiheit einsetzt.

Die türkischen Vertrauensleute der IG Metall bei der Fa. Siemens, Balanstr. 73. 8000 München 80 Vertrauenskörperleitung

Liebe Kollegen,

die Arbeitsgemeinschaft der gewerkschaftlichen Vertrauenskörperleitungen in der IG Druck und Papier, Bezirk Frankfurt am Main, verurteilt aufs schärfste die Ermordung des Vorsitzenden der Metallarbeiter-Gewerkschaft Maden-Is, Kemal Türkler.

Wir erklären uns solidarisch mit dem sozialen und demokratischen Kampf der türkischen Kollegen zur Abwehr der drohenden Gefahr einer offenen Militärdiktatur.

Zugleich fordern wir in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung die Beendigung der finanziellen und militärischen Unterstützung des Demirel-Regimes sowie das sofortige Verbot der "Türk-Föderation" der Grauen Wölfe in der Bundesrepublik.

Industriegewerkschaft
DRUCK UND PAPIER
Bezirksverwaltung
Frankfurt am Main
Heinz Werner Wurstius
- Bezirkssekretär -

Liebe Kollegen,

mit großem Entsetzen und Abscheu habe ich von dem heimtückischen Mord an Eurem langjährigen Vorsitzenden Kemal Türkler erfahren, den ich auch persönlich kennengelernt hatte.

Neben all den bisherigen, von jedem demokratischen Menschen zu verurteilenden politischen Morden ist dieser als einer der dramatischsten und für die politische Zukunft Eures Landes gefährlichsten Anschläge auf die türkische Gewerkschaftsbewegung.

Ich möchte hiermit - sicherlich auch mit der Mehrheit der türkischen Kollegen in unserer Gewerkschaft - an alle türkischen Arbeiter für den Verlust dieses beliebten Gewerkschafters mein herzliches Beileid aussprechen.

Paul Plumeyer
Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

IGM-Vertrauenskörperleitung
der Krupp Südwestfalen AG
Geisweid

Die Metallgewerkschafter der Krupp Südwestfalen AG in Siegen-Geisweid hörten mit Erschütterung vom tragischen Tod des Kollegen Kemal Türkler.

Wir verurteilen den Terrorismus jeglicher Art, und verfolgen mit großer Bestürzung die politischen Vorgänge in der Türkei.

Wir deutschen Arbeitnehmer wissen aus der eigenen Geschichte, wie leidvoll der Weg der Arbeiterbewegung unter einem totalitären Regime ist.

Wir hoffen mit Euch, daß ihr diesen Weg nicht bestreiten müßt.

Gleichzeitig wünschen wir uns, daß der tragische Verlust des Kollegen Kemal Türkler Euch nicht davon abhält, weiterhin in der Türkei für die Rechte der Arbeitnehmer einzutreten.

Mit solidarischen Grüßen

Peter Gaßmann Rolf Schnutz

Liebe Kollegen

Wir haben mit Bestürzung erfahren, daß Euer Vorsitzender Kemal TÜRKLER von faschistischen Mördern ermordet wurde.

Dies betrachten wir als Angriff gegen türkische Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung sowie Demokratie und Freiheit in der Türkei. Wir verurteilen das aufs schärfste.

Mit solidarischen Grüßen

IG Metall
Vst. Essen
K.H. Völker

VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Marburg/Biedenkopf
c/o Ingrid Reichel
Wilhelmstr. 10
3550 Marburg/Lahn 1

Liebe Freunde!

Mit Sympathie haben wir Euren Kampf für die Verbesserung Eurer Lebensbedingungen, für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und größere Rechte verfolgt. Wir wissen aber auch, unter welch schwierigen Bedingungen Ihr Euren Kampf führt und welchen Bedrohungen jeder von Euch ausgesetzt ist.

Dies hat uns erneut die Ermordung des Vorsitzenden von MADEN-IS Kemal Türkler, am 22. Juni 1980 gezeigt. Er war ein weiteres Opfer des faschistischen Terrors, der in der Türkei wütet. Wir trauern mit Euch um Kemal Türkler und die zahlreichen anderen Opfer faschistischer Gewaltakte.

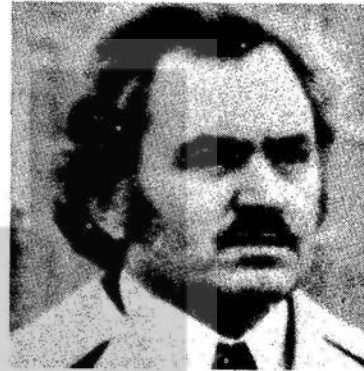
Wir kennen die Wirklichkeit des Faschismus aus unserer eigenen Geschichte: Terror gegen die Arbeiterbewegung und alle Andersdenkenden, Vernichtung der demokratischen Rechte, Mißachtung der Menschenrechte, Mord und Vernichtung; im Interesse der großen Konzerne ging er mit besonderer Brutalität gegen die Kräfte der Arbeiterbewegung und die Rechte der Arbeiter vor.

Der deutsche Faschismus hinterließ eine Bilanz von 50 Millionen Toten, Zerstörung und Verwüstung in allen vom Faschismus okkupierten Ländern. Heute, 35 Jahre nach der Zerschlagung der brutalen Herrschaft des deutschen Faschismus, regen sich in unserem Lande wieder neofaschistische Kräfte, unter ihnen die "Grauen Wölfe", die nahezu ungehindert von unseren Behörden ihre Landsleute terrorisieren. Für uns ist der Faschismus eine historische Erfahrung, aber auch Teil der politischen Wirklichkeit unseres Landes. Unsere Organisation, die VVN-Bund der Antifaschisten, hat sich zur Aufgabe gestellt, den Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald zu erfüllen, in dem es heißt: "Wir stellen den Kampf erst ein, wenn der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig."

Im Sinne dieser Worte werden wir alles tun, um Euren Kampf zu unterstützen. Wir fordern von der Regierung unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, die Streichung jeglicher finanziellen und militärischen Hilfe für die Regierung Demirel, die den faschistischen Terror duldet. Wir fordern das Verbot der "Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen in unserem Lande.

Aus: METALL
(Zeitung der IG Metall)
vom 6.8. 1980

Kemal Türkler, 54, Vater von 2 Kindern, wurde am 21. Juli von faschistischen Killern in Istanbul niedergeschossen. Der Vorsitzende von Maden-is, der größten der türki-



schon Metallarbeitergewerkschaften, war von 1967 bis 1977 Vorsitzender von Disk, dem linken Gewerkschaftsdachverband. Kemal Türkler, der aus seinen Sympathien für die verbotene pro-sowjetische TKP nie einen Hehl machte und die Gewerkschaftsarbeit stark diesem politischen Kurs anpaßte, war einer der prominentesten Arbeiterführer in der Türkei. Seine Ermordung, die, wie Tausende andere auch, auf das Konto der "Grauen Wölfe" geht, ist eine Provokation und Kampfansage an alle Arbeitnehmer in der Türkei. Türkler hatte sich immer für einen friedlichen politischen Kampf eingesetzt - es war vergebens. Sein Tod soll die gesamte demokratische Bewegung und die politische Opposition ausschalten, die für soziale Gerechtigkeit in der Türkei kämpft. 80000 Arbeiter legten aus Protest gegen den Mord an einem ihrer führenden "Funktionäre" die Arbeit nieder. Ein Beweis dafür, daß trotz einer faschistischen Politik der Demirel-Regierung, wo es im Juli 1980, so die französische Tageszeitung "Le Monde", 65000 politische Inhaftierte gab, der Widerstand noch lebt.

Wir fühlen uns allen Kräften, die in der Türkei dem faschistischen Terror entgegengetreten, solidarisch verbunden. Der antifaschistische Kampf ist international; nur in der Gemeinsamkeit aller Völker können wir eine Welt schaffen, in der die Bedrohung des Faschismus beseitigt ist.

Mit solidarischen Grüßen

Ingrid Reichel
1. Vorsitzende der Kreisvereinigung
Marburg/Biedenkopf

Fortsetzung auf Seite 4013

Gegen das Hungerdiktat der Monopole sind in der Türkei gegenwertig 60 000 Kollegen seit über fünf Monaten im Streik. Über 100 000 weitere dürfen wegen der widerrechtlichen "Streikverschiebungen" der Demirel-Regierung nicht streiken. Doch Ende September läuft die Frist für 80 000 Kollegen aus. Wir versuchen in diesem Bericht einen Einblick in die organisatorische Arbeit der MADEN-IS, der größten Gewerkschaft der Türkei, zu geben.

Seit Mitte März befinden sich über 23.000 Metallarbeiter, die in Maden-Is organisiert sind, im Streik. Türkei-Informationen berichteten bereits in der Juli/August-Ausgabe über die Ursachen und Ziele dieses Arbeitskampfes der unter äußerst schwierigen Bedingungen nunmehr über fünf Monate dauert. Neben den Metallarbeitern streiken auch die Textilarbeiter und Kollegen in der Glasindustrie, sodaß insgesamt mehr als 60.000 die Arbeit niedergelegt haben. Die Zahl der Streikenden würde weit größer sein, hätte nicht die Regierung widerrechtlich 55 Streiks (Stand am 10.8. 1980) verschoben.

Nach dem türkischen Streikrecht kann die Regierung in Fällen, in denen sie "eine Gefährdung der nationalen Gesundheit oder Sicherheit" feststellt, einen Streik zunächst um 30, später um 60 Tage verschieben. Im Gegensatz zu der Regelung in den USA, muß diese angebliche Gefährdung nicht von einem Gericht bestätigt werden. Die Gewerkschaften können lediglich auf verwaltungsrechtlichem Wege gegen die Verschiebung klagen.

Streikrecht weitgehend ausgehöhlt

Es liegt auf der Hand, daß schon diese Bestimmung für sich eine gravierende Einschränkung des Streiksrechtes

Nach dem Militärputsch
zur Arbeit
gezwungen

Unterstützt die streikenden Kollegen mit Spenden!

darstellt. Doch die Praxis der Demirel-Regierung, die selbst die eigenen, antidemokratischen Gesetze mißachtet, kommt praktisch zu einer Aufhebung des Streikrechts gleich.

Lange Zeit wurden jedes Jahr nur einige wenige Streiks "verschoben". Seit 1976, mit dem Beginn der ökonomisch-politischen Krise, stieg diese Zahl auf 20 und 30 Streiks jährlich. Demgegenüber hat die Demirel-Regierung allein in einem Zeitraum von weniger als sieben Monaten 57 Streiks "verschoben".

Ein kurzer Blick in die Liste der betroffenen Betriebe zeigt, daß die Regierung sich nicht einmal die Mühe macht, der eigenen Praxis den Anschein der Gesetzlichkeit zu geben. Unter die Verschiebungsbeschlüsse fallen die Glühbirnenproduzenten, Hersteller von Flaschenverschlüssen und Margarineproduzenten ebenso wie Bergwerke, Dienstleistungsbetriebe, Kabel-, Kunstdünger- und Zementproduzenten.

Die Begründung lautet wahlweise "Gefährdung der nationalen Sicherheit oder Gesundheit". Gewerkschaftsvertreter und Juristen weisen darauf hin, daß die von der Regierung gegebenen Begründungen völlig unhaltbar sind. Sie hat dem Internationalen Währungsfond (IWF) und OECD versprechen

Die Metaller von TEZSAN beginnen ihren Streik

Gegen das Hungerdiktat der Konzerne und des IWF seit sechs Monaten im Arbeitskampf

müssen, Lohnsteigerungen und Streiks zu verhindern. Um dieses Versprechen halten zu können, ist ihr nun jedes Mittel recht.

Mit anderen Worten: Die rechtswidrige Aushöhlung des Streiksrechts hängt unmittelbar mit den Bedingungen zusammen, die der IWF an die sogenannte "Türkei-Hilfe" geknüpft hat.

Die von den "Verschiebungsbeschlüssen" betroffenen Gewerkschaften können zwar beim Verwaltungsgericht klagen und in der Regel hatten diese Klagen Erfolg (was die Rechtswidrigkeit der Regierungsbeschlüsse dokumentiert) doch es vergeht kostbare Zeit, bis eine Entscheidung gefällt wird. Denn die Verwaltungsgerichte sind durch eine Unzahl von Klagen überlastet. Diese Zeit wird von den Unternehmern dazu benutzt, durch entsprechende Maßnahmen die Wirksamkeit des Streiks herabzusetzen. Experten verweisen auch auf Prozesse, die fünf Jahre gedauert haben.

Streiken unter Lebensgefahr

Die rechtswidrigen Maßnahmen der Regierung sind nur ein Teil der Schwierigkeiten, mit denen die streikenden Kollegen zu kämpfen haben. Die Kriegsrechtsbehörden haben z.B. befohlen, daß höchstens zwei Personen als Streikposten eingesetzt werden dürfen. Das bedeutet unter den gegenwärtigen Bedingungen, daß die Kollegen schutzlos den faschistischen Mördern ausgeliefert werden. Wie der neue Vorsitzende der Maden-Is, Mehmet Karaca in Juli/August-Ausgabe der Türkei-Informationen erklärte; riskiert jeder, der auf einem bestreikten Betrieb einen Transparent anbringt, erschossen zu werden.

Die Unternehmerorganisationen verfolgen eine äußerst harte Linie. Die Regierung unterstützt diese Haltung. Die Auswahl der Betriebe, bei denen die beschlossenen Streiks durch die Regierung "verschoben" werden, zeigt, daß man gerade diejenigen Streiks verhindert, die die Unternehmenseite empfindlich treffen und zur Kompromißbereitschaft bewegen könnten. Die Unternehmerverbände, die Regierung und ihre internationalen Berater und Förderer vom IWF, OECD, der Bundesregierung bis hin zum Gesamtmetall wollen offensichtlich die klas-



senorientierten Gewerkschaften in der Türkei in einem langen Streik verbluten lassen.

Die Streikunterstützung, die an die streikenden Kollegen monatlich bezahlt wird, beträgt 1500,- TL, das sind knapp 37,- DM.

Damit kann man heute in der Türkei lediglich 4-5 Kg Fleisch oder 10 Kg Zwiebeln kaufen. Es versteht sich, daß diese Summe völlig unzureichend ist. Doch wenn der Streik sich in die Länge zieht, kann selbst die Weiterbezahlung dieser bescheidenen Hilfe in Frage gestellt werden.

Gewerkschaftliche Demokratie festigt die Entschlossenheit

Unsere Leser mögen sich fragen, wie es der Maden-Is gelingt, die Streikfront über sechs Monate unter solch ungünstigen Umständen aufrechtzuhalten. Das hängt sicherlich in erster Linie damit zusammen, das die gewerkschaftliche Demokratie in Maden-Is im Zusammenhang mit den Streikvorbereitungen in einer für die Türkei beispiellosen Art und Weise verwirklicht worden ist.

Bereits Anfang 1979 begann die Diskussion über die Haltung der Unternehmer, die Taktik der Gewerkschaft, die Streikziele und die zu erwartenden Schwierigkeiten. Im Juni 1979 legten die Vertrauenskörperleiter der 106 vom Tarifikampf betroffenen Betriebe einen Organisationsplan vor, der die Einbeziehung aller Mitglieder und Organe in den Entscheidungsprozeß gewährleisten sollte. Dementsprechend wurden auf jeder Ebene, von den einzelnen Abteilungen in den Betrieben bis zum Hauptvorstand, Tarifausschüsse gebildet und die Grundsätze ihrer regionalen und zentralen Zusammenarbeit festgelegt. Mit Hilfe dieser Ausschüsse konnte der Informationsfluß von unten nach oben und von oben nach unten wesentlich gesteigert werden. Die Vorschläge, die Initiative der Mitglieder und der Funktionäre kamen stärker zur Geltung.

Der Bericht des Hauptvorstandes über die Ziele, Perspektiven und Verhandlungstaktik wurden mit Hilfe der genannten Ausschüsse eingehend beraten. Nach dem die eingegangenen neuen Vorschläge und Änderungswünsche berücksichtigt wurden, entstand ein Entwurf, der am 23.10. 1979 auf einer großen Versammlung durch die Vertreter aller Tarifausschüsse einstimmig angenommen wurde. Die Maden-Is Kollegen nennen dieses Dokument ihre "Ehrenurkunde".

Aufgrund dieser Vorbereitungen wissen die Kollegen sehr gut, warum sie streiken müssen. Einer von ihnen erklärte wörtlich: "Wir sind bereit, den Streik fortzusetzen, auch wenn wir hungern müssen."



Volkslieder sind in den Streikbaracken oft zu hören

Lieber hungern wir jetzt, für unsere eigenen Forderungen. Wenn wir das Diktat der Unternehmer akzeptieren, müssen wir sowieso hungern, aber dann für die Unternehmer."

Die Unternehmervverbände beharren auf ihrem Hungerprogramm. Sie wollen den Arbeitern selbst die Erhaltung der Reallöhne verwehren. Ihr eigentliches Ziel ist, die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes in die Knie zu zwingen. Zu diesem Zweck konzentrieren sie ihre Angriffe auf Maden-Is, die den Rückgrat der Gewerkschaftsbewegung der Türkei darstellt.

Diese Pläne der multinationalen Konzerne, in die sich die Bonner "Türkei-Hilfe" nahtlos fügt, müssen verhindert werden. Zu ihrer Durchsetzung bedarf es einer festgefügtten, geschlossenen Front der Werktätigen.

Unsere Kollegen brauchen Solidarität

Aus diesem Grunde bekommt die aktive Solidarität mit den streikenden Kollegen in der Türkei eine aktuelle

Bedeutung. Jeder Streikende enthält zwar monatlich 1500,- TL, das sind etwa 37,- DM, aber selbst diese geringe Summe bedeutet eine schwere Belastung für den Streikfond von Maden-Is.

Der FIDEF-Aufruf zu einer Solidaritätskampagne hat binnen weniger Wochen einen großen Widerhall unter den Kollegen aus der Türkei gefunden. Das ist ein eindrucksvoller, konkreter Beitrag zum berechtigten Kampf der Werktätigen in der Türkei, die unter schwierigen Bedingungen dem Unternehmersdiktat, dem Staatsterror und den faschistischen Killern trotzen.

Umso dringender der Appell an die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik:

Bezeugen wir unsere Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei! Unser Beitrag kann unsere Kollegen dabei unterstützen, sich gegen die schlimmsten Auswirkungen der "Türkei-Hilfe" zu verteidigen!

**FIDEF-Sonderkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft, Düsseldorf
Konto-Nr.: 15 55 82 34 02,
BLZ 300 101 11**



Streikposten widersetzen sich den Eingriffen des Militärs

Ein Beispiel
aus der Solidaritätskampagne
der FIDEF

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Die Solidaritätskampagne mit den Streiks in der Türkei, die in mehreren Städten der Bundesrepublik durchgeführt werden, konkretisierten sich in Lübeck mit einer interessanten Aktion: Erdbeeren pflücken.

Erdbeeren pflücken ist eine jahreszeitabhängige Tätigkeit. Bei dieser Tätigkeit werden größtenteils illegale Arbeiter beschäftigt. Es ist eine schwere Arbeit, die zudem sehr schlecht bezahlt wird. Berechnet werden die gepflückten Erdbeeren pro Korb. In einen Korb passen 2,5 kg Erdbeeren; im Schnitt können pro Stunde 2 Korb Erdbeeren gepflückt werden, 1979 wurde in der Erdbeer-Saison 2,10 DM für einen Korb bezahlt. Die Lebenshaltungskosten, aber auch die Ankaufspreise, die die Fabriken den Landwirten für die Beeren bezahlen, sind inzwischen zwar gestiegen, aber das muß den Besitzer der Erdbeer-Plantagen als Arbeitgeber nicht kümmern. In unserer Stadt gibt es nämlich zahlreiche Asylanten und illegale Arbeiter. Die Erdbeer-Plantagenbesitzer wollten deshalb pro Korb nur 1,90 DM bezahlen und meinten: "Wenn es euch nicht paßt, braucht ihr ja nicht zu arbeiten." Das ist leicht zu verstehen, wenn wir bedenken, daß Asylanten, die pro Tag 10,- DM vom Sozialamt erhalten und die illegalen Arbeiter, die nicht mal das bekommen, sofort die Arbeit aufnehmen.

Drohungen halfen nichts

Zuerst ließen wir uns darauf ein und begannen, Erdbeeren zu pflücken, Wir 15 Kollegen haben uns dann auf dem Feld verteilt, mit den Arbeitern gesprochen und ihnen über die Lage berichtet. Nach kurzer Zeit haben wir gut organisiert und gemeinsam aufgehört, Erdbeeren zu pflücken. Der Boß war sehr verärgert und drohte uns: "Ihr seid alle Asylanten und illegale Arbeiter. Ich rufe gleich die Polizei und lasse euch alle des Landes verweisen..." Um eine Spaltung zu verhindern, sagten wir: "Freunde, habt keine Angst; der Boß will uns nur Angst einjagen, denn er macht sich vor dem Gesetz doppelt so schuldig, wenn er illegale Arbeiter beschäftigt. Außerdem versichern wir euch, falls die Polizei irgendetwas unternehmen sollte, wäre er der erste, der sich, solange die Erntezeit andauert, gegen die Polizei stellt." Ruhig verließen wir das Feld. Kurz darauf kam die Polizei und machte wieder kehrt, weil kein Grund zum

16 Eingreifen vorlag.

Fortsetzung auf Seite 27

Nach dem Militärputsch
verboten

Kurz nach der Ermordung des Vorsitzenden des Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is, Kemal Türkler, verlangte die Staatsanwaltschaft in Bakirköy (Istanbul) das Verbot des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK.

Begründung: DISK verstoße bereits seit seiner Gründung im Jahre 1967 gegen den Artikel 4 der türkischen Verfassung und gegen das Gesetz über Gewerkschaften Nr. 274 (Artikel 30, § 4).

Dieser neue, bisher gewagteste Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte seitens der Demirel-Regierung kommt nicht von ungefähr: Trotz massiver Unterdrückung und des blutigen Terrors bewiesen doch Millionen von Werktätigen bei Protestaktionen gegen die Ermordung von Türkler, daß sie nach wie vor entschlossen sind, für ihre gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte zu kämpfen.

So erklärte der ehemalige Boss des Metallunternehmerverbandes MESS, der jetzige Staatssekretär (zuständig für die Wirtschaftspolitik) des Ministerpräsidenten Demirel, Turgut Özal, gegen Ende August: "Die Gewerkschaften zwingen die Arbeiter zu Streiks und verurteilen sie dadurch zum Hungern!"

Besorgt um das Wohlergehen von Millionen, die für ihn bislang höchstens als Kostenfaktor galten, schlägt Özal vor: "Gewerkschaften sollen die für die Streikenden vorgesehenen Zahlungen auf einen Fond bei der Zentralbank deponieren. Die Streikunterstützung soll dann durch den Staat an die Streikenden ausgezahlt werden. Streiks dürfen nur dann zugelassen werden, wenn genügend Geld an diesen staatlichen Streikfonds eingezahlt worden ist".

Die Regierung ist zahlungsunfähig

Diese geniale Idee zur staatlichen Reglementierung aller gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bekommt eine weitere, tragekomische Dimension, wenn man die Finanzsituation dieses Staates in Betracht zieht, für die eben der MESS-Boss Özal verantwortlich zeichnet:

Am 21. August meldet die Tageszeitung Cumhuriyet:

"Wegen Geldmangels konnten die Gehälter des Personals in der Staatlichen Fluggesellschaft THY nicht ausgezahlt werden".

Demokrat meldet am gleichen Tag "Die ausstehenden Forderungen der Tee-Pflanzer (an den Staat) erreichten die Summe von 6 Milliarden Lira".

Verbot von DISK beantragt

Und Hürriyet meldet am 26. August: "Die Gesamtsumme der ausstehenden Forderungen der Produzenten im Agrarbereich hat 60 Milliarden Lira erreicht".

Turgut Özal, von seinem Herrn Demirel zum "Agha der türkischen Wirtschaft" erklärt, hat aber nicht nur die Streikfonds der Gewerkschaften als zusätzliche "Finanzquelle" für den maroden Staatshaushalt im Auge. Mit dem Vorstoß gibt er das Zeichen für die von der Demirel-Regierung vorbereiteten Gesetzesänderungen, die die zwei wichtigsten Gesetze bezüglich der gewerkschaftlichen Rechte betreffen.

Mitgliedschaft der Arbeiter in Gewerkschaften wird erschwert.

Gewerkschaften werden der Regierungskontrolle unterworfen; sie können staatlich gelenkt werden.

Gewerkschaften werden Beziehungen zu anderen demokratischen Organisationen und Institutionen untersagt.

Gewerkschaften sollen schneller verboten werden können. Mitwirkung der Basis an der gewerkschaftlichen Betätigung wird eingeschränkt.

Über Verschiebungen der Streiks, bis jetzt der Regierung vorbehalten und von dieser rege in Anspruch genommen, sollen künftig auch Unternehmer mitbestimmen können!

Materielle und soziale Forderungen bei den Tarifverhandlungen sollen gesetzlich geregelt werden; die Orientierungsdaten dürfen dann nicht mehr überschritten werden.

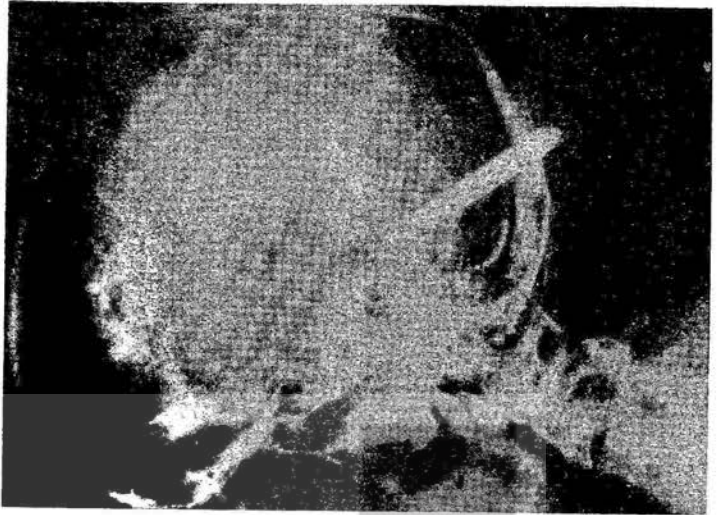
"Ungesetzliche Handlungen" während eines Streiks, die auch ohne weiteres von den agents provocateurs der Unternehmer angezettelt werden können, sollen direkt von der zuständigen Gewerkschaft zu verantworten sein, was für sie schwerwiegende Sanktionen bedeutet.

Diese Liste der geplanten Maßnahmen zeigt unmißverständlich, daß die Demirel-Regierung versucht, die elementarsten Rechte der Arbeiter auf kaltem Wege aufzuheben. Da der kämpferische DISK bis heute alle ähnlichen Pläne durch Massenaktionen verhindern konnte, soll zunächst dieses Hindernis aus dem Weg geräumt werden.

Ob diese Rechnung der in- und ausländischen Reaktion aufgeht, hängt auch von der Unterstützung ab, die die demokratischen Kräfte der Türkei von der demokratischen Öffentlichkeit in der BRD erhalten.

Grauer Wolf packt aus

Imdat Demir
aus Adana.
Ihm wurde
von den
Grauen Wölfen
in einer selten
vorkommenden
Brutalität
eine Stahlnagel
in den Kopf
geschlagen



Die Enthüllungen des abgesprungenen "grauen Wolfs" Ali Yurtaslan über die geheime Terrororganisation der MHP haben die bisherigen Erkenntnisse über diese faschistische Partei als Schalstelle des Terrors bestätigt und um weitere Aspekte erweitert. Zugleich deutet die Tatsache, daß ein hoher Funktionär wie A. Yurtaslan sich von der MHP lossagte und ihre Geheimnisse preisgab, daraufhin, daß die barbarischen Verbrechen der Faschisten auch unter ihren eigenen Kadern zur Abscheu und Empörung führen können.

Bezeichnend für die von Duldung bis zur offenen Zusammenarbeit reichenden Haltung der staatlichen "Sicherheitsorgane" gegenüber den faschistischen Mordbanden sind die Umstände, unter denen Ali Yurtaslan seine Kenntnisse veröffentlichte: Der hohe Funktionär des "Idealistischen Jugendverbandes" hatte sich nach eigenen Angaben zuerst an den Geheimdienst MIT und die politische Polizei gewandt. Die hochgestellten Beamten, mit denen er sprach, zeigten jedoch kein Interesse für den Informanten und empfahlen ihm, sich an eine in Istanbul erscheinende maoistische Zeitung zu wenden.

Die Vermittlerdienste des Geheimdienstes für die Maoisten, die A. Yurtaslan zuerst in einem Gespräch mit dem fortschrittlichen türkischen Journalisten Y. Atsiz ausplauderte, überraschte kaum jemanden. Schließlich haben die Maoisten, die in der demokratischen Öffentlichkeit in der Türkei hoffnungslos isoliert sind, eine solche Schützenhilfe durch den Geheimdienst dringend nötig. Unklar war zunächst höchstens, wieso man A. Yurtaslan die Geheimnisse der MHP ungehindert offenbaren ließ. Doch der Putsch am 12.9. 1980 legt nahe, daß man höherer Orts, die Zeit für gekommen hielt, zu neuen Methoden zu greifen.

Ali Yurtaslan zählt in seinen umfangreichen Enthüllungen neben zahlreichen von den "grauen Wölfen" verübten Mordfällen insbesondere folgende Punkte auf:

Hinter den zahlreichen "idealistischen" (das ist die selbstgewählte Bezeichnung der Faschisten in der Türkei) Organisationen und der MHP selbst steht eine illegale Organisation, die persönlich von Türkeş geführt wird und die "Aktionen" der legalen Organisationen leitet. Alle Mordtaten und die mit dem Terror zusammenhängenden sonstigen Tätigkeiten wie Waffenbeschaffung usw. werden von dieser Geheimorganisation geplant und durchgeführt. Yurtaslan selbst war im Vorstand dieser illegalen Organisation.

Die "grauen Wölfe" stehen mit großen Waffen- und Rauschgiftsmugglerbanden in Verbindung und benutzen Heroinschmuggel als eine einträgliche Einnahmequelle. Sie verüben jedoch auch Bank- und Raubüberfälle, um Geld zu beschaffen.

Die Waffen, die die "grauen Wölfe" bei Terrorüberfällen verwendet haben, werden später gegen "saubere" Waffen aus Armeebeständen getauscht.

Die faschistischen Terrorbanden erhalten auch Waffen aus den Beständen der türkischen Besatzungsarmee in Zypern.

Die MHP-Terroristen, die gefaßt werden, rettet man durch Beeinflussung der Gerichte. Um die Akten vor die "richtigen", d.h. MHP-freundlichen, Richter zu bringen, werden die Verwaltungsangestellten bei den Gerichten bestochen bzw. bedroht. Man entfernt und vernichtet auf dem gleichen Wege belastende Dokumente aus den Gerichtsakten.

Um die Richter unmittelbar in den Griff zu bekommen, werden sie mit Geld bestochen oder aber bedroht. Diejenigen, die nicht darauf reagieren, werden mit Hilfe von Frauen erpreßt. Zu diesem Zweck wurden in Ankara Luxuswohnungen gemietet in denen vier Frauen "arbeiten".

Es wurden spezielle Gruppen gebildet, die belastende Zeugen durch Bedrohung "umstimmen" sollten. Die Frau eines Zeugen, der selbst im Gefängnis war, wurde entführt und ver-

gewaltigt. Andere Zeugen, die sich dem Druck nicht fügten, wurden umgebracht.

Hohe Polizeibeamte halfen den "grauen Wölfen" bei der Beschaffung von falschen Zeugen bzw. bei der Fabrizierung von falschen Alibis.

Terrororganisationen der "grauen Wölfe" hat der Massaker gegen linke und schiitische Bürger in Kahramanmaraş, Sivas und Malatya organisiert. Die Mordanschläge gegen rechtsstehende Persönlichkeiten, die als Auftakt zu diesen Massakern dienten, wurden von der MHP selbst durchgeführt. So wurde der extrem-rechte Bürgermeister von Malatya, Hamit Fendoglu (bekannt als "Hamido"), durch eine Bombe ermordet, die die "grauen Wölfe" an ihn schickten. Die Bombe wurde in dem staatlichen "Zentrum für nukleare Forschung" in Ankara gebaut, das unter der Kontrolle der MHP-Faschisten stand.

Ali Yurtaslan bestätigt auch die bekannte Tatsache, daß die "grauen Wölfe" durch aktive Hilfe der Demirel-Regierungen viele der Schulen, Hochschulen und Studentenwohnheime in ihre Stützpunkte verwandeln konnten. Bei dem Versuch, die renommierte Middle East Technical University in Ankara zu erobern, war ihnen 1977 besonders der von der Demirelregierung gegen den erbitterten Widerstand aller Universitätsangehörigen zum Rektor ernannte Prof. Hasan Tan behilflich. Ein Monat nach dem Regierungsantritt von Ecevit Anfang 1978 erhielt dieser graue-Wolf-Professor einen Ruf an eine amerikanische Universität. Er befindet sich seit dem in den USA.

Zusammenfassend können wir festhalten: Die Enthüllungen von Ali Yurtaslan bestätigen die von uns immer wieder vorgebrachte Tatsache, daß MHP die Terrorzentrale in der Türkei bildet.

Siehe auch "Der Spiegel" vom 8.9. 1980, S. 58 und insbesondere S. 70. 17

Eine Rechtsanwältin berichtet

An den Vorstand der Rechtsanwaltskammer Istanbul.

Ich wende mich an Sie, da ich es als meine Pflicht erachte, Sie über die Behinderung meiner Rechtsanwaltsstätigkeit als Mitglied Ihrer Kammer und über die unmenschliche Behandlung meiner Mandanten und anderer Gefangener in Istanbuler Militärgefängnissen und vor Militärgerichten zu informieren.

Wie der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, Bülent Ecevit, und ihr Generalsekretär, Mustafa Üstüdag, öffentlich erklärt haben, werden in unserem Land sowohl Untersuchungshäftlinge als auch rechtskräftig Verurteilte unmenschlichen Foltern ausgesetzt.

Die Foltermethoden

Meine Mandanten haben mir berichtet, daß sie mit verbundenen Augen verhört und darüberhinaus mit folgenden Methoden gefoltert wurden:

- Mit gefesselten Händen wurden sie zusammen mit einer Katze in einen Sack gesteckt und geprügelt. Sie wurden gezwungen zuzuschauen, wenn andere Gefangene auf diese Weise mißhandelt wurden.

- Sie bekamen in ihren Zellen keine Liegegelegenheit. Die Fußböden wurden überschwemmt, um die Gefangenen daran zu hindern, sich auf den Boden zu legen. So wurden sie absichtlich schlaflos gehalten und gesundheitsschädigenden Bedingungen ausgesetzt.

- Um sie zusätzlich noch nervlich zu zermürben, wurden während der Nacht in periodischen Abständen Tonbandaufzeichnungen mit dem Schreien und Stöhnen gefolterter Menschen abgespielt, oder sie wurden durch plötzlich einsetzenden Krach aufgeschreckt.

- Sie wurden an den Füßen aufgehängt und mußten so längere Zeit ausharren.

- Es wurde versucht, weibliche Mandanten zu vergewaltigen.

- Es wurde auch mit elektrischem Strom gefoltert. Um dies besonders schmerzhaft zu machen, goß man Wasser über den nackten Körper und setzte ihn dann elektrischem Strom aus.

- Die Gefangenen wurden auch psychisch gefoltert: man stellte sie mit verbundenen Augen auf einen Tisch mit der Bemerkung, sie würden jetzt aus dem Fenster geworfen, damit ein Selbstmordversuch vorgetäuscht werden könne. Dann stieß man sie von der

18 Tischkante.

Behinderung der Verteidiger

Für Gespräche mit meinen Mandanten mußte ich mich folgenden Maßnahmen unterziehen:

Beim Betreten des Militärgefängnisgeländes wurde ich bis auf meinen Geldbeutel durchsucht. Auch die Akten meiner Mandanten wurden genauestens überprüft. Ich wurde gefragt, ob ich im Besitz einer Vollmacht seitens meiner Mandanten wäre; davon hing ab, ob ich mit meinen Mandanten sprechen durfte.

Vor allem im Davutpasa-Militärgefängnis werden die Rechtsanwälte mit folgenden Bedingungen konfrontiert:

Die Entfernung zwischen dem Ort, wo die Durchsuchung des Rechtsanwaltes und die Feststellung seiner Personalien stattfindet, und dem Gefängnisgebäude beträgt 2,5 km. Bevor man sich überhaupt auf den Weg machen kann, muß man sich als Rechtsanwalt ausweisen und die Vollmacht vorlegen. Dann muß zunächst der Gefängnisdirektor telefonisch benachrichtigt werden; falls er zufällig erreichbar ist, wird er gefragt, ob das Gespräch stattfinden darf; ist er nicht anzutreffen, fängt ein längeres Warten an. Fällt nach dieser Prozedur die Antwort positiv aus, kann der 2,5 km lange Weg angetreten werden, in der Regel zu Fuß, weil das Fahrzeug, das zu diesem Zweck eingesetzt werden sollte, nicht zur Verfügung steht.

Im Gefängnisgebäude angekommen, muß man wieder warten, bis das obligate persönliche Gespräch mit dem Direktor stattgefunden hat. Erst danach wird der Mandant geholt.

Die Unterredung mit dem Mandanten wird in Anwesenheit des Gefängnisdirektors, anderen Vollzugsbeamten und bewaffneten Posten durchgeführt, wodurch die Vertrauensbasis zwischen dem Mandanten und seinem Anwalt zerstört wird.

Bemerkungen über die Ungesetzlichkeit dieser Maßnahmen bzw. über die Einschränkung der Verteidigerrechte werden überhört, oder dem Anwalt wird gedroht, diese Bemerkungen zu unterlassen.

Trotz Protesten

Folterpraxis wird fortgesetzt

Unmenschliche Bedingungen in den Gefängnissen

Meine Mandanten, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind im Davutpasa-Militärgefängnis folgenden Bedingungen ausgesetzt:

- Ihre Zellen wurden nicht einmal an den kältesten Tagen geheizt; sie liegen auf dünnen Matratzen unmittelbar auf dem Fußboden und haben nur eine dünne Decke. Kürzlich wurden die Matratzen mit der Begründung entfernt, die Gefangenen hätten daraufgeschrieben. Sie wurden ersetzt durch Strohsäcke.

- Obwohl in Davutpasa die Wasserversorgung nicht problematisch ist, erhalten die Gefangenen täglich nur ein Glas Wasser.

- Ungeachtet dessen, daß gegen die meisten Gefangenen noch keine Anklage erhoben wurde, werden nachts über Lautsprecher Texte zum Thema "Landesverrat" verlesen; eine Nachtruhe wird dadurch absichtlich unmöglich gemacht.

- Kranke werden nicht dem Gefängnisarzt vorgeführt; dadurch wird das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit verletzt. Neulich wurde ein schwerverletzt eingelieferter Gefangener trotz aller diesbezüglichen Anträge nicht dem Arzt vorgestellt und dadurch praktisch dem Tod überlassen.

- Um die Verbindung meiner Mandanten und anderer Gefangener zur Außenwelt abzuschneiden und sie daran zu hindern, sich über die Ereignisse im Lande und auf der Welt zu informieren, erhalten sie weder die Möglichkeit, Zeitung zu lesen noch Radio zu hören.

Bei den Militärgerichten beginnen die Verhandlungen in der Regel mit bis zu 3-stündiger Verspätung, wodurch die Wahrnehmung der Pflichten eines Anwalts äußerst erschwert und die Wahrnehmung des Rechtes der Gefangenen auf Verteidigung eingeschränkt werden.

In unserem Land, das unter die "Universelle Erklärung der Menschenrechte der UNO", unter die "Europäische



Grausame Folter gehört zum Alltag in den Gefängnissen.

Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" und die "KSZE-Schlußakte von Helsinki" seine Unterschrift gesetzt hat, werden die Menschenrechte, die durch diese Abkommen garantiert werden sollen, tagtäglich mehrfach verletzt. Ich bitte um Kenntnisnahme und Einleitung entsprechender Schritte.
Hochachtungsvoll
Semray Tastan, RA.

Mersin: Nach Festnahme "verschollen"

Ali Uygur war Anfang Juli in Mersin festgenommen worden. Lange Zeit konnten seine Eltern keine Nachricht von ihm erhalten. Auf Fragen erklärte die Polizei, daß sie nicht wüßte, wo er verblieben sei. Nach hartnäckigen Ermittlungen fortschrittlicher Jugendlicher und Anwälte in Mersin wurden Hinweise auf seinen Verbleib entdeckt. Die Beschäftigten des städtischen Friedhofs gaben an, daß vor einem Monat ein der gesuchten Person ähnlich sehender Mann in einem namenlosen Grab beigesetzt worden war. Die Mutter von Ali Uygur, Hatice Uygur, und die Anwälte erwirkten bei der Staatsanwaltschaft den Beschluß zur Exhumierung. Nach der Öffnung des Grabes erkannte Frau Uygur ihren Sohn. Die Verletzungen an seinem Körper bewiesen, daß er durch Folter ermordet worden war. (Stimme der TKP v. 29.8. 1980)

Istanbul:

Folteropfer in Lebensgefahr

Am zweiten August 1980 protestierte eine Gruppe von fortschrittlichen Jugendlichen in Besiktas-Istanbul mit einer spontanen Kundgebung gegen die Ermordung von Kemal Türkler. Im Anschluß an die Protestaktion wurden Faruk Tuna und Ferhan Cinioglu von der Polizei festgenommen und auf die Polizeiwache von Besiktas verbracht. Von dort wurde Ferhan Cinioglu direkt auf das 1. (politische) Kommissariat im Polizeipräsidium überführt; seither fehlt jede Spur von ihr.

Faruk Tuna mußte die Polizisten zu einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung begleiten, die ergebnislos verlief. Anschließend wurde auch er auf das 1. Kommissariat von Istanbul gebracht.

Mehrere Tage lang versuchte der Vater von Faruk Tuna vergeblich etwas über das Schicksal seines Sohnes zu erfahren, bis man ihm mitteilte, sein Sohn sei "mit einer Magenerkrankung" ins Krankenhaus eingeliefert worden. Nach Aussagen der Ärzte wurde Faruk Tuna im Koma ins Krankenhaus eingeliefert. Sein Körper sei mit Verletzungen übersät gewesen, die von Schlag- und Elektrofolter herrührten. Faruk Tuna's Zustand ist nach ärztlicher Diagnose hoffnungslos. (Günesli Dünya Nr. 10).

Das Militärgericht der 1. Armee erhob gegen die Verantwortlichen des 1. Kommissariats (politische Delikte) des Polizeipräsidiums von Istanbul Anklage wegen Folterung mit Todesfolge begannen an Osman Mehmet Önsöy.

Folterungen durch das Militärgericht bestätigt

Bei einer Durchsuchung in einem Linienbus am 5. Mai 1980 wurde ein Beutel mit 5 Pistolen beschlagnahmt. Daraufhin wurden alle Insassen des Busses zum Verhör auf das 1. Kommissariat des Polizeipräsidiums gebracht. Nach stundenlangen Verhören wurden mit Ausnahme des Diplom-Volkswirts Osman M. Önsöy alle anderen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Während seines Verbleibs in der Untersuchungshaft verlor er am 17. Mai 1980 das Bewußtsein und wurde in das Militärkrankenhaus Haydarpasa eingeliefert. Wenige Tage später, am 22. Mai, erlag er seinen Verletzungen. Aufgrund der undurchsichtigen Todesumstände von Önsöy erstattete sein Vater bei der Kriegsrechtsbehörde Anzeige um die Bestrafung der Verantwortlichen im Polizeipräsidium zu erreichen. Die zuständige Kriegsrechtsanwaltschaft wies jedoch am 5. Juli 1980 die Anzeige mit der Begründung zurück, Önsöy sei aufgrund einer inneren Blutung, verursacht durch ein akutes Magengeschwür, gestorben und eine Folterung Önsöys habe nicht stattgefunden. In dem gleichen Bescheid erhob die Kriegsrechtsanwaltschaft auch Anklage gegen drei Tageszeitungen wegen der angeblichen Verbreitung von vorsätzlichen Falschmeldungen.

Der Vater des "Verstorbenen" gab sich mit diesem Urteil nicht zufrieden; er legte bei dem nächsthöheren Militärgericht Einspruch ein. Nach Untersuchungen stellte das Militärgericht der 1. Armee die Todesursache von Osman M. Önsöy fest: "Aufgrund der Folterung in der Untersuchungshaft herbeigeführter Tod".

Das Gericht faßte einstimmig den Beschluß: "Nach Überprüfung aller Unterlagen in den Akten und des Autopsie-Berichts, sowie sämtlicher medizinischer Befunde wurde festgestellt, daß Osman M. Önsöy, der am Tag des Vorfalls aus einem städtischen Bus in gesundem Zustand auf das 1. Kommissariat des Polizeipräsidiums abgeführt wurde, aufgrund der schweren Folterungen in der genannten Stelle verstarb. Deshalb wurde einstimmig laut § 110 des Gesetzes mit der Nummer 353 beschlossen, den juristisch wichtigen Beschluß der Kriegsrechts-Militär-anwaltschaft, der eine Untersuchung als nicht notwendig abgelehnt hatte, aufzuheben und gegen die Verantwortlichen des 1. Kommissariats des Polizeipräsidiums wegen Folterung mit Todesfolge Anzeige zu erheben" (Cumhuriyet v. 2.8. 1980) 19

Die Friedensbewegung der Türkei

Das übliche Bild, das die Massenmedien der BRD von der Türkei und den Türken zeichnen, enthält fast immer extrem nationalistische, ja kriegerische Züge. Oft genug mischen sich historische Ressentiments aus der Zeit der "Türkenkriege" mit der Überheblichkeit derer, die Europa als Zentrum der Welt zu sehen gewöhnt sind. Die chauvinistische Propaganda der herrschenden politischen Kräfte in der Türkei, der gegenwärtige Terror der faschistischen MHP (bekannt als "Graue Wölfe"), die jahrzehntelange Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei, die Greuelthaten der türkischen Armee in Zypern 1974 gaben und geben solchen Tendenzen ständig neue Nahrung.

Der NATO-Generalität, für die die Türkei im wesentlichen eine "vorgeschobene Bastion" bedeutet, paßt es gut in das Konzept, wenn in der europäischen Öffentlichkeit der Militarismus als dem türkischen Volk wesenseigen und die Rolle, die uns die aggressive NATO-Strategie aufzwingt, als unsere eigentliche Berufung verstanden wird. Es ist daher kein Wunder, wenn selbst aufgeschlossenen und informierten Menschen hierzulande die lange und opfervolle Geschichte und die gegenwärtige Entfaltung der Friedensbewegung der Türkei unbekannt geblieben ist.

Das sattsam bekannte Klischee von der "historischen Feindschaft" zwischen den Türken und den Griechen ist ein gutes Beispiel, das sowohl die Quellen dieser Haltung als auch deren Propagandisten entlarvt. Während man über die ständigen Auseinandersetzungen zwischen den türkischen und griechischen reaktionären Regierungen, dem Rüstungswettlauf zwischen den Militaristen beider Seiten regelmäßig berichtet, wird über die engen und solidarischen Beziehungen zwischen den türkischen und griechischen Gewerkschaften, Kulturschaffenden und anderen fortschrittlichen Organisationen kein Wort verloren.

Traditionen der Friedensbewegung

Die Friedensbewegung hat in der Türkei Tradition. In dem ersten Jahrzehnt der Republik bildete das Eintreten für den Frieden und die Freundschaft zur Sowjetunion die erklärte Grundlage der Außenpolitik. So war die erste internationale Konferenz, an der die junge Republik teilnahm, die Weltabrüstungskonferenz in Genf (1928). Die Türkei, die durch die Initiative der Sowjetunion eingeladen wurde, unterstützte hier als einziger Staat die Vorschläge der Sowjetunion und trat für eine weltweite und vollständige Abrüstung ein. Dies war sicherlich mehr als eine taktische Haltung der kemali-

Keine US- oder NATO-Stützpunkte auf unserem Boden

Die rasche Entfaltung der Friedensbewegung der Türkei in den letzten drei Jahren ist in der BRD noch wenig bekannt. Mit diesem Beitrag berichten wir über ihre Geschichte und ihre gegenwärtigen Ziele.

Sie spielt in dem politischen Leben unseres Landes eine wichtige Rolle, nicht zuletzt weil auf diesem Gebiet die breiteste Einigung der demokratischen Kräfte erzielt werden konnte.

Zweifellos war die NATO-Tagung in Ankara auch als eine Drohung an die Adresse dieser Bewegung gedacht, deren Opposition gegen die US-Stützpunkte und gegen die NATO zunehmende Unterstützung findet.

stischen Führung, die die verheerenden Folgen des osmanischen Militarismus aus eigener Anschauung kannte.

In Anbetracht dieser historischen Tatsachen hat der Friedensverein der Türkei auf ihrer letzten erweiterten Vorstandssitzung Anfang Juli beschlossen, aus Anlaß des 100. Geburtstages von Kemal Atatürk im nächsten Jahr gemeinsam mit dem Weltfriedensrat ein internationales Symposium zum Thema "Atatürk, nationale Unabhängigkeit und Frieden" zu veranstalten.

Mit dem Übergang auf pro-imperialistische Positionen ab 1936 wurde auch das Eintreten für den Frieden immer mehr zu einem Lippenbekenntnis. Während des II. Weltkrieges setzte die türkische Regierung auf einen Sieg der Hitlerfaschisten und bereitete sich un-verhohlen auf den Einmarsch in die Sowjetunion vor. Nachdem diese abenteuerlichen Pläne durch den Gang der Ereignisse überholt wurden, erblickten die Herrschenden ihre einzige Rettung vor den aufbegehrenden Volksmassen in der völligen Unterordnung unter die globale "roll-back"-Strategie der USA.

Türkei als Speerspitze der NATO

Die Politik der Blockfreiheit wurde aufgegeben. Der kalte Krieg wurde zur Grundlage der Außen- und Innenpolitik. Die Türkei wurde offen zum "Sprungbrett für den kommenden Krieg gegen die Sowjetunion" ausgebaut. 1950 schickte man türkische Truppen nach Korea, wo tausende als Kanonenfutter für die Aggression gegen das koreanische Volk starben. In diese Zeit, die auch durch harte innenpolitische Auseinandersetzungen gekennzeichnet war, fällt die Gründung des "Vereins der Friedensfreunde", der ersten Organisation der Friedensbewegung der Türkei. Bereits wenige Monate nach ihrer Gründung wurde jedoch der "Verein der Friedensfreunde" verboten, weil er Flugblätter gegen die verfassungswidrige Entsendung von türkischen Soldaten nach Korea verbreitet hatte. (Die damalige Regierung hatte diese Entscheidung getroffen, ohne das Einverständnis des Parlaments

geholt zu haben.) Seine Funktionäre wurden verhaftet. Unter ihnen befand sich auch Frau Prof. Behice Boran, die Vorsitzende des Vereins. (Frau Boran ist heute die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei.) Eine Periode der finstersten Reaktion setzte ein, in der das bloße Eintreten für den Frieden als Landesverrat hingestellt wurde. Die Regierung ging soweit, sogar das Bild der weißen Taube, das zum Symbol der Friedensbewegung geworden ist, zu verbieten. Die Friedensbewegung konnte sich erst Jahrzehnte später, 1977 neu organisieren.

Die Friedensbewegung verteidigt die nationale Souveränität

Doch bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entwickelte sich in der Türkei eine Massenbewegung gegen die US-Stützpunkte und gegen die NATO. Auch außerhalb der Arbeiterbewegung, besonders in der Republikanischen Volkspartei (CHP) entstanden einflußreiche Kräfte, die die einseitige Orientierung auf US- und NATO-Interessen kritisierten und unter Hinweis auf die internationale Isolierung der Türkei für eine "vielseitige Außenpolitik" plädierten. Die Jugend- und die Studentenbewegung machte sich die anti-imperialistischen Forderungen zu eigen. Entsprechend der besonderen Situation der Türkei, Opfer und Werkzeug der aggressiven US-Politik zugleich zu sein, trifft sich heute die Friedensbewegung gegen die US-Militärstützpunkte in vielen Punkten mit der nationalen Bewegung gegen die souveränitätswidrigen Konzessionen an die USA (z.B. das Interventionsrecht der USA usw.) und die NATO. Von orthodox-islamischen Kreisen, über national gesinnte Offiziere und radikale Studenten bis hin zu den Kommunisten erstreckt sich das Spektrum derer, die sich gegen die Existenz der US-Stützpunkte wehren.

Ende der siebziger Jahre wurde die Notwendigkeit einer besonderen Organisation für die Friedensbewegung deutlich. Das provisorische Komitee,

Athen 79: Vertreter der Friedensbewegung der Türkei zusammen mit ihren griechischen Kollegen



das für die Vorbereitung des Anti-Kriegstages (1. September) 1976 gegründet wurde, ersuchte die Anwaltskammer von Istanbul um Unterstützung. Nach entsprechenden Vorbereitungen wurde am 4. 4. 77 ein Aufruf zur Gründung des Friedensvereins veröffentlicht und die ersten 41 Gründungsmitglieder wurden bestimmt.

Am 1. 9. 1976 wurde zum ersten Mal in der Türkei der Anti-Kriegstag begangen. In Istanbul veranstaltete man eine Versammlung mit 7000 Teilnehmern. Darüber hinaus wurden Versammlungen in sieben weiteren Städten organisiert. Seither beteiligen sich Jahr für Jahr (trotz des faschistischen Terrors) eine steigende Zahl von Menschen an den Anti-Kriegstags-Kundgebungen. Zu diesen Veranstaltungen werden regelmäßig die Vertreter der Friedensbewegung der Nachbarländer (Griechenland, Zypern, Bulgarien, Sowjetunion) eingeladen.

Breite Unterstützung für den Friedensverein

Der Friedensverein arbeitet mit anderen demokratischen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften zusammen: Die Materialien, die er bereitstellt, werden zur Vorbereitung von Wandzeitungen in den Betrieben und Referaten in den Bildungszirkeln benutzt. Die leitenden Funktionäre der wichtigsten Berufsorganisationen, der Gewerkschaften, der Vereine und zahlreiche Abgeordnete sind Mitglieder des Friedensvereins. In diesem Jahr konnte das Spektrum der in der Friedensbewegung aktiv repräsentierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte noch erweitert werden.

Dies zeigte sich auch in der Zusammensetzung der Teilnehmer der erweiterten Vorstandstagung vom 11.-13. Juli neben den Vorstandsmitgliedern auch zahlreiche Bürgermeister, ehemalige Minister, Abgeordnete und Senatoren, Persönlichkeiten des kulturellen Lebens, Vertreter von Berufs- und Sportverbänden, bekannte Journalisten teil. Einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte war die Vorbereitung für das Weltparlament der Völker für den Frie-

den, das am 29. September in Bonn zusammentreten wird. Es wurde beschlossen, daß die Türkei in Sofia mit einer hundertfünfzig-köpfigen Delegation vertreten werden soll. Ferner wurde die Konstituierung eines Bauern-Komitees bekannt gegeben, das für die Popularisierung der Ziele der Friedensbewegung unter den Bauern arbeiten soll.

Das hohe internationale Ansehen der Friedensbewegung der Türkei kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Türkei mit 22 Vertretern eine der stärksten nationalen Gruppen im Weltfriedensrat bildet.

Entspannungsprozess stärkt die Demokratie

Die wechselseitige Abhängigkeit zwischen der Demokratie und dem Frieden kann man in der Türkei deutlich wie kaum in einem anderen Land sehen. Wir hatten in unserer Juli/August Nummer darauf hingewiesen, daß die Frankfurter Allgemeine und das Handelsblatt offen die Errichtung einer Militärdiktatur in unserem Land propagieren und in diesem Sinne die bundesdeutsche Militärhilfe an die Türkei begrüßen, um diese "vorgeschobene Bastion" weiterhin für die abenteuerlichen Pläne der NATO benutzen zu können.

Doch die Abhängigkeit zwischen der Demokratie und dem Frieden zeigt sich auch im positiven Sinne. Der Entspannungsprozess in den internationalen Beziehungen hat die Positionen der demokratischen Kräfte in der Türkei sichtlich verstärkt. Der Anti-Sowjetismus hat viel von seiner Wirksamkeit eingebüßt. So erklärte 1978 der damalige Ministerpräsident B. Ecevit, daß von einer Bedrohung der Türkei durch

Rüstung um jeden Preis?

Die Belastung der türkischen Wirtschaft durch die hohen Rüstungsausgaben ist immens. In dem Zeitraum von 1970 - 75 beliefen sich die Rüstungsausgaben der Türkei nach offiziellen Angaben insgesamt auf 106,03 Milliarden TL. (1) In dem gleichen Zeitraum betrug die Investitionen für die verarbeitende Industrie (private und staatliche) 97,88 Milliarden TL. (2) Das bedeutete, daß die Türkei seit Jahren wesentlich weniger für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ausgibt als für die Rüstung. Diese Relation hat sich seit 1975 weiter verschlechtert.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß wegen der ungenügenden Entwicklung der Industrie bereits 1978 rund 20% der Erwerbstätigen arbeitslos waren und dieser Anteil von Jahr zu Jahr weiter steigt. Von den gigantischen Problemen, die sich auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge, Schul- und Berufsbildung sowie Kommunalpolitik stellen, ganz zu schweigen.

(1) Istatistik Yilligi 1977, S. 333

Diese Zahl umfaßt die Ausgaben für die Streitkräfte, die Gendarmerie und die Sicherheitskräfte.

(2) Dördüncü Bes Yillik Kalkinma Planı, S. 168 - 169

die Sowjetunion nicht gesprochen werden kann. Die jahrzehnte alte anti-kommunistische Unterdrückungspolitik geriet ins Wanken. Ende 1978 bezog sich ein icht, das vom Verfassungsgericht die Überprüfung der be-

Fortsetzung auf Seite 40



Der Wunsch nach Frieden ist der Wunsch unserer Völker

1979 wurde ein Gesetz erlassen, das den Krankenhausärzten verbietet, nebenher zu praktizieren. Da die Gehälter der Krankenhausärzte in der Türkei durchweg unter 200,- DM liegen und viele Ärzte auf die Zusatzeinnahmen aus der Praxis angewiesen waren, wurde ihnen in dem Gesetz eine monatliche Ausgleichszahlung zugesprochen. Entsprechende Regelungen gelten auch für das Pflegepersonal.

Die Demirel-Regierung, die von Anfang an das Gesetz ablehnte, versucht nun, die Bestimmungen zu unterlaufen, indem sie seit August die Ausgleichszahlungen als zusätzliches Gehalt versteuert, wobei sie durch die Steuerprogression praktisch aufgehoben werden.

Ärzte und Pflegepersonal begannen ab Anfang August in mehreren Krankenhäusern des Landes gegen diese Vorgehensweise der Regierung Widerstand zu leisten. Zu den berechtigten Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen gehören ferner die Unterlassung der Anwendung des Full-Time-Gesetzes als Unterdrückungsinstrument, die gleichberechtigte Behandlung aller Beschäftigten durch das Gesetz, sowie Verminderung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und Rückberufung der nahezu 26 000 zwangsversetzten Kollegen auf ihre Ämter.

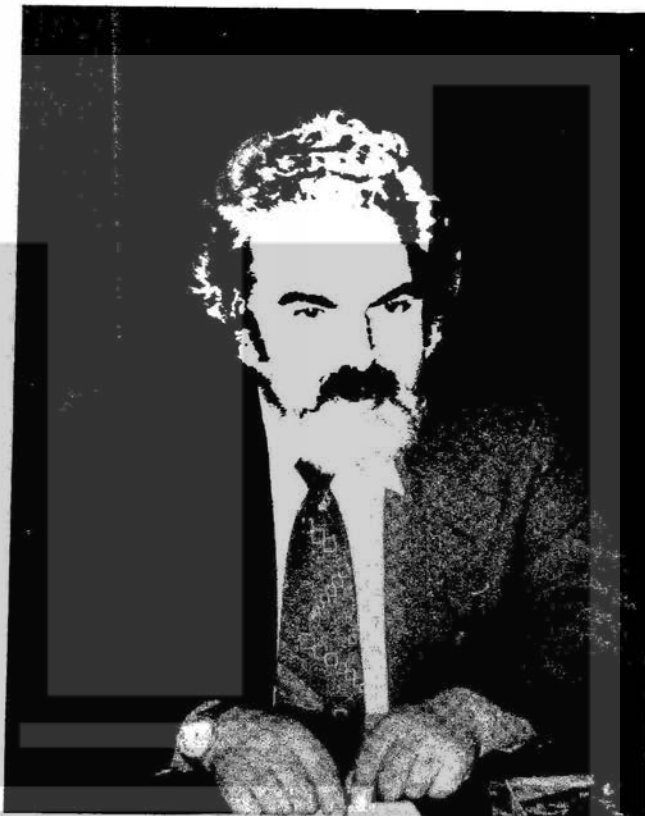
Auf einer Tagung ihres Zentralrats am 5. August in Ankara erklärte die Türkische Ärztekammer, daß aufgrund der katastrophalen finanziellen Situation des Gesundheitspersonals ihr berechtigtes, legales und demokratisches Widerstandsrecht entstanden sei. Ferner gab die Kammer bekannt, daß gegen den Gesundheitsminister Islamoglu bei dem Ehrengericht der Ärztekammer Ankara, deren Mitglied er ist, Beschwerde einzulegen. Der Zentralrat der türkischen Ärztekammer beschuldigte die Regierung ein Chaos im Gesundheitswesen entstehen zu lassen, indem sie gerade in einer Zeit, in der die ansteckenden Krankheiten eine ernsthafte Gefahr darstellen, die Gehälter der Ärzte und des Pflegepersonals vermindert.

Neben vielen anderen Organisationen gab die unabhängige Gewerkschaften der Beschäftigten im Gesundheitswesen Has-Is bekannt, alle diesbezüglich durchgeführten Widerstandsaktionen zu unterstützen.

Entsprechend den Vorschlägen der türkischen Ärztekammer legten die Ärzte und das Pflegepersonal in zahlreichen Krankenhäusern die Arbeit nieder. Am 1. August, dem Tag der Gehaltsauszahlung, beteiligten sich mehr als 10 000 Ärzte, Pfleger und Schwestern, Geburtshelferinnen, Techniker und Fahrer am Widerstand. Die Beschäftigten von 5 großen Krankenhäusern in Izmir legten entweder die Arbeit nieder oder verzögerten aus

Auch die Arbeitenden im Gesundheitsdienst widersetzen sich gegen die volksfeindliche Politik

Der Vorsitzende der Ärztekammer der Türkei verhaftet



1979 wurde ein Gesetz erlassen, das den Krankenhausärzten verbietet, nebenher zu praktizieren. Da die Gehälter der Krankenhausärzte in der Türkei durchweg unter 200,- DM liegen und viele Ärzte auf die Zusatzeinnahmen aus der Praxis angewiesen waren, wurde ihnen in dem Gesetz eine monatliche Ausgleichszahlung zugesprochen. Entsprechende Rege-

lungen gelten auch für das Pflegepersonal.

Die Demirel-Regierung, die von Anfang an das Gesetz ablehnte, versucht nun, die Bestimmungen zu unterlaufen, indem sie seit August die Ausgleichszahlungen als zusätzliches Gehalt versteuert, wobei sie durch die Steuerprogression praktisch aufgehoben werden.

hinderten dadurch die Arbeitsaufnahme. Auch in der Zahnklinik der Ege-Universität legten die Ärzte und Assistenten für eine Stunde die Arbeit nieder.

In Ankara beteiligten sich die Beschäftigten fast aller öffentlichen Krankenhäuser, darunter auch der Universitätskliniken, am Widerstand. Sie nahmen nur ambulante Behandlungen vor. Bei den Veranstaltungen,

die sie zur Besprechung der Situation durchführten, wurde von allen festgestellt, daß ihre Abfindungen entsprechend den Forderungen der IWF abgeschafft werden sollen.

Auch in zahlreichen Krankenhäusern in Istanbul, darunter auch in den Krankenhäusern der Sozialversicherung (SSK) wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, in denen gegen

die Unterdrückungsmaßnahmen im Gesundheitswesen protestiert wurde. Die Arbeiterparteien insbesondere die TKP sowie die TIP und die TSIP, ebenso wie zahlreiche Organisationen und Berufsverbände erklärten ihre Solidarität mit den Forderungen des Gesundheitspersonals. Auch der Verband der Prüfer des Rechnungshofes unterstützte den Widerstand des Krankenhauspersonals. Der Vorsitzende des Verbandes, Özdemir, gab eine Erklärung ab, in der er das Steuersystem und die Rechtsprechung scharf kritisierte. Er unterstrich ferner, daß für die Versteuerung der durch das Full-Time-Gesetzes vorgesehenen Abfindungen die frühere CHP-Regierung verantwortlich sei, weil sie Handhabe der Abfindungen nicht im Gesetz regelte. Özdemir betonte: "Die AP-Regierung, die schon von Anfang an gegen das Full-Time-Gesetz war und ihre Haltung zugunsten der Beutelschneider nicht verhehlte, vergießt jetzt angesichts der Sorgen des Krankenhauspersonals Krokodilstränen."

Mit der Begründung, das Krankenhauspersonal zum Widerstand bewegt zu haben, wurden der Vorsitzende des Zentralrats der Türkischen Ärztekammer, Dr. Erdal Atabek, und der Generalsekretär der Istanbuler Ärztekammer, Sahin Derkut, durch die Kriegsverfahrensverfahren verhaftet. Die Verhaftung der Ärztevertreter löste eine große Protestwelle aus, aufgrund dessen auch Ecevit folgende Erklärung abgeben mußte: "Die derzeitige Regierung verhält sich wie bei der Sicherheit der Bürger auch bei ihrer Gesundheit gleichgültig. Die Verhaftung der Funktionäre der Türkischen Ärztekammer ist das Resultat einer verantwortungslosen Haltung zu Gesundheitsfragen." (Milliyet, 28.8. 80)

Die Anwaltskammer Istanbul legte bei dem 3. Kriegsrechtgericht einen Widerspruch gegen die Verhaftung der beiden Vertreter der Ärzte ein. Dieser Antrag wurde am 22.8. 1980 abgelehnt. Das aus dem Hauptmann Ertan Urunga und dem Marinehauptmann bestehende Gericht sprach Dr. Erdal Atabek und Dr. Sakir Derkut wegen landesweiter Herausforderung der Beschäftigten im Gesundheitswesen und wegen Verursachung des Widerstandes schuldig. Das Gericht lehnte den Antrag der Verteidigung unter Berufung auf das Gesetz Nummer 323, § 74 ab. Nach dem Bekanntwerden des Urteils erklärte der Vorsitzende der Ärztekammer von Ankara, Dr. Nevzat Eren: "Es gibt ernsthafte Anzeichen dafür, daß die steigende Unterdrückung des Krankenhauspersonals direkt auf die politische Führung des Landes zurückgeht."

Obschon der Druck auf die Ärzte und das Pflegepersonal unerträgliche Ausmaße erreichte und diejenigen, die sich an den Protestaktionen beteiligten, verfolgt werden, erfaßt der Widerstand immer breitere Kreise.

Kurz berichtet

Trabzon:

Mercedes mit BRD-Kennzeichen bei einem Mord benutzt

Ein Mercedes mit einem bundesdeutschen Kennzeichen wurde bei der Entführung und Ermordung eines Lehrers benutzt. Der als fortschrittlich bekannte Lehrer, Elfrain Elvan, wurde vom Trabzoner Flughafen verschleppt und zu Tode gefoltert. Es wurde bekannt, daß das Tatfahrzeug ständig vor dem Provinzbüro der MHP geparkt hatte, an den Tagen des Geschehens

plötzlich verschwand und später vor dem MHP-Büro in Trabzon wieder auftauchte. Da der Besitzer des in der Bundesrepublik zugelassenen Mercedes offensichtlich ein Angehöriger der Auslandsorganisation der MHP sein muß, gab FIDEF in einer Erklärung bekannt, daß sie sich für die Aufdeckung dieses Mordfalles einsetzen wird.

Ein weiterer Opfer der grauen Wölfe

In Aachen wurde ein 26 jähriger Arbeiter aus der Türkei auf bestialische Weise ermordet. Der als "links" bekannte Arbeiter Katip Salkan wurde in seiner Wohnung an einen Stuhl gefesselt und mit 27 Messerstichen erstochen aufgefunden. Er galt seit 3 Tagen als "verschwunden". Als der Hausmeister am 26.8. 1980 aufgrund des starken Geruchs seine Wohnung aufsperrte, fand er die verstümmelte Leiche von Salkan. Die sofort benachrichtigte Polizei stellte fest, daß er bereits am 14.8. 1980 ermordet wur-

de. Ein Polizeisprecher gab der Presse gegenüber bekannt, daß der Mord politische Motive haben müste, da der Ermordete ein engagierter Linke sei. Auch dieser brutale Mord geht offensichtlich wie tausende andere in der Türkei und zahlreiche Morde in der Bundesrepublik, wie der in Westberlin ermordete Lehrer und Gewerkschafter Celalettin Kesim, auf das Konto der "grauen Wölfe".

(Hürriyet, von 25.8. 1980)

Türkischer Junge von Schulkameraden zu Tode geprügelt

Am 2. September wurde ein türkischer Jugendlicher, Cemal Celik, auf dem Weg von der Schule nach Hause von seinen Schulkameraden erschlagen. Der Vorfall passierte, als der Schulbus auf der Fahrt von Rosbach nach Köln wegen eines Unfalls in Windeck anhalten mußte. Der türkische Jugendliche saß direkt hinter dem Busfahrer, von wo aus man die Unfallstelle gut beobachten konnte. Celik wurde von seinen Mitschülern aufgefordert, seinen Platz ihnen zu überlassen. Als er sich

weigerte aufzustehen, steigerte sich die Aggression der anderen Schüler derart, daß sie brutal auf ihn einschlugen. Cemal Celik fiel bewußtlos auf den Boden. Da bekamen die Schulkameraden es mit der Angst zu tun und trugen ihn zu den Ärzten, die sich schon am Unfallort befanden. Doch Cemal Celik konnte nicht mehr gerettet werden.

(Hürriyet, 4.9. 1980)

Inter view

Türkei-Information: Die Folterungen in unserem Land haben beängstigende Ausmaße erreicht. Welche Aufgaben haben die demokratischen Kräfte Ihrer Meinung nach angesichts dieser Situation?

Die Folterungen in unserem Land haben Dimensionen erreicht, die der 12. März-Ära (Mit dem Sturz der Demirel-Regierung wurde am 12. März 1971 eine Militärdiktatur errichtet) nicht nachstehen. Das von der MHP unterstützte Terrorregime nimmt den von den offenen und geheimen Organisationen durchgeführten Terror als Vorwand und versucht die fortschrittlich-demokratische Öffentlichkeit mit Unterdrückung und Folter einzuschüchtern, um so den Faschismus zu institutionalisieren. Die einzige Möglichkeit, die Folter und die Folterer zu bekämpfen ist die Zusammenarbeit und die Aktionseinheit aller anti-imperialistischen, anti-kapitalistischen, anti-faschistischen Kräfte für die Errichtung der fortschrittlichen Demokratie.

Türkei-Information: Die Demirel-Regierung spitzt die Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen immer weiter zu. Als letztes hat sich die Staatsanwaltschaft für das Verbot des DISK eingesetzt. Wie können die Reaktionen in dieser Etappe aussehen?

Die Demirel-Regierung unternimmt alles mögliche, um die Grundrechte und Freiheiten einzuschränken und sie aufzuheben. Sie hat eine Fülle von Unterdrückungsgesetzen auf die Tagesordnung gesetzt: Den Gesetzentwurf für den Kriegszustand, den Gesetzentwurf für den Notstand, den Gesetzentwurf für private Sicherheitsorganisationen und die Staatssicherheitsgerichte. Die wirksamste Kraft gegen die Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen dieser Regierung ist die organisierte Kraft der Arbeiterklasse, ihrer Partei, der DISK, der von dem Prinzip der klassenorientierten Gewerkschaftspolitik keine Abstriche macht, Maden-Is und die demokratischen Massenorganisationen. Um den Weg zum Faschismus zu ebnet, wurde jetzt der DISK deshalb zur Zielscheibe gemacht. Das Verbot des DISK würde den Sieg der Reaktion bedeuten. Es ist undenkbar, daß sich die demokratischen Kräfte gegenüber einem solchen Vorfall stillschweigend verhalten. Die Versuche, den DISK zu verbieten, den die Arbeiterklasse als ihre ökonomische und demokratische Organisation mit allen ihren Kräften beschützt, dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Gegen diese Versuche muß mit Massenaktio-

Drei Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei zu Gast bei FIDEF

nen protestiert werden. DISK, der in der Vergangenheit die geplanten Staatssicherheitsgerichte (DGM) verhindert hat, besitzt die erforderliche Kraft und das Bewußtsein, um alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Türkei-Information: Welche Auswirkungen haben die Versuche des Auslands, die Demirel-Regierung mit Hilfe der sogenannten "Türkei-Hilfe" auf den Beinen zu halten, in Bezug auf die demokratische Bewegung?

Die Hilfe des imperialistisch-kapitalistischen Systems an die Türkei ist vielseitig und hat mehrere Zwecke. Während die IWF, Weltbank, OECD, EG und ähnliche Organisationen noch gestern nur mit aller Zurückhaltung der Türkei geholfen haben, haben sie heute die internationalen Beziehungen verstärkt, um Hilfe für die Türkei zu erzielen und diese zu erhöhen. Dabei waren sie einigermaßen erfolgreich. Der Grund dafür ist, daß der Imperialismus von bestimmten Ländern des Mittleren Ostens einige Ohrfeigen einzustecken hatte und zurückgedrängt wird. Er ist gezwungen, in dem NATO-Land Türkei seine Präsenz und seine militärische Stärke aufrechtzuerhalten, um keine weiteren Positionen zu verlieren und weiterhin den Mittleren Osten kontrollieren zu können. Die ökonomische Hilfe ist sehr begrenzt, richtet sich nicht auf die Erhöhung der Produktion und ist an Bedingungen geknüpft, die die ökonomische Abhängigkeit des Landes erhöhen. Diese Hilfe bezweckt die Erstarkeung der Rechtsparteien, ihre langfristige Regierung und eine größere Ausbeutung.

Türkei-Information: Welche Gründe hat es, daß bis heute eine wirksame Bekämpfung des organisierten Terrors, der täglich im Durchschnitt 10 Opfer fordert, nicht möglich war?

Der Grund, daß der organisierte Terror nicht wirksam bekämpft werden konnte, liegt auf der Hand. Nirgendwo auf der Welt konnte man bis heute feststellen, daß die Arbeiterklasse den individuellen Terror unterstützte und verbreitete, denn sie hat keinen Nutzen von dem Terror. Im Gegenteil, die größten Gegner des Terrors sind die Organisationen der Arbeiterklasse und ihre Führungen. Verantwortlich für den Terror in der Türkei ist der Imperialismus mit seinen offenen und geheimen Organisationen. Ihre Ziele sind bekannt: größere Einschüchterung, stärkere Unterdrückung und Ausbeutung. Es ist verständlich, daß die Demirel-Regierung, die die Befehle des Imperialismus ausführt, die Ursachen des Terrors in der Arbeiterklasse und ihren Organisationen sucht, die gegen jegliche Art von Abenteuerum sind. Und

das ist auch der Grund, warum der Terror nicht bekämpft werden kann.

Türkei-Information: Die Ereignisse in der Türkei machen die Einheit der demokratischen Kräfte zu einer zwingenden Notwendigkeit. Welche Schritte können Ihrer Meinung nach unternommen werden?

In den letzten Tagen lautet die Hauptforderung der demokratischen Kräfte unseres Landes die Einheit aller anti-imperialistischen und anti-faschistischen Kräfte. Die aktuellste und notwendigste Aufgabe dieser Tage, an denen die faschistische Unterdrückung, der Terror, die Folter und der Hunger einen neuen Höhepunkt erreichten, ist zweifellos die Einheit.

Es ist dringend erforderlich, daß alle Personen und Organisationen die von sich behaupten, Demokraten, Fortschrittliche, Sozialisten oder Kommunisten zu sein, sich gegen die faschistische Front auf einen gemeinsamen Nenner einigen und die anti-faschistische Einheit herstellen. Niemand, keine Person und keine Organisation kann sich dieser Verantwortung entziehen.

Türkei-Information: Eines der letzten Ziele des faschistischen Terrors war der Vorsitzende der Metallarbeiter-Gewerkschaft MADEN-IS, Kemal Türkler. Wie beurteilen Sie diesen faschistischen Mord?

Kemal Türkler war ein tapferer und ehrenvoller Sohn der Arbeiterklasse. Die Ermordung von Kemal Türkler, der stets kompromißlos für die Sache der Arbeiterklasse kämpfte, durch die Faschisten ist als Teil eines planmäßigen Angriffs zu begreifen. Das wichtigste, das die Pläne der Faschisten bis heute zum Scheitern brachte ist, daß sie die Arbeiterklasse nicht in den individuellen Terror hineinziehen konnte. Die Arbeiterklasse ließ sich bis heute nicht vor den Karren der Bourgeoisie spannen. Das ist der einzige Grund für die Ermordung von Türkler. Die Arbeiterklasse wird diese hinterhältigen Machenschaften richtig einzuschätzen wissen und wie immer die richtige Entscheidung treffen.

Türkei-Information: Es gibt genügend Beweise und Fakten, daß der organisierte faschistische Terror von der MHP getragen wird. Welche Meinung vertreten Sie zu diesem Problem?

MHP ist die legale politische Institution des organisierten, faschistischen Terrors. Den unabhängigen Justizorganen liegen zahlreiche Akten und umfangreiches Belastungsmaterial vor, die das Verbot der MHP erfordern. Es ist jedoch eine Tatsache, daß das Verbot der MHP hinausgezögert wird, obwohl

"Einheit aller Demokraten gegen Faschismus notwendig"

**Nach dem Militärputsch
verhaftet**



Melih Kemal Küçüktepeinar, Absolvent der politischen Wissenschaft. Dienste als Oberbürgermeister und Polizeipräsident. Seit 1957 Abgeordneter der CHP. Angehöriger des obersten Rechnungshofes. **(links)**

Ismail Hakkı Öztoran, 11 Jahre Tätigkeit als Lehrer für die türkische Sprache, war Mitglied des Zentralvorstandes, Bezirksvorsitzender, Landesbezirksvertreter des Lehrerverbandes TÖB-DER, seit 1977 Abgeordneter der CHP.

Oguz Yazicioglu, Absolvent der Jura, Experte für das Arbeitsrecht, war Rechtsberater der Gewerkschaft für öffentliche Dienste (Genel-Is) und des DISK, Rechtsanwalt, seit 1977 Abgeordneter der CHP. **(rechts)**

ausreichende Beweise vorliegen. Das führt eindeutig vor Augen, welchen Kreisen die MHP ihre Macht zu verdanken hat. Die MHP und ihre Ableger müssen umgehend verboten werden.

Türkei-Information: Die Eskalation des Terrors in unserem Land trat nach der letzten Tagung des NATO-Ministerrats in eine neue Phase. Die Täuschung des Parlaments und der Öffentlichkeit durch Demirel hinsichtlich der amerikanischen Stützpunkte wurde mit neuen Publikationen bewiesen. Was denken Sie über das Interventionsrecht, das den USA eingeräumt wurde und über die Stützpunkte?

Wie wir schon erwähnten hat der Terror in unserem Land seinen Ursprung in dem Imperialismus. Der Sieg über den Terror hängt unmittelbar mit unserer nationalen Unabhängigkeit zusammen. Das Abkommen über "Verteidigung und Zusammenarbeit" wurde mit den USA in diesem Rahmen unterzeichnet. Das genannte Abkommen führte zu einer größeren Abhängigkeit unseres Landes vom Imperialismus. Der Text dieses Abkommens, das zur Abstimmung dem Parlament vorgelegt werden mußte, wird selbst vor den Parlamentariern verheimlicht. Das Interventionsrecht, das mit diesem Abkommen dem US-Imperialismus

eingeräumt wird, stellt ein Damoklesschwert über dem Mittleren Osten und dem Weltfrieden dar. Ferner sieht das 1959 unterzeichnete Abkommen für "indirekten Angriff" die offizielle Versklavung unserer Bevölkerung vor. Irgend eine Regierung, die behauptet, es gäbe eine "internationale kommunistische Unterwanderung", kann die amerikanischen Truppen in die Türkei holen. Es ist eine würdige Aufgabe für jeden Bürger, der sein Vaterland liebt, diese hinterhältigen Pläne des USA-Imperialismus, die den Frieden in unserem Land, in der Region, im Mittleren Osten und in der ganzen Welt gefährden, zu erkennen und gegen die Versklavungsabkommen und die Stützpunkte zu kämpfen.

Türkei-Information: Wie konkretisiert sich die Solidarität der Parlamentarier in der Türkei mit den zehntausenden streikenden Arbeitern, insbesondere mit Maden-Is?

Wir verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die Versuche insbesondere der MESS-Bosse, die Metallarbeiter zum Hungern zu zwingen und ihnen nur so viel Lohn auszuzahlen, daß sie gerade überleben können. Wir sehen, wie konsequent die größte Organisation der Metallarbeiter, Maden-Is, vor diesem

Die Abgeordneten der CHP berichteten unseren Kollegen über die fortgesetzte Behinderung des Parlaments.

Diktat der MESS-Bosse die ökonomischen und demokratischen Rechte ihrer Mitglieder verteidigt. Wir übten Solidarität, indem wir z.B. zum letzten Gewerkschaftstag der Maden-Is eine Delegation entsandten, Solidaritätsadressen mit den streikenden Arbeitern, die von den regionalen Zeitungen veröffentlicht wurden, geschickt haben, oder indem wir die Streiklokale der Arbeiter (wie in Eskisehir) besuchten.

Türkei-Information: Was erwarten die demokratischen Kräfte in der Türkei von der demokratischen Öffentlichkeit in Europa?

Die demokratischen Kräfte in der Türkei betrachten sich als einen Teil aller demokratischen Kräfte Europas und der Welt. Sie stellen mit Genugtuung fest, wie sich die Kollegen in Europa für die Einheit aller demokratischen Kräfte und ihren Kampf für die Türkei einsetzen. Es ist besonders wichtig, eine breite Öffentlichkeit über die Vorfälle in der Türkei herzustellen. Bei den Bemühungen für die Einheit in der Türkei spielen die fortschrittlichen Kollegen in Europa eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Demirel will die Opposition liquidieren

Tanilli ist 1931 in Istanbul geboren. Er studierte zunächst an der Juristischen Fakultät in Istanbul. Anschließend wurde er Assistent und habilitierte dort über Verfassungsrecht. Seine "Einführung in das Verfassungsrecht" gilt immer noch als Standardwerk in der Türkei. Ab 1972 wirkte er gleichzeitig als Gastdozent für Kulturgeschichte an den Staatlichen Hochschulen für Politologie (in Sisli) und Angewandte Künste (in Besiktas).

In seinem Hauptwerk "Allgemeine Kulturgeschichte" ging Tanilli auch auf den Marxismus ein und zeigte damit, daß er nicht bereit war, sich blindlings den herrschenden antikomunistischen Tabus zu unterwerfen. Seine aufrechte Haltung machte ihn zu einer Zielscheibe der Reaktion, insbesondere der faschistischen MHP. 1976 wurde Tanilli aufgrund seines Lehrbuches vor einem "Staatssicherheitsgericht" wegen angeblicher kommunistischer Propaganda verklagt. Doch noch im gleichen Jahr erzwang der Progressive Gewerkschaftsverband DISK durch einen landesweiten Generalstreik die Auflösung der verfassungswidrigen "Staatssicherheitsgerichte". Der Prozeß gegen Prof. Tanilli wurde von einem gewöhnlichen Strafgericht fortgeführt, endete mit einem Freispruch.

Damit war der mit polizeistaatlichen Methoden geführte offizielle Einschüchterungsversuch fehlgeschlagen. Doch die Reaktion konnte sich damit nicht zufrieden geben. Wenige Wochen nach dem Freispruch, am 7.4. 1978 unternahm "unbekannte" Täter einen Mordanschlag gegen ihn. Tanilli kam zwar mit dem Leben davon, blieb aber für immer querschnittsgelähmt. Doch von seinem Engagement hat Prof. Tanilli nichts eingebüßt, wie unser Interview mit ihm erneut verdeutlicht.



Professor Tanilli

Der Fall von Professor Tanilli steht exemplarisch für die demokratischen und fortschrittlichen Intellektuellen in der Türkei, die nicht bereit sind, in ihrem geistigen Schaffen die Interessen des Monopolkapitals zum alleinigen Richtschnur zu erheben und den Polizeiknüppel als Instrument der Wahr-

heitsfindung zu akzeptieren. Wegen Auflehnung gegen die Unterdrückung wurden zehntausende von ihnen ins Gefängnis geworfen, tausende fielen dem Terror zum Opfer. Die Liste der ermordeten Professoren, Wissenschaftler und Schriftsteller ist lang. Prof. Tanilli selbst ist seit dem Mordanschlag gegen ihn querschnittsgelähmt.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Welche aktuellen Aufgaben entfallen auf die Arbeiter- und demokratischen Organisationen im Ausland hinsichtlich der jüngsten Entwicklungen in unserem Land?

PROF. TANILLI: Zwei Aufgaben stehen im Vordergrund: Erstens: Solidarität mit der Arbeiterklasse, der werktätigen Bevölkerung, den fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräften; Untestützung dieser Kräfte.

Die zweite Aufgabe ist: Die reaktionären und die faschistischen Kräfte in der Türkei greifen jetzt auf die Werktätigen aus der Türkei in Europa über. Wir sehen, daß die reaktionären und faschistischen Kräfte über umfassende Organisationen in der Bundesrepublik verfügen. Diese Kräfte beuten die nationalen und religiösen Gefühle der Werktätigen schamlos aus, verwirren ihre Köpfe und schüren

Feindschaft gegen alle Gedanken und Organisationen, die für die Sache der Werktätigen eintreten. Wie in der Türkei werden sie auch in der Bundesrepublik nicht davor zurückschrecken, sobald sie können, Blut zu vergießen, was sie auch schon praktizieren. Gegen sie muß man wachsam sein und sie organisiert und solidarisch, offen, entschlossen und beharrlich bekämpfen.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Welche Maßnahmen stehen aufgrund der faschistischen Angriffe in der Türkei, die sich gegen die Arbeiterklasse und alle demokratische Kräfte richten, bezüglich der Einheit dieser Kräfte auf der Tagesordnung?

PROF. TANILLI: Die faschistische Gefahr in der Türkei ist akuter als man glaubt. Die Faschisten halten bereits hochwichtige Positionen besetzt und es sieht so aus, daß sie dies weiterhin tun werden. Dieser Feind ist nicht

unbesiegt; er ist sogar zur Niederlage verurteilt. Nur sollte er nicht unterschätzt werden.

Die jüngsten Vorfälle, insbesondere die Ermordung des Maden-Is-Vorsitzenden und früheren DISK-Vorsitzenden Kemal Türkler und die Versuche, den DISK zu verbieten, lassen eindeutig erkennen, daß die faschistischen Kräfte zum Frontalangriff gegen die Arbeiterklasse übergegangen sind. Die Lage ist sehr kritisch. Was soll nun unternommen werden? Die wirksamste Bekämpfung des Faschismus ist, wie auch die geschichtlichen Erfahrungen zeigen, der "Frontkampf". Das heißt, die Gründung einer antifaschistischen Front im wahrsten Sinne mit Parteien, Gewerkschaften und Verbänden ist notwendiger als je zuvor. Das wichtigste bei der Herstellung einer Front der demokratischen Kräfte gegen die faschistische Gefahr ist die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Wir stellen fest, daß neben den planmäßigen faschistischen Angriffen auch der Staatsterror ungemein zunimmt. Wie beurteilen Sie die Rolle der Demirel-Regierung bei der Verschärfung der faschistischen Gefahr?

PPOF. TANILLI: Die Demirel-Regierung, ist die Regierung des Großkapitals. Die wirtschaftlichen Beschlüsse nach seiner erneuten Amtsübernahme, insbesondere die "25. Januar-Beschlüsse" wurden vom Imperialismus diktiert. Ihre Resultate sind offensichtlich: Während das Großkapital immer größere Gewinne erzielt, wurde die Lebenshaltung für die breite Masse der Bevölkerung noch schwieriger. Das alles rief die Verbreiterung der sozialen Opposition hervor. Was kann nun eine Regierung des Großkapitals gegen diese Opposition tun? Sie wird versuchen, sie zum Schweigen zu bringen, und sie nötigenfalls liquidieren. Das geschieht alles und wird auch weiterhin geschehen. Im Grunde genommen können wir von einer gegen das Volk gerichteten Klasse und ihrer Regierung nichts anderes erwarten. Die Zusammenarbeit zwischen der Demirel-Partei AP und der faschistischen MHP ungeachtet der beweisbaren und bewiesenen Tatsache, daß die MHP die Quelle des Terrors ist, kann weder auf ein Vesehen noch auf einen persönlichen taktischen Einfall Demirels zurückgeführt werden. Diese Zusammenarbeit wird von wichtigsten Teilen des Monopolkapitals gefordert und von den USA unterstützt.

Auf dem Weg in den offenen Faschismus haben der Imperialismus und das Monopolkapital Demirel und seiner Regierung eine bestimmte Rolle zugewiesen, die sie nun spielen - und zwar perfekt.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Welche Ziele verfolgen die von den reaktionären Parteien durchgesetzten Unterdrückungsgesetze?

PROF. TANILLI: Die Ziele sind: Gründung eines Polizeistaates, Aufhebung der bürgerlichen Rechte sowie Schaffung legaler Handhaben zur Beschränkung und nötigenfalls Liquidierung der gesellschaftlichen Opposition.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Welche Aufgaben stellen sich den sozialdemokratischen Kräften in der CHP hinsichtlich der Einheitsbestrebungen der Organisationen und Parteien der Arbeiterklasse?

PROF. TANILLI: Die CHP verfolgte bis heute gegenüber dem Großkapital eine Politik der Kapitulation und gegenüber dem faschistischen Aufmarsch eine Politik der Passivität. Sie beschränkte den Kampf gegen den Faschismus auf das Parlament. Unverständlicherweise betrachtet sie eine Koalition mit der AP, die ja mit den

Faschisten kollaboriert, als Bedingung für die Abwehr des Faschismus. Im Grunde durchschaut sie die Ereignisse und Prozesse nicht in ihrer vollen Tragweite. Jedoch kann die CHP für die Demokratie, auch wenn sie die bürgerliche Demokratie meint, viel leisten, zumal sie eine Partei ist, die über eine breite antifaschistische Basis verfügt. Zuerst muß sie mit den demokratischen Kräften des eigenen linken Flügels den Dialog aufnehmen, und zwar ohne Zeit zu verlieren. Sie darf nicht vor der Bildung einer antifaschistischen Front zurückschrecken angesichts der Tatsache, daß die faschistische Front sich trotz der Bemühungen der CHP und mit Zielrichtung auch gegen die CHP gebildet hat. Aufgrund dieser Realität ergibt sich für die CHP die Pflicht, ihre Politik neu zu überdenken und ihren Platz in dem Kampf um die Demokratie einzunehmen. Der Platz der CHP ist zusammen mit ihrer Basis in der demokratischen Front und der antifaschistischen Einheit. Falls sich die CHP dieser Verantwortung entzieht, wird sie weiterhin an Einfluß, Anhängern und Wählern verlieren. Dies schadet nicht nur der CHP als Partei, sondern auch der Demokratie insgesamt.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Unter außerordentlich schweren Bedingungen setzen sie ihre wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit fort. Könnten Sie uns etwas über ihre jüngsten Arbeiten berichten?

PROF. TANILLI: Wenn auch unter wahrhaft schweren Umständen, konnte ich doch einiges tun. Insbesondere habe ich meine Bücher "Allgemeine Kulturgeschichte" und "Einführung in das Verfassungsrecht" für eine Neuauflage überarbeitet. Außerdem setze ich meine Arbeit an der "Kulturgeschichte der Türkei" fort. Ich wünsche mir sehr, daß dieses Buch dann auch in der BRD veröffentlicht wird. Es hat mich nämlich immer betrübt, daß in der BRD fast nichts über die bedeutenden kulturellen Entwicklungen der Türkei bekannt ist, obwohl dort so viele Menschen aus der Türkei leben.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Was erwarten die demokratischen Kräfte der Türkei, was erwarten Sie von der demokratischen Öffentlichkeit Europas?

PROF. TANILLI: Eine demokratische Türkei wird in der Region und im weiteren Sinne auch in der Welt ein bedeutender Friedensfaktor sein. Deshalb muß die demokratische Öffentlichkeit Europas die Entwicklung antidemokratischer Tendenzen und Praktiken in der Türkei, insbesondere der faschistischen Bestrebungen, sehr aufmerksam verfolgen. Die Kräfte der Demokratie brauchen solidarische Unterstützung in ihrem großen und schweren Kampf gegen Imperialismus und Faschismus. Dies von den demokratisch gesonnenen Menschen

Zwei Fliegen mit einer Klappe

Fortsetzung von Seite 16

So begannen wir während der Erdbeerpflück-Aktion, die wir zur Solidarität mit den streikenden Kollegen in der Türkei durchführten, einen erfolgreichen Streik gegen die Ausbeutung. Als die Angstmacherei nichts nützte, versuchte der Boß zu anderen Mitteln zu greifen. Das zeigte sofort seine Wirkungen. Einer sagte: "Habt ihr keine Angst vor Gott? Dem Kerl gehen die Erdbeeren kaputt. Wir fangen gleich mit dem Pflücken an." Ein anderer Kollege erklärte: "Nicht wir, sondern der Boß ist erbarmungslos. Warum zahlt er uns nicht den gerechten Lohn aus? Wenn wir es nicht machen kann er für 5,- DM pro Korb seine Erdbeeren pflücken lassen. Aber wir bekommen pro Stunde nicht mal 4,- DM." Nach diesem Gespräch organisierten wir sofort ein Streikkomitee. Das Komitee blieb am Ort, während die übrigen Kollegen nach Hause gingen.

Lohndrücker mußte nachgeben

Unser Streik dauerte 3 Tage. Dieses Streikkomitee stand 3 Tage lang ab 3 Uhr nachts Streikposten. Diejenigen, die aufgrund der Täuschungsmanöver des Bosses den Streik brechen wollten, wurden von uns mit Gesprächen über den Grund und das Ziel des Streiks aufgeklärt und überzeugt. In dieser Zeit wurden Reden über die Streiks in der Türkei gehalten. Es wurde darauf hingewiesen, daß unsere Klassenbrüder in der Türkei bei einer Streikunterstützung von 1500 TL (38,- DM) monatlich ihre Streiks erfolgreich fortsetzen. Es wurde die Notwendigkeit der Unterstützung dieser Streiks und die Konkretisierung durch materielle Hilfe betont. Der Besitzer der Erdbeer-Plantage hatte keine andere Wahl, als nach dem 3. Tag aufzugeben. Somit erhielten wir 30 Pfg. mehr, d.h. 2,20 DM pro Korb.

Das Streikkomitee gab abends das Ergebnis an die Erdbeerpflücker bekannt. Am 4. Tag nahmen sie mit der Genugtuung, den Boß auf die Knie gezwungen zu haben, die Arbeit wieder auf. In einer Ansprache wurde festgestellt: "Wenn die Einheit der Arbeiter und der anderen Werktätigen hergestellt wird, endet jede Aktion mit Erfolg." Wir die Mitglieder des Arbeitersolidaritätsvereins und die fortschrittlichen Jugendlichen aus der Türkei in Lübeck, ließen den Erlös dieser Arbeit unseren streikenden Kollegen über FIDEF zukommen.

jenes Kontinents zu erwarten, auf dem die Tradition der Demokratie begründet und entwickelt wurde, ist unser Recht.



TÜRKEI-INFORMATION: Kollege Stommel, was steckt nach Eurer Meinung hinter dem Angriff von Unternehmern auf die Montanmitbestimmung zu diesem Zeitpunkt?

KOLLEGE STOMMEL: Nach unserer Meinung stecken mindestens zwei Motive hinter dieser geplanten Aktion: Einmal der betriebswirtschaftliche Aspekt und zum anderen, die Beseitigung der Montanmitbestimmung.

Im Vordergrund steht dabei sicher die Montanmitbestimmung und nicht, wie Dr. Overbeck immer wieder behauptet, der betriebswirtschaftliche Teil. Denn, wenn das nicht so wäre, dann könnte ja bedenkenlos der Vorschlag der IG Metall realisiert werden, der die einheitliche und damit effektivere Betriebsführung von Hütte und Röhrenwerk möglich macht, ohne dabei die Montanmitbestimmung auszuhöhlen. Dieser Vorschlag hätte den gleichen betriebswirtschaftlichen Effekt.

Offensichtlich ist aber die Montanmitbestimmung für diese Unternehmer mehr als hinderlich bei der Realisierung ihrer Vorstellungen; die auf den Arbeitsplatzabbau und den Abbau unserer sozialen Rechte zielen.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Worin liegt also die Schlüsselrolle dieser Auseinandersetzung bei dem Kampf um die bereits errungenen Rechte der Arbeiter?

KOLLEGE STOMMEL: Die Schlüsselrolle dessen, was jetzt passiert, ist ganz sicher darin zu sehen, daß es hierbei um die zukünftige Entwicklung in diesem Lande geht.

Der Kampf um die Montanmitbestimmung ist zugleich der Kampf um die Zukunft der arbeitenden Menschen, ihre Rechte und ihre Existenz.

Montanmitbestimmung erhalten heißt für uns: eine ganz entscheidende Position im Kampf um Arbeitsplätze, um Arbeitsbedingungen schlechthin, um die Zukunft der überwiegenden Mehrheit in diesem Land zu erhalten.

Montanmitbestimmung erhalten heißt, Einflußnahmemöglichkeiten erhalten, um zum Beispiel die Folgen der Rationalisierung im Interesse der Betroffenen gestalten zu können.

Die Schlüsselrolle der jetzigen Auseinandersetzung liegt also in der Frage: Wie sieht die Zukunft in diesem Lande für uns, arbeitende Menschen aus? Unserem gemeinsamen Kampf um die Errungenschaften der Arbeiterklasse kommt daher eine so große Bedeutung zu.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Welche Aufgaben sind für die gewerkschaftlich organisierten Kollegen bei Euch vorrangig?

KOLLEGE STOMMEL: Diese Frage ist sicherlich eine der wichtigsten in diesem Komplex.

Einen Ausweg sehen wir nur in einer dauerhaften, gesetzlichen Regelung.

Die Kollegen im Betrieb müssen dafür aber, den entsprechenden Druck auf die politischen Parteien bringen, um eine solche Regelung zu erreichen.

Worauf es entscheidend ankommt, ist, Geschlossenheit und Bereitschaft für den Erhalt der erworbenen Rechte einzusetzen.

Die letzten Wochen, aber auch die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt uns: Wir dürfen uns in dieser Frage nicht auf andere verlassen, sondern müssen unseren Teil zur Lösung beitragen.

Denn Montanmitbestimmung heißt für uns konkret: Arbeitsplätze sichern, unsere Existenz sichern.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Wie sieht die Solidarität der in den anderen DGB-Gewerkschaften organisierten Kollegen aus?

KOLLEGE STOMMEL: Das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 ist einer der Eckpfeiler der Demokratie. (Paritätische Mitbestimmung)

Der Versuch, das beste Mitbestimmungsgesetz für die Arbeitnehmer in der BRD durch fadenscheinige Winkelzüge abzuschaffen, hat alle Arbeitnehmer auf den Plan gerufen.

Das Ausscheren aus der Montanmitbestimmung ist nicht nur eine Sache von Mannesmann oder der IG Metall.

Unverzügliches Verbot der grauen Wölfe notwendig!

Wir, die Kollegen von Mannesmann, erleben mit Genugtuung: Für den Erhalt der Montanmitbestimmung kämpft nicht nur die IG Metall, sondern die Solidarität des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) liegt vor.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Bei der Streikbewegung Ende 1978 hatte sich die Solidarität deutscher und ausländischer Kollegen erneut gefestigt. Welche Erfahrungen macht Ihr in diesen Tagen?

KOLLEGE STOMMEL: Als Gewerkschafter habe ich die Erfahrung gemacht, daß die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen nie so groß war, wie in den letzten Jahren.

Die Aktivität der ausländischen Kollegen ist sehr erfreulich. Ihre Teilnahme an der aktiven Gewerkschaftsarbeit wird qualitativ und quantitativ immer besser.

Endlich hat man begriffen, daß der Angriff auf Arbeitnehmerrechte nicht eine Frage der Nationalität ist. Das ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Tarif- und Streikbewegungen der letzten Jahre.

TÜRKEI-INFORMATIONEN: Kannst Du uns anschließend einige Worte über FIDEF sagen?

KOLLEGE STOMMEL: Unsere ersten Erfahrungen mit FIDEF haben wir während der Stahlstreiks 1978/1979 gemacht. Damals stellten uns die Kollegen von FIDEF für unsere Streikveranstaltungen Künstler- und Folkloregruppen zur Verfügung. Als damaliger Vorsitzender des Vertrauensleutkörpers war ich deshalb gerne dabei, als der 3. FIDEF-Kongreß in Duisburg durchgeführt wurde. An der gemeinsamen Demonstration von DGB, HDF und FIDEF gegen die Grauen Wölfe am 30. Mai 1979 in Köln nahmen mehr als 150 Kollegen vom Mannesmann-Betriebsrat und Vertrauenskörper teil. Als aktive Gewerkschafter sind wir auch aktive Antifaschisten.

Deshalb treten wir mit unseren gewerkschaftlich organisierten Kollegen aus der Türkei gemeinsam dafür ein, daß alle neofaschistischen Organisationen der Grauen Wölfe und anderer Rechtsextremisten unverzüglich verboten werden!

Der FIDEF-Bundesvorstand berief am 21. August 1980 eine Pressekonferenz zu der Asyl-Frage ein, auf der die Betroffenen zu Wort kamen. Auf der Pressekonferenz schilderten asylsuchende Polizisten, Lehrer, Beamte und Arbeiter ihre Verfolgung und Folterung durch die Staatsorgane, die ständige Bedrohung durch die "Grauen Wölfe" und die Gründe, die sie dazu bewogen haben, als letzten Ausweg im Ausland Asyl zu beantragen. Ferner gab der FIDEF-Bundesvorstand bekannt, daß er ein Informationsbüro für Asylsuchende aus der Türkei eingerichtet hat.

Das Informationsbüro für Asylsuchende ist der Geschäftsstelle des FIDEF-Bundesvorstandes angegliedert und täglich von 16 bis 18 Uhr unter der Telefon-Nr. 0211/66 42 84 erreichbar.

Dabei handelt es sich nicht um eine rechtliche Beratung der Betroffenen, sondern um Vermittlung von Informationen und praktischen Hinweisen sowie um einen Erfahrungsaustausch. Zu diesem Zweck dienen auch die örtlichen Ausschüsse von Asylbetroffenen, die bereits von zahlreichen FIDEF-Mitgliedsvereinen gegründet worden sind. Auf der Pressekonferenz unterstrich der FIDEF-Bundesvorstand seine Solidarität mit politisch Verfolgten, die in diesen Wochen verstärkten Diffamierungen und Diskriminierungen unterworfen sind.

Im Verlauf des Wahlkampfes sind von reaktionären Politikern bereits Reizworte wie "Wirtschaftsflüchtlinge" und "Scheinasylanten" eingesetzt worden. Offenbar spekulieren diese Politiker auf eine in Teilen der Bevölkerung latent vorhandene Ausländerfeindlichkeit, um sie für ihre Wahlkampfzwecke zu mobilisieren. Sie nehmen es in Kauf, sich in unmittelbarer Nähe zur offenen rassistischen Propaganda neonazistischer Organisationen mit ihren Parolen wie "Ausländerstopp" und "Deutschland den Deutschen" wiederzufinden.

Einmal geweckt, richtet diese Ausländerfeindlichkeit unabsehbaren Schaden in den sozialen Beziehungen der in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden - deutschen und ausländischen - Bevölkerung an. Sie stellt einen schweren Rückschlag für alle Integrationsbemühungen dar.

Aber auch die Politik der Bundesregierung und die Aktivitäten der Länder und der Kommunen in der Asylantenfrage sind nicht dazu angetan, das Problem zu versachlichen. Im Gegenteil: Die schleichende und offene Aushöhlung des im Grundgesetz verbrieften Asylrechts nicht nur die in ihren Heimatländern politisch Verfolgten. Die ständigen Überlegungen öffentlicher Stellen, wie man den "Ausländerzustrom eindämmen" könne, verfestigen in der Öffentlichkeit die Auffassung, die Anwesenheit von Ausländern sei ein Übel. Dies schlägt auf die hier lebenden ausländischen Arbeiter und ihre Familien zurück, die durch ihre Arbeit zum Wohlstand dieser Gesellschaft beigetragen haben und beitragen.

Geradezu als eine Verhöhnung ihres Beitrags zur Volkswirtschaft der Bundesrepublik betrachten die Arbeiter aus der Türkei den Umstand, daß die Staatsangehörigen der Türkei dem Visumszwang unterworfen werden.

Auch der Visumszwang steht als kollektive Diskriminierung der Staatsangehörigen der Türkei, die die größte Gruppe unter den Ausländern in der Bundesrepublik stellen, in eklatantem Widerspruch zu den ständigen Beteuerungen der Politiker, sich für die Integration der ausländischen Mitbürger einsetzen zu wollen.

Gleichzeitig wird dadurch verfolgt den Demokraten aus der Türkei, die als letzte Überlebensebene das Asyl im Ausland in Erwägung ziehen, der Fluchtweg in die Bundesrepublik verbaut.

Daß die Demirel-Regierung, deren Vertretung in Bonn gegen eine Film-Reihe in ZDF lange Presse-Erklärungen losließ, über die Einführung des Visumszwanges für Millionen ihrer Bürger jedoch kein Wort verlor, zeigt deutlich, wie weit sie davon entfernt ist, die berechtigten Interessen ihrer Bürger zu vertreten. Dies zeigt auch, wie sehr es im Sinne der Demirel-Regierung ist, wenn die Opfer des Unrechtsregimes durch die Einführungs des Visumszwanges nicht einmal die Asylmöglichkeit in Erwägung ziehen können.

FIDEF hat schon in ihrer Erklärung vom 30.6. 1980 unterstrichen: "Wir betrachten das politische Asyl im Ausland nicht als den Weg, der unser Land

in Frieden und Demokratie führt. Es gilt nach wie vor, gegen die Reaktion, gegen Terror und Unterdrückung zu kämpfen. Aber es ist offensichtlich, daß die Emigration nicht zu stoppen ist, solange in der Türkei demokratische Verhältnisse nicht hergestellt worden sind. Mit der Unterstützung dieses reaktionären, volksfeindlichen Demirel-Regimes bewirkt die Bundesregierung, daß die Ursachen der politischen Emigration weiter verfestigt und der Strom der Asylsuchenden aus der Türkei in Zukunft noch größer wird."

Einige Zahlen

Nach Angaben des Bundesamtes für Asylangelegenheiten trafen im ersten Halbjahr 1980 Asylanträge von über 70 000 Personen in Zirndorf ein, davon über 40 000 aus der Türkei.

Doch aufschlußreich ist die Entwicklung der anerkannten Anträge zu den Asylgesuchen, die relativ und teilweise absolut gegenläufig sind.

Jahre	Anträge	Annerkennungen	
		absolut	%
1974	9424	3972	42
1975	9627	2778	29
1976	11123	2553	23
1977	16410	1734	11
1978	33136	1962	6
1979*	47993	2664	5,5

Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die zunehmend restriktive Praxis der letzten Jahre parallel zu der verschärften politischen Verfolgung in der Türkei eingeführt wurde.

* Zahlen für 1979 bereinigt um 3500 Vietnam-Flüchtlinge, die die Bundesrepublik aufgrund internationale Verpflichtungen aufnahm.

Zwei ehemalige Polizeibeamten aus Zonguldak berichten:

In allen Schlüsselpositionen des Polizeipräsidiums in Zonguldak, in dem wir als Polizeibeamte tätig waren, wurden MHP-orientierte Aktivisten der derzeitigen Regierung untergebracht. Ein Teil dieser Beamten und Vorgesetzten sind: Polizeimeister Metin KITER, Polizeimeister Ali SOMUN, die Polizeibeamten: Bekir ERDOGAN, Seref ACAR, Nevzat TOR, Sevket BELHAN, Lütfü TEMIZPAK und alle Beamten und Vorgesetzten des 1. Kommissariats (politische Polizei). Wir wissen, daß alle Beamten des Präsidiums und der Verwaltung auf höherer Ebene eng mit der MHP zusammenarbeiten.

Die erwähnten Beamten und Vorgesetzten terrorisieren die als fortschrittlich und demokratisch bekannten Personen in Zonguldak und Umgebung mit Hilfe spezieller Teams besonders nachts. Die aus ihren Wohnungen und aus verschiedenen Orten verschleppten Menschen werden zuerst in den Mannschaftswagen bestraft (!) und später in die Bezirksreviere und auf die 1. und 2. Kommissariate des Polizeipräsidiums gebracht. Sie werden dort gefoltert. Wir und demokratisch eingestellte Polizisten wie wir mußten solche unmenschlichen Praktiken tagtäglich erleben. Wir erlebten diese Beispiele der Staatsfolter in der Türkei am eigenen Leib.

Ein Beispiel für diesen Sachverhalt: In der Staatlichen Akademie für Ingenieurwissenschaften und Architektur in Zonguldak brach eine Auseinandersetzung zwischen zwei Gruppen aus; während die Linken in dem Polizeirevier auf dem Akademiegelände (Seit geraumer Zeit befinden sich auf den Geländen aller Gymnasien und Hochschulen ein Polizeirevier oder eine ständige Mannschaft der Polizei) schwer gefoltert wurden, wurde den anderen, den "Grauen Wölfen" der MHP, von den oben genannten Beamten als Belohnung Tee angeboten und auf die Schulter gekopft. Diese Praxis in der Akademie wurde zwar durch die Hochschulverwaltung den verantwortlichen Stellen und der Öffentlichkeit bekanntgegeben, es hat sich jedoch nichts geändert.

Immer wieder wurden wir gezwungen an Aktionen gegen unbescholtene Bür-

ger und Organisationen teilzunehmen, die als "links" galten, obwohl kein Hinweis für ein Verbrechen vorlag. Wir galten als "Oppositionelle" und waren ständigen Drohungen ausgesetzt. Nach dem wir uns zum Austritt aus dem Polizeidienst entschlossen hatten, war es nicht mehr möglich ohne Lebensgefahr in der Türkei zu leben.

Mehmet Ö. aus Izmir berichtet:

Im Januar 1978 wohnte ich zusammen mit drei anderen Studenten in einer Wohnung in Izmir. Am 19. Januar gegen 23.00 Uhr wurde an unserer Wohnungstür geklingelt. Ich öffnete die Tür. Ein großer, langhaariger Mann, der sein Gesicht zur Hälfte mit einem Schal verdeckte, schoß mit einer Pistole auf mich. Eine Kugel durchbohrte meine linke Hand zwischen dem kleinen und dem Ringfinger. Eine andere Kugel traf mich an der Hüfte und blieb am Beckenknochen stecken. Noch immer befindet sich die Kugel in meiner Hüfte. Ich wurde von meinen Mitbewohnern zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus eingeliefert. Obwohl ich verwundet war, wurde ich in der Urologischen-Klinik des Krankenhauses der Ege-Universität eine Stunde lang von einer Polizei-Mannschaft der politischen Polizei Izmir unter Führung des Polizeimeisters Hüseyin Sarioglu vernommen. Die Polizei ging davon aus, daß ich mich selbst angeschossen hätte. Sie wollten von mir wissen, wo ich die Waffe versteckt hätte. Außerdem wurde ich gefragt, in welcher Organisation ich Mitglied sei, in wessen Auftrag und zu welchem Zweck ich aktiv sei. Polizeimeister Hüseyin Sarioglu holte sogar seine Pistole heraus und bedrohte mich: "Sag, wo du die Waffe versteckt hast, sonst töte ich dich". Zum Schluß wurde ich wegen Verstoß gegen den § 6136 (Schußwaffengesetz) des Türkischen Strafgesetzbuches angeklagt. Bei der ersten Sitzung des Gerichts wurde aufgrund der Zeugenaussagen bewiesen, daß ich Opfer eines Überfalls war, und ich wurde von der Anklage freigesprochen.

Ich mußte wegen der ständigen Drohungen der Polizisten und der Faschisten später diese Wohnung und dieses Viertel verlassen. Nach diesem Vorfall verließen auch meine Eltern ihre Wohnung, wechselten ihren Arbeitsplatz und zogen in die Stadt.

In den ersten Tagen des Jahres 1979 gründeten wir, 7 fortschrittliche Jugendliche, in I. Beyerler in Izmir den "Anadolu Gençlik Derneği" (Jugendverein Anadolu), um unter der Jugend im Rahmen der Gesetze gegen den Faschismus zu kämpfen. Ich war Gründungsmitglied und Kassierer. Mehrere Male wurde ich insbesondere von der politischen Polizei festgenommen und mit Fäusten geschlagen und mit den Füßen getreten. Aufgrund des Drucks meiner Eltern brach ich meine Verbindung zum Verein ab, in dem ich am 19.4. 1979 eine vom Notar beglaubigte Austrittserklärung unterschrieb. Nach einem Monat, am 13.5. 1979 gegen 4.30 Uhr wurde ich bei einer Polizei-Operation erneut festgenommen. In der 1. Polizei-Kommissariat wurde ich insbesondere von Polizeiobermeister Muhlis Zincibi, Polizeimeister Hüseyin Sarioglu, Polizeimeister Gaftar und anderen in dieser Abteilung tätigen Zivilpolizisten fünf Tage vier Nächte gefoltert. Ihr Ziel war, die Terroraktionen, deren Täter unbekannt blieben, uns anzulasten, uns zu kriminalisieren. Während der Bastonade mußte ich einen Polizisten auf die Schulzer nehmen und 10 bis 15 Minuten auf nassem Boden laufen. Somit konnten sie verhindern, daß meine Fußsohlen anschwellen. Das bedeutete jedoch für mich eine neue Folter. Mit Sandsäcken schlugen sie mich oberhalb der Taille und hinterließen keine Spuren. Allerdings spürte ich, daß meine inneren Organe beinahe ausgerissen. In dieser Zeit durfte ich mit niemandem reden. Ich schaute ständig auf einem Holzstuhl sitzend die gegenüberstehende Mauer an.

Nach der Ausrufung des Kriegsrechts in Izmir am Anfang dieses Jahres wurde ich zusammen mit hunderten von anderen Studenten und Dozenten ohne jeden Grund erneut festgenommen. Man nahm mich in dem Laboratorium der Universität fest, wo ich mich auf mein Examen als Bergbauingenieur vorbereitete. Die Polizisten zwangen uns, vor dem Instituteingang auf dem Boden zu legen und trampelten auf uns mit ihren schweren Stiefeln. Dies ist auch in der Presse durch Fotos dokumentiert worden.

Daraufhin sah ich mich gezwungen, in der BRD um Asyl nachzusuchen, obwohl ich nur noch wenige Monate bis zur Diplomprüfung vor mir hatte.

Eine interne Angelegenheit der Türkei?

Am 5. August 1980, dem Schulbeginn in Nordrhein-Westfalen, war der Kultusminister Girgensohn, wie alle Jahre wieder, zu Besuch in einer Grundschule. Die Grundschule in Bottrop habe er in diesem Jahr aufgrund des hohen Anteils an Türken-Kindern in den deutschen Regelklassen ausgesucht,

Sollte etwa der Kultusminister von NRW, dem Land mit dem höchsten ausländischen Bevölkerungsanteil, den eventuellen Einsatz von MHP-Lehrern als "eine interne türkische Angelegenheit" betrachten?

Diese und viele andere Fragen drängten sich den Zuhörern auf, vor allem den Lehrern aus der Türkei, als das besagte Interview ausgestrahlt wurde. Denn einige weitere Aussagen von Girgensohn scheinen ebenso kontrovers.

Einer dringenden Klärung bedarf auch die Antwort bezüglich der seit Jahren in der Bundesrepublik als Arbeiter beschäftigten türkischen Lehrer. DGB und GEW fordern seit geraumer Zeit, daß die Kultusministerien bei Neueinstellungen auf die als Arbeiter beschäftigten ausländischen Lehrer zurückgreifen. Dies wurde bislang bereits dadurch erheblich erschwert, daß die Kultusbehörden die Einstellungsgesuche türkischer Lehrer zunächst mit allen persönlichen Daten den türkischen Konsulaten bzw. der Botschaft "zur Bestätigung" vorlegten.

Doch die Aussage von Girgensohn, er hätte diese Lehrer eingestellt, als aus der Türkei keine Lehrer zu den von ihm gestellten Vorbedingungen entsandt wurden, läßt schlimmes befürchten. Interpretierbar ist dies dahingehend, daß Girgensohn jetzt "seinen Bedingungen entsprechende Lehrer" entsandt bekommt, und keine anderen einzustellen gedenkt - auch wenn sie sich hier zu Lande - und auch in der Sprache - viel besser auskennen. Ein Punkt dürfte bei den einzustellenden Lehrern, die als Arbeiter tätig gewesen sind, allerdings fehlen: Die Gewähr dafür, daß sie stramme Demirel- und MHP-Anhänger seien, könnten sie nicht bieten, was bei den entsandten Lehrern jedoch mit Sicherheit der Fall sein wird.

sagte er in einem Interview für die türkischen Sendungen des WDR.

Doch alles andere, was er zu sagen wußte, löste unter den Kollegen aus der Türkei Überraschung bis zur Bestürzung aus (siehe nebenstehenden Auszug).

Girgensohns Absichtsbekundung, daß er die eingestellten Lehrer nicht zu entlassen gedenke, bleibt ein relativ schwacher Trost, falls die Erpressungsversuche der Demirel-Regierung auf diese Weise ministeriell abgesegnet würden. Auch der verhaltene Appell an die türkischen Eltern bezüglich der Koranschulen, "ihre Kinder nicht zu überfordern", muß höhnisch klingen, solange Girgensohn zu faschistoiden Inhalten dieser Kurse und zu der von seinem Ministerium betriebenen Propaganda für die Schulen schweigt (Türkei-Informationen Juli-August 1980). Vielleicht läßt sich der Herr Minister auch einmal von den mit den Ausländer-Kindern vertrauten Lehrerkollegen berichten, daß sie es keineswegs als "Überforderung" betrachten würden, wenn die Kinder ihre Zeit mit sinnvoll gestalteten Förderstunden ausfüllen könnten.

Die Bildungssituation ausländischer Arbeiterkinder ist hierzulande seit Jahren durch unglaubliche Versäumnisse und schuldhaftes Versagen der Verantwortlichen gekennzeichnet. Unterstellen wir einmal, daß Girgensohns Aussagen nicht durch Mangel an Information und Desorientierung zustande gekommen sind, muß mit einer weiteren Verschlechterung gerechnet werden.

Alle demokratisch eingestellten Kollegen sind aufgerufen, auf die eindeutige Beantwortung der Frage zu drängen, welche Abmachungen, Protokolle usw. mit der türkischen Regierung bezüglich der Einstellung, Beschäftigung und Entlassung türkischer Lehrer bestehen.

Eine Fortsetzung der Mausechelpolitik in diesem Bereich, wie es gelegentlich bei Besuchen diverser Delegationen offenbar wird, ist weder im Sinne der ausländischen Kinder, noch der gewerkschaftlich organisierten ausländischen und deutschen Kollegen.

Türkische Sendungen des WDR, 5.8. 1980; Wichtigste Fragen und Antworten teilweise aus dem Türkischen rückübersetzt.)

Frage: Bei den Ausleseprüfungen für türkische Lehrer, die in die Bundesrepublik geschickt werden sollen, haben nach unseren Informationen Tausende Lehrer teilgenommen. Doch sollen dem Vernehmen nach die 265, die diesmal hierher kommen werden, von vorn herein feststehen: Sie sollen regierungstreue, der berichtigten MHP nahestehende Lehrer sein. Würde die Bundesrepublik, das Land NRW dies einfach hinnehmen?

Girgensohn: Ich wehre mich dagegen, daß deutsche Lehrer, die wir ins Ausland schicken, von anderen als von deutschen Stellen ausgesucht werden. Ich habe keine Möglichkeit, in dieser Frage in die inneren türkischen Angelegenheiten einzugreifen.

Entsante Lehrer sind vom türkischen Staat entsante Lehrer. Deutsche Lehrer, die ins Ausland gehen, sind von der deutschen Regierung entsante Lehrer, auf deren Auswahl wir auch keinem anderen Einfluß gestatten.

Frage: Aber es ist Ihnen auch bekannt, daß hier Tausende türkischer Lehrer als Arbeiter tätig sind. Wäre es nicht naheliegend, diese Lehrer, die sich hier bereits auskennen, zunächst einzustellen?

Girgensohn: In der Zeit, als wir aus der Türkei keine Lehrer unter den Vorbedingungen, die wir gestellt haben, bekommen konnten, haben wir eine ganze Reihe türkische Lehrer eingestellt. Ich beabsichtige nicht, diese Lehrer aus dem Dienstverhältnis zu entlassen.

Frage: Ein großer Teil von den Kindern, die wir hier sehen, wird heute nachmittags die Koranschulen besuchen. Welche Schäden damit vor allem für Kleinkinder verbunden sind, brauchen wir nicht näher zu erläutern. Was gedenkt Ihr Ministerium zu tun, um die Wirkung dieser berichtigten Koran-Schulen einzudämmen?

Girgensohn: Wir sind im Augenblick dabei, einen Lehrplan für islamischen Religionsunterricht zu erarbeiten; daran arbeiten türkische und deutsche Religionswissenschaftler und Lehrer. Sobald dieser Lehrplan vorliegt, kann ich allgemein islamischen Religionsunterricht ... (unverständlich)... Im Augenblick bin ich abhängig von Lehrern, die islamischen Religionsunterricht in deutschen Schulen erteilen wollen.

Die Situation mit den Koran-Schulen ist mir sehr gut bekannt. Und ich kann nur die Eltern dringend bitten, ihre Kinder nicht zu überfordern. Sie haben es sowieso schon schwer, sich in deutsche Schulen zu integrieren.

Nach wie vor ist die große Masse der türkischen Arbeiterkinder in den Schulen der Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt. Angesichts der für viele erdrückenden Perspektivlosigkeit geben mit zunehmendem Alter immer mehr Kinder auf und "verschwinden" aus der Schule. Wirksame Maßnahmen zur Durchsetzung der Schulpflicht werden bisher kaum ergriffen. Von den Schülern, die ihrer Schulpflicht bis zum Ende nachkommen, schaffen weniger als die Hälfte den Hauptschulabschluß. Der Besuch höherer Schulen ist für türkische Arbeiterkinder in der Bundesrepublik immer noch eine Seltenheit. Nach der Schulzeit folgt für die meisten: Jugendarbeitslosigkeit, Auslandsjobs und die Ghettosierung in den MBSE-Kursen, die an der beruflichen Bildung vorbei in die Sackgasse führen.



Das Recht auf Muttersprachenunterricht durchsetzen

Die hier kurz skizzierte Misere hat zwei Seiten. Einerseits werden die türkischen Arbeiterkinder bisher nur völlig unzureichend auf die Leistungen vorbereitet, die in der deutschen Schule von ihnen erwartet werden. Andererseits werden ihre besonderen Fähigkeiten und Kenntnisse in den Regelklassen nach wie vor weitestgehend ignoriert. Beide Mängel gehen auf die gleiche Ursache zurück: Die schulische Ausbildung der ausländischen Arbeiterkinder soll so wenig wie möglich kosten. Deshalb werden die deutschen und ausländischen Lehrer nicht ernsthaft auf den Unterricht für diese Schüler vorbereitet, deshalb fehlt es an allen Ecken und Enden an sinnvollen Lehrplänen und Lehrbüchern, deshalb wird schließlich weitgehend auf alle Möglichkeiten verzichtet, die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten der ausländischen Schüler in die deutsche Schule einzubringen. Das Schlagwort "Integration" bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, daß die ausländischen Kinder mit ihrer ganzen Persönlichkeit in den Unterricht und in die Klassengemeinschaft aufgenommen werden. Ein "integrierter" türkischer Schüler ist vielmehr ein solcher, bei dem man ohne all zu großen Reibungsverlust so tun kann, als sei er ein Deutscher. Im Ergebnis dieser Situation erscheint die Masse der türkischen Schüler in der deutschen Schulöffentlichkeit als eine Art verkümmertes, unterentwickeltes, behindertes kleiner Deutscher. Dieser Eindruck verschärft seinerseits wiederum chauvinistische und gegen sozial schwächere Schichten gerichtete Vorurteile.

Die ausländischen Kinder im neuen Schuljahr

"Unsere Probleme

Das Schulversagen der türkischen Arbeiterkinder wird zweifellos durch viele Faktoren mitbedingt. Hier sind zu nennen: Die politische und soziale Entrechtung der Eltern, die sprachliche und kulturelle Vernachlässigung der ausländischen Arbeiterfamilien, die durch das Aufenthaltsrecht bedingte Verunsicherung und die daraus folgende Planlosigkeit in der Erziehung und schließlich der inhaltliche Bruch zwischen den Lehrplanrichtlinien der Heimatländer und denen der deutschen Schule. Dies alles vorausgesetzt, spielt dennoch eine zentrale Rolle die Frage der sprachlichen Entwicklung der Kinder, und zwar sowohl im Deutschen als auch in der Muttersprache. Denn ohne entwickelte sprachliche Fähigkeiten bleibt auch die Wissensentwicklung der Schüler gehemmt.

Wo jedoch die Frage der Sprachentwicklung der ausländischen Schüler diskutiert wird, konzentriert sich die Diskussion bisher einseitig auf die völlig unzureichende Ausbildung in der Unterrichtssprache Deutsch. Zweifellos ist dies ein wichtiger Gesichtspunkt, denn das Deutsche ist die Sprache des Wissenserwerbs in der Regelklasse. Viele türkische Schüler können den Unterricht in den verschiedenen Fächern der Regelklasse einfach deshalb nicht voll ausnutzen, weil man ihnen das hierfür nötige Fachdeutsch nicht beigebracht hat und im Fachunterricht auch nicht beibringt. Grund dafür ist in der Regel die Hilflosigkeit der Lehrer, die für diesen Unterricht weder aus- noch fortgebildet sind.

Über die Bedeutung des Deutschen sollte man jedoch auch die Rolle der Muttersprache nicht vergessen. Die Muttersprache ist für das Kind die Sprache der frühesten und engsten Sozialbeziehungen, die Sprache seines Wissenserwerbs im familiären Kreis und oft auch in den ersten Schuljahren, die Sprache, die das Kind - trotz aller Ausfälle - am problemlossten beherrscht und schließlich auch die Sprache, mit der das Kind in der Öffentlichkeit identifiziert wird und mit der es sich identifiziert. Wenn diese Sprache in der Schule vernachlässigt, ignoriert oder unterdrückt wird, kann von wirklicher "Integration" der ausländischen Kinder keine Rede sein.

Vielmehr wird einerseits das mühsame und fehlerhafte Deutsch der Kinder ständig wahrgenommen, belächelt, kritisiert und benotet - andererseits wird die Sprache, die sie beherrschen, wie ein deutsches Kind das Deutsche, stillschweigend übergangen oder gar als Störfaktor abqualifiziert.

Bei dieser pädagogisch unverantwortlichen Situation sind zwei Stufen zu unterscheiden. Die erste besteht darin, daß die deutschen Lehrer den ausländischen Schüler nur durch die Brille der deutschen Sprache differenziert wahrnehmen. Alle Prozesse, die z.B. auf Türkisch ablaufen, werden demgegenüber als undurchschaubar, bedrohlich und störend wahrgenommen. Auf die Dauer ist dies - bei der ständig steigenden Zahl türkischer Schüler - kein tragbarer Zustand. Es ist deshalb zu begrüßen, daß immer mehr deutsche Lehrer die Notwendigkeit einsehen, die Sprache ihrer türkischer Schüler zu lernen. Eine zweite Stufe, von der ebenfalls die Masse der türkischen Schüler in Regelklassen betroffen sind, besteht darin, daß sie in der Schule nicht einmal im Rahmen eines Unterrichtsfaches die Möglichkeit erhalten ihre Muttersprache weiterzuentwickeln und ihre muttersprachlichen Fähigkeiten zu bringen.

Zwar erkennen alle Bundesländer - gezwungen durch Vereinbarungen des Europarates und die Schlußakte von Helsinki - prinzipiell an, daß den Kindern ausländischer Arbeiter der Besuch eines muttersprachlichen Zusatzunterrichts möglich sein muß. Aber mehrere Bundesländer - darunter die Stadtstaaten, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern - klammern diesen Unterricht ausdrücklich aus der deutschen Schulaufsicht aus und schieben ihn an die Konsulate der Herkunftsländer ab. Die übrigen Bundesländer führen zwar muttersprachlichen Unterricht innerhalb ihrer Schulen durch, sorgen jedoch nicht für sachgerechte Lehrpläne und Lehrbücher und versorgen auch nur einen ganz geringen Anteil der infrage kommenden ausländischen Schüler. Bisher gibt es kein Bundesland, das ein definiertes Kontingent an Planstellen nur für diesen zusätzlichen Unterricht ausweist. Deshalb entsteht in der Praxis eine

das Vorurteil eine Rolle, Deutsch sei schon eine sehr wertvolle Sprache - die Schüler könnten froh sein, wenn sie richtig Deutsch lernten und sollten nicht auf so ausgefallenen Fächern wie ihren Muttersprachen bestehen.

Dieser achtlosen und in der Auswirkung chauvinistischen Einstellung muß entgegen gehalten werden:

bleiben ungelöst"

Konkurrenz zwischen Muttersprachunterricht und Förderunterricht, Muttersprachunterricht und der Bildung kleinerer Klassen usw. - und das Gerangel um diese Frage geht in der Regel zu Ungunsten des Muttersprachunterrichts aus. Dies gilt offenbar auch für das Bundesland Hessen - das einzige Land, in dem der zusätzliche Muttersprachunterricht offiziell zum Pflichtfach für ausländische Schüler von Regelklassen erklärt worden ist. Pflichtfach oder nicht - wo man nicht die erforderlichen ausländischen Lehrer einstellt, bleibt die Masse der ausländischen Schüler vor verschlossener Tür stehen. Dabei verschlechtern sich die Chancen in letzter Zeit noch zusehend dadurch, daß man zunächst einmal versucht, arbeitslose deutsche Lehrer einzustellen, so daß für ausländische Lehrer für Muttersprachunterricht erst recht kein Platz bleibt.

Die zentrale Rolle der Sprache

Die Situation ist insbesondere deshalb so verfahren, weil selbst gutwillige und engagierte deutsche Lehrer sich nur in den seltensten Fällen aktiv für das Recht der ausländischen Schüler auf Muttersprachunterricht einsetzen. Es gibt zwar diesbezügliche Gewerkschaftsbeschlüsse, sie werden aber an der Basis kaum umgesetzt. Dies nur auf die Konkurrenz deutscher und ausländischer Lehrer um die künstlich knappgehaltenen Planstellen zurückzuführen wäre sicher zu einfach gedacht. Man muß wohl davon ausgehen, daß selbst vielen fortschrittlichen deutschen Lehrern die Einsicht in Nutzen und Notwendigkeit eines kontinuierlichen und planvollen Muttersprachunterrichts für ihre ausländischen Schüler abgeht. Dies mag einmal daran liegen, daß sie die Sprache ihrer ausländischen Schüler nicht verstehen, weshalb ein Unterricht in dieser Sprache ihnen uneinschätzbar und fremd bleibt. Hinzu kommt, daß der muttersprachliche Unterricht, wie er zur Zeit teilweise stattfindet, durch die von der Schulverwaltung geschaffenen Bedingungen weitgehend desorganisiert wird und vom übrigen Schulgeschehen losgelöst ist. Sicher spielt schließlich auch

- Wenn die Muttersprache nicht voll entwickelt wird, wird auch der auf deutsch verlaufende Lernprozeß geschädigt. Umgekehrt könnte ein sinnvoll auf die zweisprachige Situation bezogener Muttersprachunterricht den Deutschlehrer unterstützen.
- Eine Diskriminierung der Muttersprache läuft immer auch auf eine Diskriminierung der Menschen hinaus, die sie sprechen - also der ausländischen Schüler und insbesondere auch ihrer Eltern. Hierdurch werden Kinder zur Überanpassung - zum "Deutschsein um jeden Preis" - gedrängt und Familienkonflikte verstärkt; viele ausländische Kinder werden dadurch aber auch ins nationalistische Abseits abgedrängt. Wer die türkische Muttersprache in der Schule ignoriert, darf sich nicht wundern, wenn immer mehr Kinder und Jugendliche in die Korankurse strömen und kontakt zu faschistischen Schlägertrupps finden.
- Für kein ausländisches Kind ist bisher geklärt, ob sie sich zeitlebens in der Bundesrepublik aufhalten können. Die deutsche Geschichte zeigt darüber hinaus, daß Situationen eintreten können, wo das Verbleiben auf deutschem Boden für Ausländer lebensgefährlich wird. Daß die NPD heute bereits wieder in altbewährter Manier gegen Ausländer in Deutschland hetzen darf und die zuständige Bochumer Staatsanwaltschaft sich weigert, einzuschreiten, sollte zu denken geben. Wer den ausländischen Kindern die Möglichkeit nimmt, in der Schule ihre Muttersprache zu entwickeln, der schneidet ihnen den Weg ins Herkunftsland ab. Ob sie diesen Weg einmal gehen wollten oder nicht, darüber sollten sie selbst entscheiden können. Auf keinen Fall sollte ihnen dieser Weg aus unverantwortbarer Sparsamkeit im Lehrereinsatz von vorn herein abgeschnitten werden.
- Schließlich bedeutet der Verzicht auf den Muttersprachunterricht zugleich den Verzicht auf die Chance, eine große Zahl von Menschen mit geringen Mitteln zweisprachig zu machen. Eine Kultuspolitik, die hierauf verzichtet, kann wohl kaum den Anspruch erheben, der Völkerverständigung zu dienen.

Um nicht falsch verstanden zu werden, möchten wir hier folgendes eindeutig feststellen: Es geht nicht darum, ein

Almanya'da Okul ve Eğitim Sistemi



Hazırlayan:
Öğretmenlerin
Eğitim ve Bilim
Sendikası GEW
MOERS Şubesi

Rechtzeitig zu Beginn des Schuljahres brachte der GEW-Kreiverband Moers für Kinder und ihre Eltern aus der Türkei eine überschaubare Einführung in das hiesige Schul- und Bildungssystem heraus.

Die handliche Broschüre, an der deutsche und türkische Kollegen mitgearbeitet haben, kontrastiert wohlwollend zu manchen "amtlichen" Leitfäden, die noch dazu selten in die Sprachen der Arbeitsemigranten übersetzt werden.

anderes Schulfach - etwa den Englischunterricht - durch das Fach Muttersprache zu ersetzen. Die Schüler müssen die Möglichkeit erhalten ihre Muttersprache weiter zu entwickeln, ohne dafür an anderer Stelle benachteiligt zu werden. Das ist nur möglich, wenn die Forderung der Gewerkschaften, insbesondere der GEW und des DGB, durchgesetzt werden: Die Muttersprachen der ausländischen Kinder müssen endlich zum zusätzlichen Pflichtfach werden, und zwar mit einem Stundenanteil von fünf Wochenstunden für alle Schultypen, Schulstufen und Klassen.

Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich auch, daß das Türkische für viele Schüler aus der Türkei nicht Muttersprache, sondern nur Amtssprache ist. Hier sind insbesondere die Schüler aus kurdischen Familien hervorzuheben. Für diese Schüler muß in der Zukunft ein Weg gefunden werden, wie sie sowohl das Türkische - als Amtssprache ihres Herkunftslandes - als auch ihre Muttersprache in den Schulen der Bundesrepublik weiterentwickeln können. Bei gutem Willen und entsprechendem Druck der Betroffenen dürfte auch dieses Problem nicht unlösbar sein.

"unterwertige Beschäftigung"

FIDEF zu Lüneburger Skandal-Urteil
Ausländerunterricht - unterwertige Be-
schäftigung?

Als ein skandalöses Urteil bezeichnet
der FIDEF-Bundesvorstand die Ent-
scheidung des Lüneburger Oberverwal-
tungsgerichtes über eine Beschwer-
de eines Berufsschullehrers aus Osna-
brück.

Mit großer Empörung nehmen die aus-
ländischen Mitbürger die Entscheidung
des Lüneburger Oberverwaltungsger-
ichtes zur Kenntnis, nach der ein Stu-
dienrat zumindest "bis auf Weiteres"
nicht verpflichtet werden kann, Ju-
gendlichen aus der Türkei Unterricht
zu erteilen. (Az.: OVG B 56/80) Diese
Entscheidung steht im krassen Wider-
spruch zu den Artikeln des Grundge-
setzes 2.1 und 3.3., die die Benachteil-
igung von Menschen in der Bundesrepu-
blik aufgrund ihrer Herkunft unterbin-
den und jedermann das Recht auf freie
persönliche Entfaltung einräumen.

Der Studienrat war im März dieses
Jahres angewiesen worden, eine Grup-
pe von Jugendlichen aus der Türkei
vier Stunden in der Woche im Fach
"Gemeinschafts- und Sozialkunde" zu
unterrichten. Der Studienrat verwei-
gerte dies mit der Begründung, dieser
Unterricht bedeute für ihn eine "unter-
wertige" Beschäftigung.

Die rassistischen Untertöne dieser Be-
gründung werden nunmehr mit dem
Skandal-Urteil der Beschwerde-Instanz
vor dem OVG Lüneburg vollauf bestä-
tigt. Viele ausländische Bürger sind je-
doch mit demokratisch gesinnten ein-
heimischen Kollegen der Auffassung,
daß ein solcher Studienrat, der mit Un-
terricht an ausländische Kinder oh-
nehin höchstens überfordert wäre, aber
ungeniert von einer "unterwertigen"
Beschäftigung sprechen darf, nicht nur
im Fach "Gemeinschafts- und Sozial-
kunde", sondern überhaupt für den
Schuldienst nicht mehr tragbar ist.

Heuchlerisch wirken auch die Reaktio-
nen einiger Kultuspolitiker, die das Ge-
richtsurteil nun plötzlich "bedrückend
und deprimierend" (Niedersächsischer
Kultusminister W. Remmers, CDU)
finden, als wären für die in der Tat de-
primierende katastrophale Bildungs-
situation ausländischer Kinder und Ju-
gendliche nicht diese Kultuspolitiker
in erster Linie verantwortlich.

Tatsache ist, daß hunderttausende aus-
ländische Kinder und Jugendliche in

der Bundesrepublik unter Mißachtung
der eindeutigen Bestimmungen des
Grundgesetzes und zahlreicher interna-
tionaler Vereinbarungen in unerträglich
Weise diskriminiert werden. Nur
ein verschwindend kleiner Bruchteil
von ihnen wird in die Lage versetzt,
gleichwertige Bildungsabschlüsse wie
ihre deutschen Altersgenossen zu errei-
chen. Auch die mit viel Propaganda-
Effekt und nur für einen kleinen Teil
von ihnen inszenierten Schein-Maßnah-
men, wie die MSBE-Kurse, die eher
Abstellgleise und Ghetto-Schulen dar-
stellen, können über diese Tatsache
nicht hinwegtäuschen. Nach dem IAB-
Kurzbericht 5/1978 erhielten z.B.
1976/77 65% der ausländischen Ju-
gendlichen im Berufsschulalter über-
haupt keine berufliche Bildung und
25% eine Vollzeitausbildung im dualen
System oder in Vollzeitschulen.

Mit Nachdruck weist FIDEF darauf
hin, daß sowohl die ausländischen Ar-
beiter wie ihre Kinder einen Rechtsan-
spruch auf die gesellschaftlichen Lei-
stungen haben, deren Zustandekom-
men sie durch ihren nicht unerhebli-
chen Beitrag erst ermöglichen.

FIDEF begrüßt angesichts der Untätig-
keit der verantwortlichen Stellen er-
neut das Engagement von bereits meh-
reren Hundert gewerkschaftlich enga-
gierten Lehrern in der Bundesrepublik,
über die Sprachen und Problematik der
ausländischen Kinder zu informieren.

In Übereinstimmung mit der Forde-
rung der GEW im DGB fordert der
FIDEF-Bundesvorstand angesichts der
Fakten, die jeden anständigen Men-
schen alarmieren müßten, erneut:

- Gemeinsame, gleichberechtigte Be-
schulung aller ausländischen Kinder
und Jugendlichen!

- Durchsetzung der Schulpflicht auch
für alle ausländischen Kinder und Ju-
gendlichen!

- Schluß mit allen kostenneutralen
Schein-Maßnahmen, die weder zu einer
allgemeinbildenden noch zu einer be-
ruflichen Qualifikation führen!

- Bereitstellung von finanziellen Mit-
teln, die eine sinnvolle Aus-Fort- und
Weiterbildung der Lehrerkollegen für
Unterricht mit ausländischen Kindern
ermöglichen!

FIDEF-Bundesvorstand

FIDEF-Pressesekretariat

Kaum war die Diskussion über die stel-
lenweise erlogenen Passagen im Verfas-
sungsschutzbericht des Bundesinnenmi-
nisteriums in Gang gekommen, erfuhr
die Terrororganisation der "Grauen
Wölfe" in der BRD "Türk-Föderation"
erneut behördliche Schützenhilfe.

Der niedersächsische Verfassungsschutz
hatte bereits Anfang Juni durch
profunde Sachkenntnis seines Chefs
von sich reden gemacht, als dieser laut
Westfalenpost vom 12. Juni 1980 er-
klärte: "Nicht einmal in der Türkei
gibt es 'Graue Wölfe'".

In einer kürzlich verbreiteten auf-
schlußreichen "Sonder-Information"
bekräftigte seine Behörde eingangs er-
neut, daß in der Bundesrepublik "kei-
ne 'Grauen Wölfe' existieren."

Die MHP, der die in der Bundesrepu-
blik existierende "Türk-Föderation"
nahestehe, sei auch "mit keiner deu-
tschen Partei zu vergleichen." Sie ver-
trete "unter ihrem Vorsitzenden Tür-
kes eine nationalistische türkische Poli-
tik mit eher laizistischem islamischen
Akzent. Türkes gilt als überzeugter An-
hänger der NATO."

Folgerichtig heißt es dann: "Die gera-
de von den Kommunisten betriebene
Kampagne gegen 'Graue Wölfe' rich-
tet sich in Wahrheit gegen die anti-
kommunistische, dabei aber westlich
orientierte und gemäßigt islamisch
ausgerichtete nationalistische Politik
der MHP unter Türkes."

Doch die Unverfrorenheit, mit der die
Landesschnüffler ihr Klientel offen-
sichtlich für dumm verkaufen, treibt
noch seltsamere Blüten. Auch die
wichtigste Frage wird mit bestürzender
Leichtfertigkeit in einem lapidaren
Satz abgetan: "Ob die MHP mit ihrer
Jugendorganisation Ülkücü Gençler
(Junge Idealisten) in der Türkei für die
wachsenden Gewalttätigkeiten verant-
wortlich gemacht werden kann, ent-
zieht sich der Beurteilung. Daß die
MHP in der Türkei Hauptträger des
Terrors sei und ihre Jugendorganisati-
on als militärisch gedrillte Schläger-
gruppe einsetzt, wie es z.B. die kom-
munistische Deutsche Volkszeitung be-
hauptet, muß mit äußerster Vorsicht
aufgenommen werden."

Wer es also noch wagt, die MHP-Mör-
der 'Mörder' zu nennen, läuft Gefahr,
mit anti-kommunistischer Hysterie
überschüttet zu werden. In ihrer Eu-
phorie für "pro-westliche, NATO-treue
Politik von Türkes" verblendet, unter-
schlagen die MHP-Fans in Niedersachsen
sogar die Berichte aus dem türki-
schen Innenministerium, in denen so-
wohl die Gewaltanwendung seitens der
MHP-Kommandos wie auch ihre para-
militärische Ausbildung angeprangert
werden.

Persilschein für graue Wölfe

So gewährt auch die Vorgehensweise einen tiefen Einblick in die geistige Verwandtschaft der Autoren, die ihrer Ansicht nach "zum besseren Verständnis der Symbolfigur 'Grauer Wolf' führen soll". Ein langer Text wird präsentiert als "Übersetzung aus der konservativen türkischen Zeitung Anadolu vom 28. 3. 80". Den Lesern wird nicht nur vorenthalten, daß es sich bei Anadolu um das Zentralorgan der berichtigten "Islamischen Kulturzentren" handelt. Verschwiegen wird auch, daß es bei dieser Darstellung, die angeblich "die nationale türkische Betrachtungsweise" erkläre, um den Originalton aus der Kommandozentrale der "Grauen Wölfe" geht: Anadolu hat nämlich in der zitierten Ausgabe wortwörtlich eine Erklärung der "Türk-Föderation" abgedruckt!

Doch auch das Zitat, mit dem der Verfassungsschutz die "Grauen Wölfe" zu ihren eigenen Gutachtern befördert, ist bei näherer Betrachtung entlarvend genug: "Das türkische Volk hat diesen jungen Menschen, die sie aus der Krise herausführen werden, den Namen 'Graue Wölfe' gegeben. In diesem Sinne sind wir 'Graue Wölfe'... Die 'Grauen Wölfe', die die Kommunisten als Geheimorganisation hinstellen, sind nichts anderes, als die gesetzestreu, idealistischen türkischen Jugendlichen"

Trotz dieses Bekenntnisses hält die Landesbehörde unter dem niedersächsischen Innenminister Egbert Micklinghoff daran fest, den Begriff "Grauer Wolf" weiterhin zu einem "schmeichelhaften Ehrennamen" zu erklären - einfach ignorierend, daß dieser von der Bevölkerung in der Türkei als Bezeichnung für Killer der MHP benutzt und von diesen auch in Anspruch genommen wird.

Noch im Juni hatte auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler den Begriff "Grauer Wolf" als "Synonym für eine nationalistische, fanatisch-islamische und rechtsextremistische Geisteshaltung bezeichnet.

Die CDU stellte sich in bewährter Manier vor die Schützer der "Grauen Wölfe": nicht diese behördliche Propagandaschrift sei etwa "absurd und unverschäm", erklärte ein Sprecher des Innenministeriums, sondern die Kritik daran.

Der niedersächsische SPD-Sprecher Rudolf Henning und der stellvertretende Juso-Vorsitzende Heinz Thoermer bezeichneten die Aussagen als "unglaublich": "Wer Verständnis für diese kriminelle faschistische Vereinigung aufbringt, deren Mordtaten hinlänglich bekannt sind, erscheint kaum geeignet, die Demokratie zu schützen."

Unerwähnt blieben bei der Diskussion zunächst die skandalösen Aussagen des "Verfassungsschutzberichtes 1979"

vom Bonner Innenministerium, der den Weg zu diesen Ungeheuerlichkeiten erst geebnet hat.

Eben deshalb kann der "Fall" der V-Schnüffler in Niedersachsen keineswegs als "Provinzposse" abgetan werden: Vielmehr legt er beredetes Zeugnis ab über die zahlreichen Gesinnungsgenossen der neofaschistischen "Grauen Wölfe" in manchen bundesdeutschen Amtsstuben, die durch ihre Verharmlosungstaktik ein längst fälliges Verbot der Mörder-Bande "Türk-Föderation" hinauszögern und ihnen dadurch für weitere Gewalttaten ein günstiges Klima verschaffen.

National-Zeitung: Jubel für Verfassungsschutz

Die Neofaschisten in der Bundesrepublik jubeln: Ihre türkischen Gesinnungsbrüder sind reingewaschen. Ein ausführlicher Artikel in der "Deutschen Nationalzeitung" weist deutlicher als manche Kommentare auf "einige geistige Verwandtschaften" hin... (Aus: Deutsche National-Zeitung v. 15.8. 1980)

"Wer sind die Grauen Wölfe?—
Verfassungsschutz weist linke
Greuelmärchen zurück

Seit einiger Zeit sind linke Kräfte, unter ihnen der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Untergliederungen, angestrengt bemüht, gegen ihnen politisch nicht genehme Gastarbeiter Haß zu schüren. Davon besonders betroffen sind die Türken, die sich zu ihrer nationalen, kulturellen und religiösen Identität bekennen und sich nicht unter dem Stichwort "Integration" mit dem deutschen Volk zwangsvermischen lassen wollen. Diese Türken, allgemein als "Graue Wölfe" bezeichnet, sehen sich einer breit angelegten Kampagne ausgesetzt: Man unterstellt ihnen nicht nur antidemokratische, sondern gleich terroristische Neigungen.

Dem hat nun der niedersächsische Verfassungsschutz mit der gebotenen Deutlichkeit widersprochen. In zwei Informationsschriften nimmt die Behörde ausdrücklich die rechtsgerichtete türkische "Partei der Nationalistischen Bewegung" MHP in Schutz und warnt vor einer "von Kommunisten betriebenen Kampagne" gegen antikommunistische Türken in der Bundesrepublik.

Prof. Jacop M. Landau Ausbildungslager der "Grauen Wölfe seit 1968 bekannt

Der Verfassungsschutz ergreift offen Partei für die "Grauen Wölfe" indem er wider besseres Wissen die Wahrheit unterschlägt. Dies wird angesichts

der Fülle von Informationen immer wieder deutlich, von denen Türkei-Informationen nur einen Bruchteil bringen konnte. So drängen sich auch die unübersehbaren, organischen Verbindungen zwischen den MHP-Faschisten, den grauen Wölfen und den "Idealistenvereinigungen" jedem halbwegs objektiven Betrachter der politischen Szene in der Türkei geradezu auf.

Dazu auch eine Stimme, die gewiß nicht in dem Geruch steht, mit Linken irgendwelchen Couleurs zu sympathisieren. Schon 1974 berichtete Jacob M. Landau von der Universität Jerusalem in seinem Buch "Radical Politics in Modern Turkey" Seite 215-216: "Sowohl die 'Union der Idealistenvereinigungen' wie auch die 'Organisation junger Idealisten' wurden von der MHP gefördert. Der letztere, der sich später in 'Verband der idealistischen Jugend der Türkei' umbenannte, war 1970 - 1971 in Istanbul für die Herausgabe einer Monatsschrift verantwortlich: 'Zeitschrift der idealistischen Jugend der Türkei' vermittelte den Jugendlichen die Botschaft der MHP... Die Partei gründete auch eigene Jugendverbände, die auf neuen Grundlagen organisiert wurden.

Bezeichnender Weise "Kommandos" genannt, und sich selbst auch so nennend, machten sich diese erst 1969 im öffentlichen Leben bemerkbar, obwohl sie vermutlich schon im Sommer 1968 mit ihrer Ausbildung begannen. Die drei Hauptausbildungslager waren in der Nähe von drei größten türkischen Städten, Istanbul, Ankara und Izmir, errichtet. Nach Meldungen wurden kleinere Lager in der Nähe von Samsun und anderen anatolischen Städten gegründet...

...Während das angestrebte Ziel höher sein dürfte, variierte die zahlenmäßige Stärke der Kommandos in den Jahren 1969 - 1970 von einigen Hundert bis zu fünf Tausend. Weil das Wort 'Kommando' fremden Ursprungs war, zogen es die Jugendlichen mit Billigung der Partei vor, als 'Nationale Sozialisten' und dann als 'Graue Wölfe' bekannt zu werden... Kommentatoren konnten nicht umhin, zwischen der Ausbildung und dem Handeln dieser Jugendlichen und einigen paramilitärischen Organisationen in Europa der 30'er Jahre gewisse Ähnlichkeiten erblicken. Die Tatsache, daß 'Milli Hareket' (Zentralorgan der MHP, Anm. d. Ü.) für die türkischen Übersetzungen von Nazi-Büchern warb, trug nicht dazu bei, dieses Bild zu zerstreuen... Türkes, der für diese Organisation die Verantwortung übernahm, teilte mit, daß die 'Grauen Wölfe' ursprünglich gegründet worden waren, um die Partei in dem Kampf zu unterstützen, die Türkei gegen den Kommunismus zu verteidigen. Zwei engste Mitarbeiter von Türkes, Dündar Taser und Rifat Baykal, leiteten auch dementsprechend die Kommandoausbildungslager in Ankara und Izmir."

Der fortschrittliche Komponist
Timur Selcuk

"Schweigen wäre Unterstützung des Gegners"

Timur Selcuk engagiert sich in mehreren Arbeitsbereichen. Seit 1974 ist er Musikdirektor des Kunsttheaters in Ankara (AST) und hat dort zuletzt an der Vertonung von Nazim Hikmets Theaterstück "Ferhad und Sirin" gearbeitet. Er hat ferner die Lieder für "die Weißwäscher" von B. Brecht für die türkische Übersetzung neu vertont. Diese äußerst gelungenen Lieder sind in einer Langspielplatte erschienen. Außerdem komponiert er auch Musik für Ballett; voraussichtlich im Herbst wird an der Staatsoper in Ankara ein Ballett zum Thema "Unabhängigkeitskrieg" mit der Choreographie von Altan Tekin inszeniert.

Selcuk befaßt sich auch mit anderen Formen der klassischen Musik. Als Dirigent des Kammerorchesters Istanbul hat er polyphone Bearbeitungen von klassischer türkischer Musik einstudiert; das Orchester hatte mehrere Konzertauftritte.

Als Mitglied der Musikergewerkschaft (Tüms) ist er dort an vier Tagen in der Woche Musiklehrer und führt 2-jährige Kurse durch - hauptsächlich mit Mitgliedern der Gewerkschaften.

An Wochenenden tritt er und seine Gruppe meistens in Istanbul auf, aber auch in anderen Städten, auf Kulturveranstaltungen. Ein- oder zweimal im Monat sucht er mit dem Chor der DISK, der im vorigen Jahr gegründet wurde, Orte auf, in denen gestreikt wird, um den streikenden Arbeitern ihre Lieder vorzutragen.



BRECHT - C. YÜCEL
TİMUR SELÇUK

36

Türkei-Information: In unserem Land müssen sich heute die demokratischen und fortschrittlichen Menschen gegen die blutigen Angriffe des Faschismus wehren. Wie sehen Sie unter diesen Umständen Ihre Aufgabe als Künstler?

Timur Selcuk: Es gibt in der Türkei Künstler, die sich zwar im Grunde gegen die Repressalien wehren wollen, die aber die Auffassung haben, daß sie mit ihrer künstlerischen Arbeit nichts ausrichten können. Solche Auffassungen sind allerdings nach 1970 auch bei den Künstlern seltener geworden. Nichts zu sagen heißt immer, den Gegner zu unterstützen.

Ein fortschrittlicher Künstler hat vielfältige Aufgaben wahrzunehmen: Ich zum Beispiel versuche diesen Aufgaben nicht nur als Komponist gerecht zu werden, sondern auch als Pädagoge und als Sänger.

Als Komponist kann ich dem aktuellen Kampf der Arbeiterklasse dienen, wenn ich die zur Diskussion stehenden Inhalte in leicht verstehbaren Liedern darstelle. Außerdem kann ich so auch beitragen, langfristig eine Musikkultur der Werktätigen zu entwickeln.

Als Sänger bin ich an Kulturabenden oder an Versammlungen beteiligt und kann mit meinen Liedern die angesprochenen Themen einprägsamer machen. Mit Platten oder Kassetten kann man neben solchen aktuellen Liedern auch Lieder veröffentlichen, die darüberhinaus zu langfristigen Beiträgen der Arbeitermusikkultur werden können.

Unsere Aufgaben als Erzieher sind sehr, sehr wichtig. Wenn ein fortschrittlicher Künstler über didaktische Fähigkeiten verfügt, muß er diese im Sinne einer sozialistischen Wissenschaft praktisch einsetzen. Bildung erhält nicht erst im Sozialismus eine Bedeutung. Wir müssen schon jetzt unsere Musiker, Komponisten, Maler und deren Ausbilder auf ihre Aufgaben vorbereiten.

Timur Selcuk komponierte die Musik zu den Werken von Brecht

Türkei-Information: Wie alle Vertreter der demokratischen und fortschrittlichen Kräfte sind auch Sie ständig von dem faschistischen Terror bedroht. Doch was können Sie uns über die besonderen repressiven Maßnahmen berichten, die sich speziell gegen Ihre Arbeit als Künstler richten?

Timur Selcuk: Es gibt verschiedene repressive Maßnahmen gegen Musiker. Zum Beispiel werden Kulturabende verboten, obwohl ihre Durchführung rechtzeitig bei den zuständigen Behörden angemeldet wurde. Das Verbot wird oft erst einen Tag vor dem geplanten Termin ausgesprochen. Ziel solcher kurzfristigen Verbote ist es, den veranstaltenden Organisationen möglichst große finanzielle Verluste zu bereiten und sie zu einer passiven Haltung zu zwingen, indem ihnen jede Bemühung, solche Veranstaltungen zu organisieren, als aussichtslos gezeigt wird.

Es gibt auch indirekte Druckmittel, so z. B. die Inflation und die Verteuerung der Platten- und Kassettenprodukte, deren materieller Grundstoff ja das Rohöl ist.

Es gibt natürlich auch Zensur, z.B. in den Staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten (TRT). Obwohl eigens ein Kontroll-Ausschuß geschaffen wurde, der praktisch Zensur ausübt, können auch noch Abteilungsleiter das Ausstrahlen von Liedern ablehnen, die von dem Kontroll-Ausschuß zur Sendung freigegeben wurden. Alle Texte werden von Juristen der TRT daraufhin geprüft, ob sie etwa gegen das Strafgesetz, gegen die Verfassung oder auch gegen die Bestimmungen der TRT verstoßen. Selbst wenn diese Juristen demokratisch gesinnt sind, kann es passieren, daß sie aus Angst um ihre Arbeitsstellen einen Beitrag als "sendungsuntauglich" abstempeln, wenn auch unwillig.

Bis vor kurzem war die Musik, die zur Untermalung von Filmen, auch Dokumentarfilmen z.B., diente, noch nicht der Zensur unterworfen. Aber nach einem neuen Erlaß wird jetzt auch diese Musik zensiert, was praktisch dazu führte, daß die Lieder von Sängern wie Ruhi Su und Zülfü Livaneli nicht mehr gesendet werden.

Türkei-Information: In den letzten Jahren waren Sie mehrere Male in der BRD. Fast immer haben Sie auch Konzerte für die Arbeiter aus der Türkei veranstaltet. Können Sie uns etwas über Ihre bisherigen Eindrücke sagen?

Timur Selcuk: Ich bin zum fünften Mal in der BRD. Was mir hier aufgefallen ist, kann ich vielleicht in einigen Punkten zusammenfassen:

Das erste Mal kamen wir in die BRD, um bei Kulturveranstaltungen von FIDEF aufzutreten; wir hatten damals 17 Auftritte. Am Anfang war die Resonanz nicht sehr groß. Nachträglich haben wir auch gehört, daß versucht wurde, die Leute von diesen Veranstaltungen fernzuhalten. Man warnte sie, daß Prügeleien stattfinden würden, daß bei den Veranstaltungen "Politik betrieben" würde und daß die Sänger sowieso nichts taugten. Aber allmählich sprach sich herum, was davon zutraf und was nicht, und die Beteiligung wurde größer. Das beweist uns, daß man auf allen Gebieten, auch auf künstlerischem Gebiet, offensiv vorgehen muß, um Fortschritte zu erreichen.

Die türkischen Arbeiter, die in der BRD arbeiten, haben die gleichen Probleme wie alle Werktätigen; allerdings verschärfen sich für sie einige Probleme durch die Emigration, durch den Kulturkonflikt, dem sie hier ausgesetzt sind. Die Zeit ist gekommen, daß diese Probleme in Liedern aufgegriffen werden und ich beabsichtige, das nächste Mal mit solchen Liedern in die BRD zu kommen.

Türkei-Information: Sie haben auch Gelegenheit gehabt, unsere Organisationen kennenzulernen. Was möchten Sie im Hinblick auf die Arbeit von FIDEF hier in der BRD sagen?

Timur Selcuk: Ich glaube, die türkischen Arbeiter im Ausland und ihre Organisationen haben wichtige Aufgaben zu erfüllen. Da die Herrschenden in der Türkei durch politische und wirtschaftliche Verträge abhängig vom Ausland sind, reagieren sie auch empfindlich auf den Druck, der von dort ausgeht. Dies ist mit ein Grund, daß Künstler aus der Türkei selten im Ausland auftreten dürfen. Es wird immer versucht, eine Reise zu verhindern oder wenigstens zu erschweren.

Die Aufgabe der Arbeiter, der Intellektuellen und ihrer Organisationen im Ausland und auch der Künstler, die im Ausland auftreten oder dort leben, besteht vor allem darin, die ausländische Öffentlichkeit über die Situation in der Türkei zu informieren und ihre Solidarität mit den türkischen Organisationen zu gewinnen. Diese Aufgabe sollte nicht zu gering eingeschätzt werden.

"Arbeitsemigration und Verhaltensstörungen"

An diesem Buch ist nicht nur der wissenschaftliche Ansatz, der sich mit einem der weitgehend unangetasteten Aspekte der "Ausländerbeschäftigung" in der Bundesrepublik auseinandersetzt. Der Autor, Jahrgang 1938, bereits seit mehreren Jahren in verschiedenen Krankenanstalten im Ruhrgebiet als Arzt in der klinischen Neurologie tätig, ist eng mit seinen fortschrittlichen Landsleuten verbunden. Daraus resultieren sichtbare Konsequenzen für seine Arbeit.

Teber untersucht in seinem Buch die Ursachen und Formen der Arbeitsemigration als Quelle der Verhaltensstörungen bei Arbeitsemigranten aus der Türkei. Im 1. Teil wird sie unter der Überschrift "Migration" von ihm als eines der prägenden Merkmale in der Geschichte der Türkvölker untersucht. Der 2. Teil ist dem Themenkomplex "Heimweh und Allgemeine Verhaltensstörungen" gewidmet, wobei argumentativ überzeugend die übliche, oberflächlich-"romantische" Behandlung dieser Symptome bloßgestellt wird. Zum Schluß des Kapitels "Massenwanderungen in unserem Jahrhundert und gesellschaftlich-ökonomisch bedingte Verhaltensstörungen" weist Teber noch einmal auf ein essentielles Problem hin: "Viele Autoren in Westeuropa diagnostizieren zwar alle diesen Symptome, versehen sie jedoch mit unterschiedlichsten Bezeichnungen und stufen sie als "atypisch" ein, wobei sie lediglich davon ausgehen, daß nur die Erscheinungsformen in ihren Ländern als die "einzig typischen", unabänderlichen Symptome zu betrachten seien. Eines der größten Hindernisse (bei anzuwendenden therapeutischen Maßnahmen) dürfte in erster Linie bei diesen methodologischen Unzulänglichkeiten zu suchen sein." (S. 196).

Im 3. Teil stellt er seine eigene Untersuchung vor. Er untersuchte 155 stationär behandelte "klinische Fälle". Durch vergleichende Beobachtungen mit 600 „einheimischen“ Patienten weist Teber auf "abweichende" und parallel gelagerte Störungen hin: Während z.B. die zwei Hauptgruppen der bei den ausländischen Patienten auftretenden Störungen zum einen aus psychosomatisch - hypochondrischen Beschwerden (59,6 %) und zum zweiten aus akuten paranoiden Syndromen (22,7 %) bestehen, fallen diese Reaktionen bei den beobachteten "Einheimischen" kaum ins Gewicht.

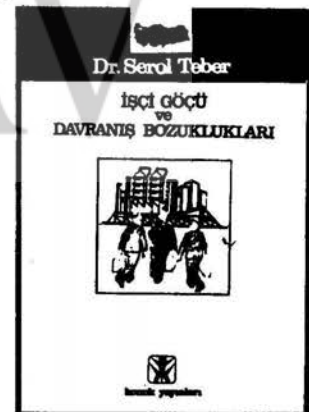
Eindringlich schildert Teber auch die Erfahrungen der ausländischen Patienten in westdeutschen Krankenhäusern. Er berichtet von ausländischen Patienten, denen im akuten Stadium ihrer Erkrankung der Simulationsvor-

wurf gemacht wird, von Patienten, die nur weil es sich nach Ansicht des Krankenhauspersonals um "heißblütige Ausländer" handelt, mit festgeschnallten Hand- und Fußschellen versehen und mit einer Überdosis von stillender Pharmaka behandelt werden, wobei sie nicht selten irreparable Gehirnschäden davontragen.

Er betrachtet die wahrnehmbaren Momente (und Störungen) der Psyche als einen kumulativen Ausdruck ihres Entstehungsprozesses und bezieht sich in seiner Argumentation immer wieder auf diesen Prozeß, der in ihrer Eigenart nur durch Verständnis seiner Entstehungsphasen begreiflich wird.

Umso schwerer wiegt seine Schlußfolgerung, die einer vernichtenden Abrechnung mit den bestehenden Verhältnissen gleichkommt. Er führt den Nachweis, daß die Machthaber in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik durch Verschärfung der Ausbeutung die objektiven Bedingungen schaffen, die als Hauptursache der Verhaltensstörungen auch bei den Arbeitsemigranten gelten.

Der in Kürze erscheinenden deutschen Übersetzung dieser Studie ist eine möglichst umfassende Verbreiterung zu wünschen, zumal sie die Psychiatrie erneut als "wirkliche positive Wissenschaft" in einem weithin vernachlässigten Teilbereich anschaulich macht, indem sie von "wirklichen, lebendigen Individuen" ausgeht (Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, Seite 27). Einer konzeptionslosen Ausländerpolitik, die durch ihre menschenfeindliche Haltung sogar rassistischen Auswüchsen den Weg geebnet hat, muß auch mit fundierten Studien dieser Art begegnet werden. Vor allem, wenn sie auch für Außenstehende mit politischen Perspektiven unübersehbar verknüpft werden.



"Arbeitsemigration und Verhaltensstörungen", Dr. Serol Teber, Istanbul 1980, 274 Seiten. (Konuk Yayinlari Nr. 87, 200 TL)

Leser- briefe

Liebe Leser!

Die Reaktionen auf unser Juli/August-Info sind sehr ermutigend. Wir möchten Sie bitten, uns auch weiterhin verstärkt mitzuteilen, welche Artikel Sie für gut befunden haben, welche Informationen und Schwerpunkte Ihnen noch fehlen und wenn möglich, uns mit neuen Informationen zu versorgen.

Es ist unser Ziel, Kolleginnen und Kollegen in ihrer politischen und gewerkschaftlichen Arbeit mit ausländischen Jugendlichen und Arbeitern zu unterstützen und mit ihnen in ein für beide Seiten nützliches Gespräch einzutreten.

Noch einmal unsere Bitte: Macht Vorschläge und übt Kritik!!!

Adresse: Türkei-Informationen
Lichtstr. 31
4000 Düsseldorf 1



In der Juli/August Nummer Eurer Türkei-Informationen habt Ihr es in hervorragender Weise verstanden, die Einschätzung der politischen Situation in der Bundesrepublik mit der in der Türkei zu verbinden.

Die "Türkei-Hilfe" wird durch Eure Artikel in genau das richtige politische Licht gerückt.

Welch ein Zusammenhang!! Vom Verfassungsschutzbericht in der BRD, über die Strategien von MESS bis zu den imperialistischen Plänen in den Köpfen der US-Regierung.

Macht weiter so!

Dayanisma!

U. Jochimsen

Falls möglich, bitte ich um Zusendung von Postkarten, wie sie der letzten Ausgabe von "Türkei-Informationen" beiliegen, damit ich diese an andere Interessierte weitergeben kann.

Wie kann man die Zeitschrift außer über das Abonnement noch beziehen, z.B. über Collectiv-Buchhandlungen? Außerdem bitte ich um Information über die Bezugsbedingungen im Falle einer größeren Bestellung (z.B. für den Verkauf auf Veranstaltungen der VVN-BdA)

Alles Gute für die nächste Ausgabe!

Christine Potrzebski
Freiberg

Sehr interessant fand ich das Interview mit Karaca, dem Generalsekretär der Metallgewerkschaft, der darüber berichtet, daß die Bedingungen, an die die Kreditzusagen geknüpft sind, dazu führen, daß sich die Lage der Arbeiter und Angestellten verschlechtert, z.B. Lohnstop, Entlassungen.

Mit seinen Ausführungen über die Behinderung und Unterdrückung der Gewerkschaften macht Karaca deutlich, wie sehr die Gewerkschaften in der Türkei um ihre Existenz kämpfen müssen.

Wenn die Aufmachung so gut und der Inhalt weiter so informativ bleibt, wird die Zeitung sicher eine weite Verbreitung finden!

Astrid Rapsch
Düsseldorf

Wichtig finde ich die Stellungnahme von FIDEF gegen Aushöhlung des Asylrechts und Visumzwang in der BRD. In einem Land wie dem meinen, in dem immer noch und schon wieder die Fremdenfeindlichkeit eine unheilvolle Rolle spielt, ist es notwendig, den Kampf um dieses wichtige Grundrecht zu führen. Dazu bedarf es der genauen Kenntnis z.B. der politischen Kräfte und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Türkei. Dies wird meines Erachtens in hervorragender Weise in den Juli/August Türkei-Informationen geleistet, indem anhand von Fakten und konkreten Ereignissen die Rechtsentwicklung, die Strategie der NATO und der imperialistischen Kräfte aufgezeigt wird. Damit wird eine praktische Solidarität in unserem Land gestärkt.

Frankfurt

Manfred Gottier
Personalrat

TÜRKEI Informationen

AB JETZT
MONATLICH

erscheinen jetzt monatlich
und berichten regelmäßig

über die demokratische
Bewegung in der Türkei

über die Lage der ausländischen
Arbeiter in der Bundesrepublik

über die Bildungssituation
ausländischer Kinder und
Jugendlicher

über die Aktivitäten der
"Grauen Wölfe" und anderer
türkischer Rechtsextremisten
in der Bundesrepublik.

- Ich bestelle die bereits erschienenen Hefte 1, 2, 3, 4/5, 6 (zutreffendes ankreuzen).
- Ich abonniere "Türkei-Informationen" für mindestens ein Jahr ab.....
- Falls nötig, kann ich diese Erklärung innerhalb einer Woche widerrufen.

Einzelpreis (ca. 32 Seiten) 3,-DM zuzüglich Porto;
Jahresabonnement 36,-DM incl. Porto.

Name/Institution/Firma:

Straße/Platz und Haus-Nr.

PLZ-Ort

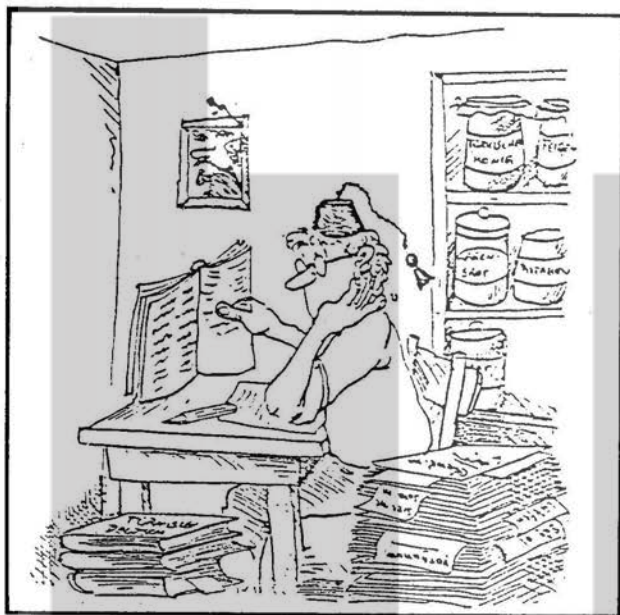
Datum-Unterschrift

Bitte ausfüllen und einsenden an: "Türkei-Informationen"
Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1

Bitte
den
nebenstehenden
Abschnitt
(oder eine
Kopie davon)
ausfüllen und
an die
Redaktion
der
Türkei-Informationen
einsenden.

TÜRKISCH FÜR DEUTSCHE

Klaus Liebe-Harkort mit Zeichnungen von Theo Scherling



LERNEN MIT AUSLÄNDERN UNTERRICHTSMATERIALIEN SCRIPTOR

"Türkisch für Deutsche" verfolgt mehrere Ziele:

- *Themen, Wortschatz und Inhalte orientieren sich besonders an allen Interessenten, die in der Bundesrepublik aus beruflichen Gründen mit Türken kontakt haben und mit ihnen sprechen wollen (z.B. Lehrer, Sozialarbeiter, Betriebsräte).*

- *Das Lehrwerk bietet durch seine vielen Dialoge ein sprechaktives Programm. Es gibt wichtige Anleitungen, um in kurzer Zeit zu kleinen Gesprächen mit Türken zu kommen. Es ist also auch für alle geeignet, die Türkisch für eine Türkei-Reise oder für den privaten Gebrauch lernen wollen.*

- *Ein weiterer Vorteil liegt in der Zweisprachigkeit aller Dialoge und Texte. Das Buch kann also auch bei der Spracharbeit "Deutsch für Türken" herangezogen werden.*

Der Autor, Klaus Liebe-Harkort, ist Hochschul-lehrer im Bereich Deutsch als Fremdsprache an der Universität in Bremen.

Spendebitte

Am 7. April 1978 schossen Faschisten in Istanbul auf Dr. Server Tanilli. Sie haben ihn zwar nicht töten können, wie sie beabsichtigten, aber sie trafen ihn so, daß er seit jenem Tag in London, Moskau und in der Bundesrepublik Deutschland stationär behandelt werden mußte. Zur Zeit liegt er noch in einer norddeutschen Klinik. Dr. Tanilli ist durch die Schüsse der Faschisten querschnittgelähmt und wird den Rollstuhl nie wieder verlassen können.

Server Tanilli kann auch unmöglich in die Türkei zurück, solange sich die Verhältnisse dort nicht grundsätzlich geändert haben, da er nach wie vor auf der schwarzen Liste der rechtsextremen Kommandos steht.

Tanilli ist eines der vielen Opfer terroristischer Übergriffe, deren Ziel vor allem Gewerkschafter, demokratische und fortschrittlich orientierte Arbeiter, Studenten und Lehrer sind. Zu diesen zählt der Hochschullehrer, Jurist und Kulturhistoriker Server Tanilli.

Wir können auch von hier aus unsere Solidarität mit den bedrohten Demokraten in der Türkei bekunden und wir können in Einzelfällen direkte Hilfe leisten. Um diese Hilfe bitten wir im Fall Server Tanillis.

Server Tanilli braucht dringend einen Rollstuhl und ein Spezialbett, wenn er in den nächsten Wochen aus dem Krankenhaus entlassen wird. Er braucht auch sonst finanzielle Unterstützung, solange für seinen Unterhalt keine andere Lösung gefunden ist.

Server Tanilli ist auf diese Art der Hilfe angewiesen, denn die türkische Regierung hat ihre Zahlungen eingestellt, obwohl sie dazu verpflichtet wäre, alle Kosten zu tragen.

Wir bitten um Einzahlung auf das Konto: Liebe-Harkort - **Kennwort: Spende Tanilli bei der Sparkasse in Bremen (Nr. 1187 9541 Bakleitzahl 290 501 01)**

Vor allem im Namen Server Tanillis danken wir für die eingehenden Spenden.

Wir wissen, daß die Urlaubsmonate eine ungünstige Zeit sind für eine solche Aktion und bitten, auch nach der Heimkehr aus dem Urlaub eine Spende zu überweisen. Die Hilfe für Server Tanilli eilt zwar, wird aber auch länger noch nötig sein.

August 1980

Die Friedensbewegung der Türkei:

Fortsetzung von Seite 21

rüchtigten Paragraphen 141 und 142 (seinerzeit in verschärfter Form von dem Strafgesetzbuch Mussolinis in das türkische StGB übernommen) im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung forderte, ausdrücklich auf das Schlußdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki (KSZE). Das oberste Verwaltungsgericht, das eine anti-demokratische Ausweisungsverfügung der Demirel-Regierung gegen ausländische Journalisten aufhob, begründete diese Entscheidung mit dem Hinweis auf das gleiche Dokument.

Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, daß der progressive Gewerkschaftsverband DISK und seine Mitgliedsgewerkschaften wie MADEN-IS und BANK-SEN, große und einflußreiche Berufsverbände wie die Vereinigung der Anwaltskammern der Türkei, die Ärztekammer der Türkei, der Verband der fortschrittlichen Jugend (IGD), der Verein der fortschrittlichen Frauen (IKD) auf ihren Kongressen die Verbreitung und Verteilung dieses Schlußdokumentes beschlossen haben.

Zweifellos muß auch heute die Sache des Friedens gegen einen starken Widerstand verteidigt und durchgesetzt werden. Nach einer Untersuchung (Bezugszeitraum war die erste Hälfte des Jahres 1978) des Friedensvereins propagierte die türkische Monopolpresse mit 85% ihrer Berichterstattung den Rüstungskurs, während lediglich 15% der Berichte als neutral bezeichnet werden könnten. Hinzu kam die maoistische Zeitung, die auf der ganzen Linie eine friedensfeindliche Kriegshetze der übelsten Sorte verfißt. Demgegenüber standen die Publikationen der Gewerkschaften und der anderen demokratischen Organisationen, die den Zielen der Friedensbewegung einen breiten Raum widmen und die insgesamt eine Auflage von 250 000 erreichten. Vor allem die Tageszeitung der Metallgewerkschaft MADEN-IS, Politika, nahm unter ihnen einen wichtigen Platz ein.

Heute hat sich die Situation in dem Bereich der Massenmedien erheblich verschlechtert, da die Kriegsrechtsbehörden Politika und zahlreiche andere demokratische Publikationen verboten haben. Dagegen können die rechten Blätter und die maoistische Zeitung ungehindert ihre Propaganda für die USA und die NATO fortsetzen.

Massenbewegung gegen die US-Stützpunkte

Gegenwärtig ist es das wichtigste Ziel des Friedensvereins, die Ratifizierung

des sogenannten "Abkommens für Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit" zwischen der Türkei und den USA (wir berichteten bereits ausführlich darüber), mit dem der Fortbestand der US-Basen in der Türkei legitimiert, die wirtschaftlichen Ressourcen unseres Landes im Dienste der neuen, entspannungsfeindlichen Politik der NATO vergeudet und die Bedrohung unserer Nachbarn durch die USA vom türkischen Boden aus erhöht werden soll, zu verhindern. Die Demirel-Regierung hofft durch das Kriegsrecht und den faschistischen Terror die Mehrheit unseres Volkes, die gegen die US-Basen ist, zum Schweigen zu bringen. Doch diese Hoffnungen sind auf Sand gebaut.

Im April haben 48 CHP-Abgeordnete in einem gemeinsamen Antrag (entgegen dem ausdrücklichen Willen der CHP-Führung) an das Parlamentspräsidium die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen Demirel wegen Überlassung von türkischem Boden an eine fremde Macht gefordert. Der Friedensverein, der progressive Gewerkschaftsverband DISK und zahlreiche andere einflußreiche Organisationen fordern die Entfernung der US-Basen und den Austritt der Türkei aus der NATO, die Reduzierung der Rüstungsausgaben und den Abschluß von Gewaltverzichtsabkommen mit allen unseren Nachbarn. Diese Forderungen entsprechen den Interessen und den Wünschen der Mehrheit in der Türkei.



DGB-Gewerkschaften

Fortsetzung von Seite 13

IMB verurteilt Ermordung eines Metall-Gewerkschafters in der Türkei

Der IMB hat die Ermordung von Kemal TÜRKLER, Präsident der türkischen Metall-Gewerkschaft Maden-Is, mit aller Schärfe verurteilt.

Der heute morgen, 22. Juli 1980, bekanntgewordene Tod Türklers ist Teil der gegenwärtigen Welle von Mordversuchen in der Türkei. "Der Tod Türklers ist ein vernichtender Schlag für seine Organisation. Der IMB verurteilt politische Gewalttätigkeiten, aus welchen Motiven auch immer", erklärte IMB-Generalsekretär Hermann Rebhahn.

Im vergangenen September hatte der IMB bereits eine scharfe Protesterklärung nach der Ermordung Aslan Sivri abgegeben, Präsident einer weiteren türkischen Metall-Gewerkschaft.

Mannesmann AG
Hüttenwerke
Vertrauenskörper der IG Metall

Solidaritätserklärung

Der Vertrauenskörper und der Betriebsrat der Mannesmann-Hüttenwerke AG Duisburg-Huckingen erklärt seine tiefe Betroffenheit über den Mord an den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft Maden-Is.

Gerade in der jetzigen Situation - Streik der Kollegen, Angriff der Regierung auf demokratische und gewerkschaftliche Rechte - wiegt die Ermordung des Führers der türkischen Arbeiterbewegung um so schwerer.

Wir bekunden unsere Solidarität mit den türkischen Kollegen der Maden-Is und hoffen, daß sich die Demokratie in der Türkei durchsetzt.

Vertrauenskörperleitung Betriebsrat



Vertrauenskörperleitung
STILL GmbH
Berzeliusstr. 10
2000 Hamburg 74

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Deutsche und türkische Metaller der Fa. Still trauern um Kemal Türkler. Der Feige Mord an dem Vorsitzenden der türkischen Metallarbeiter-Gewerkschaft Maden-Is zwingt uns, gegen Faschismus in jeder Form aufzutreten.

Wir werden uns mit der IG Metall weiter für Verbot der Grauen Wölfe und gegen die Unterstützung des Faschismus in der Türkei einsetzen.

Mit solidarischen Grüßen
Gez. Wolfgang Pohl, Mustafa Halkali
(Mitglieder der Vertrauenskörperleitung)

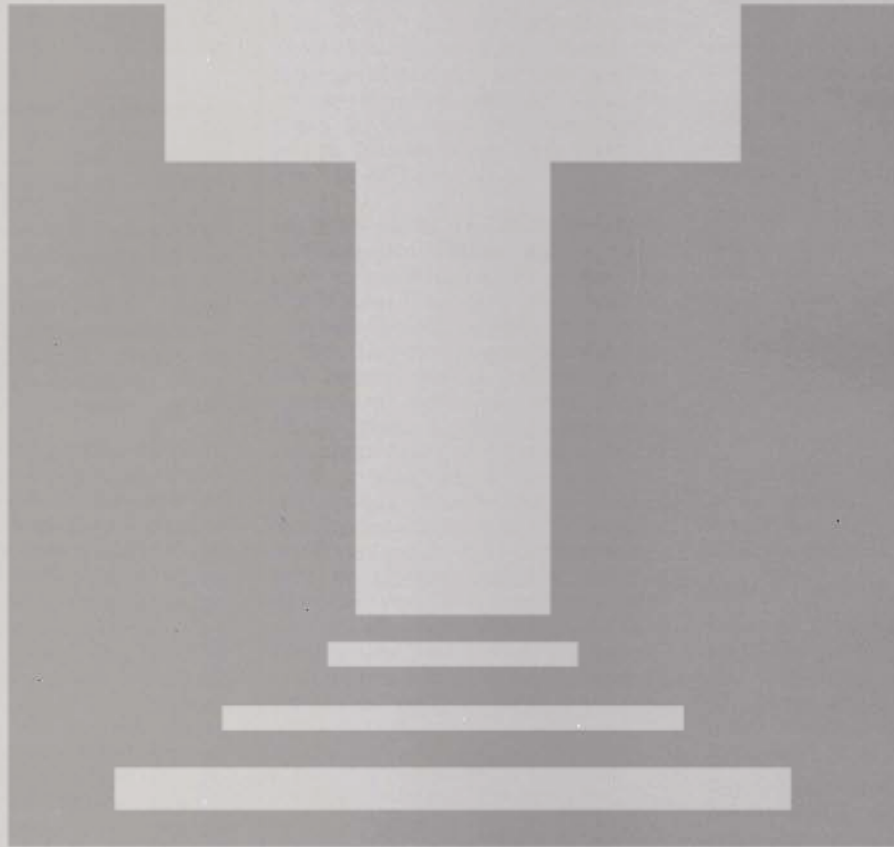


TÜSTAV

TÜRKEI

Informationen

September/Oktober
'80



TÜSTAV